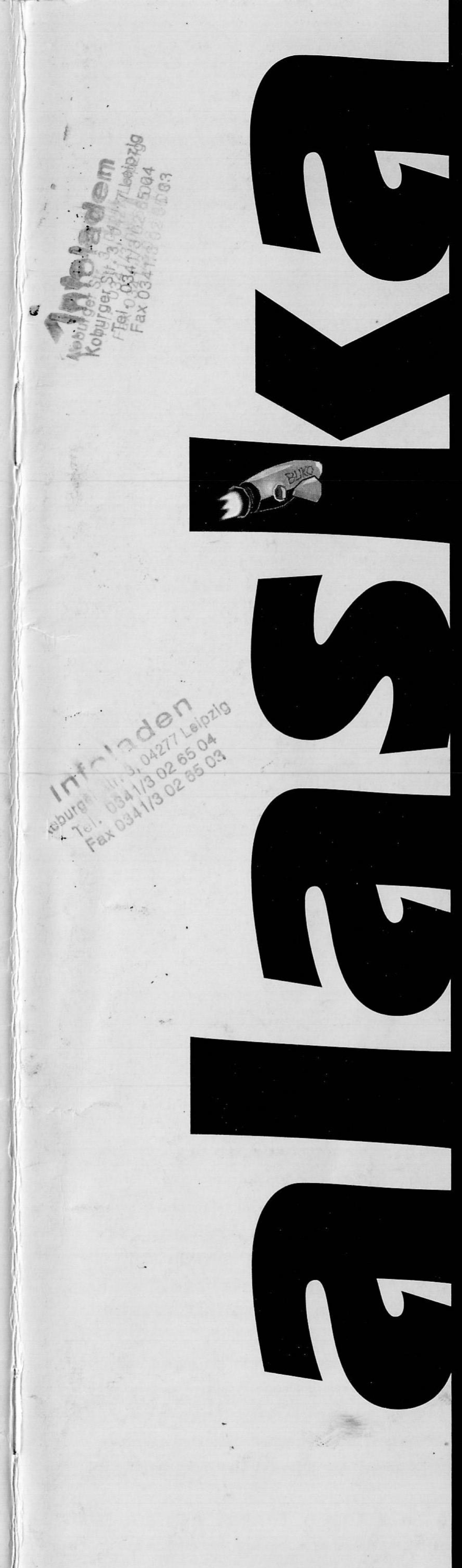



Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03


# Wild Wild West

EXPO2000 HANNOVER

## BUKO 22 MACHT ZUKUNFT SPASS


Zeitschrift für Internationalismus

Heft 228 · Oktober 1999

DM 8,-



Mein teurer Durito!

# editorial:

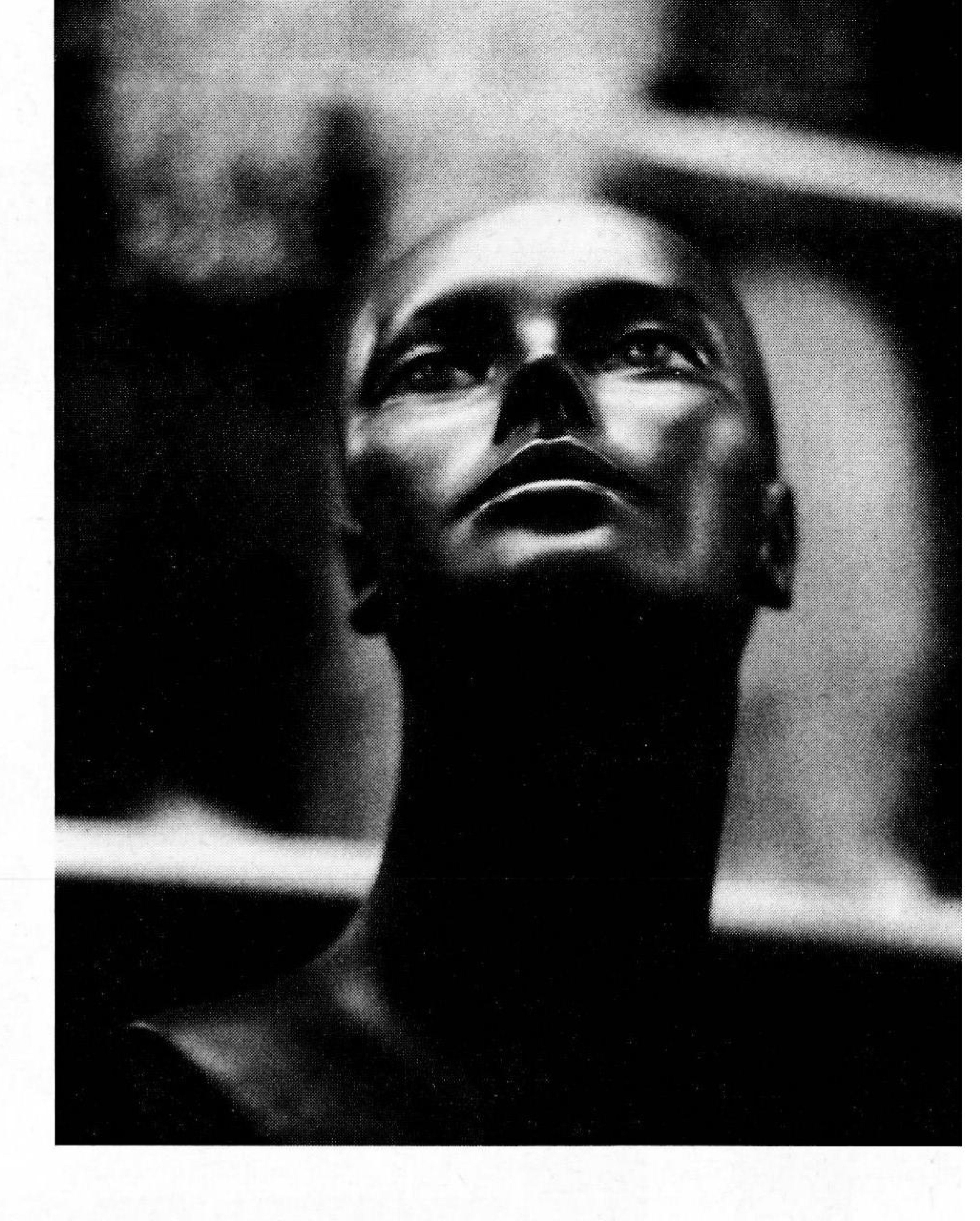
Hast du jemals darüber nachgedacht, zu welchem Zweck es Weltausstellungen braucht? Ich meine, wem will man eine Welt verkaufen? Die Frage ist angetan, einen schaudern zu machen. Nicht viel anderes mag einem dazu in den Sinn kommen, als jene raunend-schaurige letzte Möglichkeit für alle gescheiterten Planeten: die Hoffnung auf außerirdische Investoren.
Nur im Lichte einer solchen Deutung macht alles Sinn. 148 Jahre kostspieliger Präsentation, alle Jahre wieder, seit der ersten Weltausstellung 1851 in London. Eineinhalb verzweifelte Jahrhunderte in stummem Schrei: "Kauft uns!" Ob es diesmal klappt? Mit Ökosiegel? Und was wird aus uns? Dürfen wir im Schatten der schwindelerregenden Entwicklungsprojekte, welche die neuen Besitzer aus der Gegend um Epsilon Eridani uns spendieren, Kisten schleppen und Thüringer verkaufen?
Ich schicke dir dieses Heft, Durito, als Zeichen des Mutes. So, wie dieser Planet gemanagt wird, und so, wie er sich in Hannover präsentiert, dürfen wir getrost sein. Uns kauft keiner. Vorerst.

Mit exponentiellen Grüßen

**deine alaska**

## News!

Dieses Heft ist nicht nur die alaska Nummer 228, sondern auch gleichzeitig der Vorbereitungsreader für den BUKO 22 in Hannover. Folglich findet ihr auf den Seiten 24 bis 43 einen Sonderteil zum Kongress mit inhaltlichen Beiträgen zu den verschiedenen Foren und einigen Infos zum Ablauf.



# inhalt:

## DEBATTE



## BUKO 22

# EXPO Biopolitik und Herrschaft

## Widerstand und Gesellschaftliches Naturverhältnis

**by Hans Hansen**

*Während 1992 in Sevilla unter dem geschichtsverfälschenden Motto „Das Zeitalter der Entdeckungen" der imperialistische Charakter der Weltausstellungen dominierte, nimmt diesen Platz auf der EXPO 2000 mit dem Titel "Mensch-Natur-Technik" das Gesellschaftliche Naturverhältnis ein. Generell ist es dabei so, dass weniger die materielle als vielmehr die symbolische Basis der Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse auf den Ausstellungen im Vordergrund steht. Entscheidender als das Argumentieren ist in diesem Zusammenhang folgerichtig die Darstellung der Botschaft, ihre Inszenierung. Eine Form der Präsentation, die vor allem das Ziel hat, eine globale Problemlösungskompetenz der Metropolen zu behaupten. Strukturell dienen Weltausstellungen damit der Legitimation der inneren und äusseren Kolonisierung von Mensch und Natur und der Modernisierung ihrer materiellen Basis. Das Imperium feiert sich selbst, und seine Citoyens erfahren die Bestätigung, auf der bright side of live zu sein. Eine Schlüsselfunktion bei der Begründung globaler Problemlösungskompetenz nehmen dabei die ideologischen Kernelemente der Ästhetisierung von Technik und Fortschritt, der Überlegenheit patriarchal-kapitalistischer Entwicklung sowie der Mythologisierung imperialer Politiken und europäischer Denkweisen ein. Ihre inhaltliche Begründung ist in der Tradition und Darstellung der Weltausstellungen in der Öffentlichkeit die Basis für die weltanschauliche Legitimation der Herrschaftsverhältnisse insgesamt.*

Schon die erste Londoner EXPO 1851 war öffentlichkeitswirksam und integrativ angelegt. Im Zeitalter der Industrialisierung, mit dem Geist des liberalen Kapitalismus und der hegemonialen britisch-europäischen Stellung in der Weltpolitik wurde auf der Ausstellung dem Fortschrittsmythos gehuldigt. Das Gesellschaftliche Naturverhältnis hatte in den drei Bereichen entfremdetes Naturverständnis, Ökoimperialismus und industrielle Ausbeutung der natürlichen Ressourcen seine moderne destruktive Struktur erhalten. So wurden im Kristallpalast der Weltausstellung sogenannte 'Wilde', als Symbol der aussereuropäischen Natur, ebenso vorgeführt, wie die neuesten Entwicklungen der mechanischen Wissenschaft, die im Dienste der zunehmenden industriellen Produktion immer weitere Gebiete der inneren und äusseren Natur kolonisierten. Der vierte zentrale Aspekt des herrschenden Gesellschaftlichen Naturverhältnis, die Biopolitik, war in Begriff ausdifferenziert zu werden. Mit ihr sollte die Ausbeutung von Natur noch einmal intensiviert und das Machtpotential der Herrschenden verstärkt werden. Natur sollte nicht nur mehr einfach ausgebeutet oder zerstört werden. Nichtmenschliche und menschliche Natur sollte verändert, den Interessen angepasst und neu kreiert werden können.

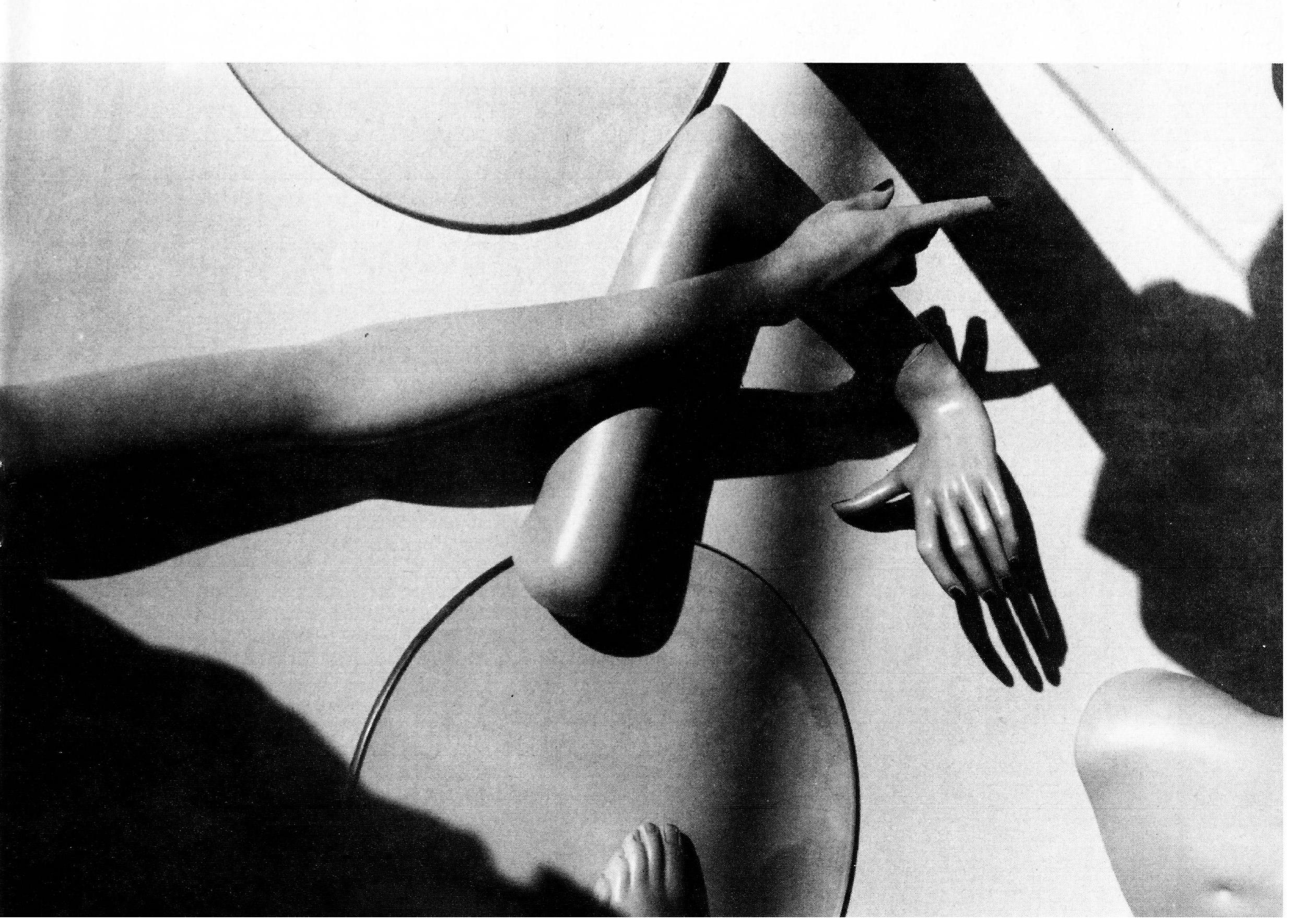
Von grosser Bedeutung für die Herausbildung der Biopolitik waren Veränderungen auf der symbolischen Ebene der Legitimation von Herrschaft wie das Interesse an einer umfassenden staatlichen Bevölkerungskontrolle. Die Säkularisierung wurde vorangetrieben und die kirchlichen Dogmen verloren in verschiedenen Bereichen ihre Definitionsmacht. Die mit der Neuzeit begonnene Herausbildung der modernen Wissenschaften erreichte im Kontext der Industrialisierung und der sozialen Neugliederung der Gesellschaft einen Punkt, an dem sie verstärkt die Funktion der Kirche für die symbolische Ordnung von Herrschaft übernahm. Darwin, der die EXPO 1851 mehrmals begeistert besuchte, verhalf der Evolutionstheorie zum Durchbruch und ersetzte mit dieser die kirchliche Lehre von der Schöpfungsgeschichte. Nicht mehr Gott schuf die Arten, sondern ein wissenschaftlich zu identifizierender Entwicklungsprozess sollte nun der Ausgangspunkt für die Existenz des Lebens sein. Der Mensch selbst wurde zum Teil dieses Entwicklungsprozesses und büsste somit seine moralische Unantastbarkeit, seine Sonderstellung im Reich Gottes, ein, allerdings ohne dass dadurch geschlechtsspezifische und rassistische Hierarchisierungen an Bedeutung verloren hätten.

Die Biopolitik entstand im Rahmen dieser weltanschaulichen Neubestimmungen im 19. Jahrhundert aus verschiedenen theoretischen Elementen in engem Zusammenhang mit antifeministischen und rassistischen Ideen. Grundlegend für die Biopolitik war der Versuch die Reproduktionsfähigkeit und Sexualität von Frauen zu kontrollieren. Die ersten Schritte hin zu einer Bevölkerungskontrollpolitik waren bereits vor dem 19. Jahrhundert gemacht worden. Frauen waren zur Natur erklärt worden und die patriarchale Form der modernen Wissenschaften mit ihrem mechanistischen, zergliedernden Denken definierte das nicht der Fortschrittslogik entsprechende Andere. Das Verständnis von Sexualität, Gesundheit, Tod und Körperlichkeit veränderte sich in diesem zunehmenden Entfremdungsprozess radikal. Dies diente letztlich der Fortführung der Enteignung der ländlichen Subsistenzmöglichkeiten, der Unterwerfung der Frauen unter die neuen Strukturen der patriarchalen Arbeitsteilung innerhalb des Reproduktionsbereichs und der Zurichtung der lohnabhängig Arbeitenden unter die industriellen Produktionsbedingungen wie auch ihrer rassistischen Hierarchisierung. Dabei entspann sich für die Subjekte ein dialektisches Verhältnis zwischen zunehmender Entfremdung von Natur sowie

wachsender Abhängigkeit und Zurichtung im kapitalistischen Verwertungsprozess. Am Ende dieses Prozesses wurde auf sozialdarwinistischer Grundlage durchgesetzt, Menschen in lebenswerte und lebensunwerte Menschen zu selektieren. Die Subjekte wurden nach sexistischen, rassistischen und sozialrassistischen Rastern normiert. Der Mensch und sein Leben wurde somit nicht nur vermittelt über Verwertungsinteressen, Krieg oder Strafen zum Ziel der herrschenden Ordnung, sondern nun wurde auch in direkter Form seine Biologie, seine Körperlichkeit zum Ziel der Herrschaftsinstrumente.
Zur Legitimation der Biopolitik und ihrem Einsatz als Instrument in den sozialen Kämpfen war aber noch die Biologisierung des Sozialen notwendig. So wurde eine ganze Reihe unterschiedlicher Biologismen, die oftmals unter dem Begriff Sozialdarwinismus zusammengefasst werden, während des ausgehenden 19. Jahrhunderts geprägt. Ihre Funktion war den entsprechend der herrschenden Normen geführten Zugriff auf den seiner Sonderstellung beraubten und zum wissenschaftlichen Objekt degradierten Menschen ideologisch zu rechtfertigen. Die vielleicht bekannteste sozialdarwinistische Begrifflichkeit ist das oft zitierte 'Recht des Stärkeren'. Eine wesentliche Trägerin des Sozialdarwinismus in Deutschland war die völkischen Bewegung. Innerhalb der völkischen Bewegung wurde die seit langem bereits durch Arbeit geformte Kulturlandschaft zum völkischen, sprich dem germanischen Ursprungsland, in dem sich die Verbindung von Blut und Boden widerspiegeln sollte, ernannt. Der damit verbundene Antiindustrialismus und Heimatschutzgedanke, der die Anfänge der Umweltschutzbewegung begründete, war mit seinem romantisch-harmonischen Naturverständnis auf der symbolischen Ebene antimodernistisch. In Verknüpfung mit den entstehenden rassistischen Theorien wurde die völkische Bewegung in den sozialen Kämpfen des 19. Jahrhunderts politisch jedoch zu einer der entscheidenden reaktionären Kräfte, die im Bündnis mit dem Nationalsozialismus und den herrschenden Eliten Deutschlands in der Konsequenz dann auf der materiellen Ebene Teil des faschistischen Modernisierungsprogramms wurde. Ein Programm, das im Kontext seiner Mordpolitik auch den Zugriff auf Natur und Arbeit intensivierte und die Destruktivität des Gesellschaftlichen Naturverhältnis, gerade in Bezug auf die rassistische und sozialrassistische Biopolitik mit Menschenversuchen und Selektionen, in ihrer Perversität überdeutlich machte. Eine Schlüsselrolle spielten dabei immer wieder wie auch heute bei der Legitimierung des Ökoimperialismus und der Bevölkerungskontrollpolitik die angedeuteten rassistischen Ideologeme.

## Das Konkrete

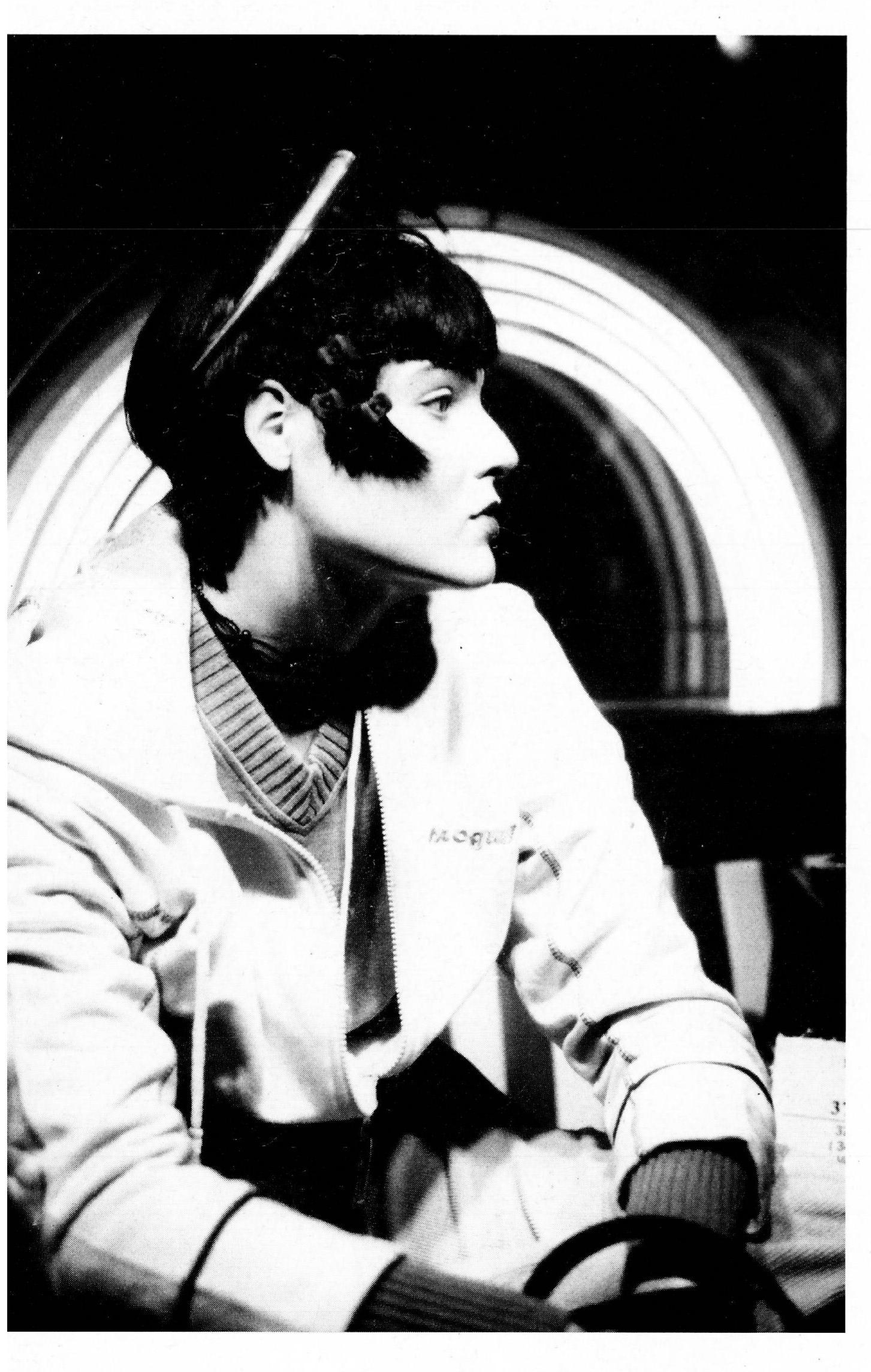
Auf der EXPO werden die vier zentralen Aspekte des herrschaftsförmigen Gesellschaftlichen Naturverhältnis in der Gestalt der 90er Jahre präsentiert. Deutlich wird diese Gestalt an den Projekten, in denen sich die Problemlösungskompetenz der Metropolen auf der EXPO 2000 im Themenpark und den diversen Pavillons manifestieren soll. Hier konkretisieren sich die ideologischen Kernelemente der EXPO-Argumentation.
Die Ästhetisierung des Technischen nimmt dabei in Hannover durch das Titelthema "Mensch-Natur-Technik" einen herausragenden Platz ein. Bereits die erste Weltausstellung nach dem 2. Weltkrieg fand in Brüssel im Zeichen des Ost-West-Konflikts unter dem passenden Motto "Der Mensch und der Fortschritt" statt. Für sie wurde das berühmte Atomium gebaut. Die kapitalistische Welt stand damals unter dem Sputnik-Schock, dem Sieg der UdSSR im Wettrennen um die 'Eroberung des Weltraums' durch den ersten Weltraumausflug. Während die Brüsseler EXPO 1958 also von Atom- und Raumfahrttechnologie geprägt war, nehmen diese ersten Plätze auf der EXPO 2000 Informations- und Gentechnologie ein. Zwei Bereiche, die neben den postfordistischen Erneuerungen der Produktionsweise immer umfassender die Produktionsverhältnisse bestimmen. Aus ihnen speist sich ein grosser Teil der technologischen Innovationen, wie



ein ebenfalls wachsender Anteil an den Profiten. Als Leittechnologien fällt ihnen so an vorderster Stelle die Aufgabe zu, die herrschenden Utopien zu konkretisieren und dem Technikmythos Leben einzuhauchen. Dies entspricht der Forderung der Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft, dass die EXPO vornehmlich die in der Bevölkerung ihrer Meinung nach angeblich zu weit verbreitete Technikfeindlichkeit überwinden helfen soll. Dementsprechend werden Gen- und Kommunikationstechniken in den meisten Bereichen des Themenparks der EXPO präsentiert. Seien es nun gentechnische Verfahren im Ernährungssektor oder einfach die computeranimierte Inszenierung von Ausstellungsflächen.

Ideologisch entkleidet sind es diese Techniken, die die Intensivierung der Naturausbeutung und den unter anderem mit der Chemie-, Maschinenbau- umd Atomindustrie vorangetriebenen Industrialisierungsprozess weiterführen. Sie erweitern die Eingriffstiefe und Kontrollpotenz von Technik als dem konkreten Ausdruck der materiellen Aspekte des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses, der Beziehung von Arbeit und Natur.

Die Ästhetisierung von Gen- und Informationstechnik machen diese Techniken in ihrer symbolischen Form jedoch zu einer Art Poptechnik. Die Beziehung zwischen Technik und Arbeit und mit ihr die Ausbeutungsstrukturen verschwinden völlig. Technik wird allein zum Konsumgut und zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Utopien und Bedürfnisse. Diese Popularisierung liegt völlig im zeitgemässen Trend des dialektischen Verhältnisses zwischen postmoderner Individualisierung und gleichzeitiger Homogenisierung der Subjekte durch sozialpolitische und kulturelle Kontrolle wie Selbstkontrolle.



Ein Zustand, der sich auch darin wiederfindet, dass Gen- und Computertechnik stärker als Atom-, Chemie- oder Raumfahrttechnik direkt auf das soziale Leben und auf die Physis des Subjekts zugreifen. Die Leittechnologien der EXPO sind damit zugleich auch Ausdruck der modernsten Herrschaftsprojekte im Bereich der Biopolitik. So vollziehen Gen- und Reprotechnik wie auch Humangenetik heute noch eine Selektionspolitik, die ihren Ursprung in den rassischen Gedanken der völkischen Bewegung und des Nationalsozialismus hat. Neu sind die Technologien und die Verlagerung der Selektion ins Reagenzglas sowie ihre Legitimationsstrategien. Die EXPO veranschaulicht beispielsweise im Themenfeld Gesundheit, wie die Individualisierung von Verantwortlichkeiten mit ihrer Ausblendung der sozialen Hintergründe von Krankheit im Zusammenhang mit medizinischen Normen und ökonomischen Verwertungskriterien biopolitisch wirkt.

Neben dem Technik- und Fortschrittshype ist es die Nachhaltigkeitsideologie, die, als übergreifendes Argumentationsgebäude und Titelthema der EXPO, die legitimatorische Komponente des patriarchal-kapitalistischen Modernisierungsprogramms im Augenblick am deutlichsten ausdrückt. Sie ist die Übersetzung des ideologischen Kernelements der Überlegenheit patriarchal-kapitalistischer Entwicklung. In der Konsequenz handelt es sich dabei um ein soziales Projekt zur Überwindung aktueller Herrschaftskrisen, das, in ökologischer Verkleidung, die Modernisierung des Kapitalismus und des Industrialismus moderiert.

Das destruktiv gestaltete Gesellschaftliche Naturverhältnis wird dabei keineswegs herrschaftsfreier oder emanzipativ reformiert, in Wirklichkeit kommt es zur Intensivierung des herrschaftsförmigen Zugriffs auf die innere und äussere Natur. Verwertungsinteressen und wissenschaftliche Kontrolle werden lediglich dadurch verschleiert, dass es zu einer oberflächlichlichen Verknüpfung mit ökomoralischen Werten kommt, die das gesamte EXPO-Programm durchzieht. Der generell zitierte Leitsatz lautet "Dass die Erde so genutzt werden muss, dass sie auch zukünftigen Generationen auf gleiche Weise erhalten bleibt". Im Gestus und von ihrem Wahrheitsgehalt her eine Art Beschwörungsformel, die an Ideen, wie die von der 'Bewahrung der Schöpfung' oder 'Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen' anschliesst. Die 'ökologische Krise' wird so zu einer apolitischen Gattungsfrage und in erster Linie ethischen Angelegenheit gewendet.

Hinzukommt, dass die kontinuierlich sich ausweitende Naturausbeutung des Kapitalismus durch eine aus den Nachhaltigkeitskonzepten heraus entwickelte wissenschaftliche Steuerung angeblich kontrollierbar werden soll. Natur wird zum objektiv messbaren Gegenstand und Ökologie wird zu einem quasireligiösen Feld, dessen letzte Wahrheiten die PriesterInnen der wissenschaftlichen Community beherrschen. In der Folge münden gesamtgesellschaftlich angelegte Effizienzsteigerungen und neoliberale Deregulierungsstrategien in einem auf Suffizienz orientierten und ökomoralisch hergeleiteten Wertesystem, das anstelle gesellschaftlicher Betrachtungen die Verantwortung des einzelnen Subjekts hervorhebt. Umweltschutz wird so auf ein ethisches und wissenschaftlich handhabbares Problem reduziert, das, wie im Beispiel Gesundheitspolitik, in der Verantwortung der einzelnen liegt und im Rahmen des Reproduktionsbereichs

Die Ästhetisierung von Gen- und Computertechnik
machen diese Techniken in ihrer symbolischen Form
jedoch zu einer Art Poptechnik.
Die Beziehung zwischen Technik und Arbeit
und mit ihr die Ausbeutungsstrukturen verschwinden völlig.
Technik wird allein zum Konsumgut
und zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Utopien und Bedürfnisse.
Diese Popularisierung liegt völlig im zeitgemässen Trend
des dialektischen Verhältnisses zwischen postmoderner Individualisierung
und gleichzeitiger Homogenisierung der Subjekte
durch sozialpolitische und kulturelle Kontrolle wie Selbstkontrolle.

auf Kosten von Frauen kompensiert wird.
Einen Ausdruck findet dieses Nachhaltigkeitskonzept auf internationaler wie auf regionaler Ebene in der 1992 in Rio beschlossenen Agenda 21, die eine unverbindliche Ausformulierung der Nachhaltigkeitsidee darstellt. Mit der Befürwortung von technischer Innovation sowie von weltwirtschaftlicher Konkurrenz und marktkonformen Wachstum tastet die Agenda weder das kapitalistische System an sich an noch Aspekte seiner umweltzerstörerischen Dynamik. In ihren Perspektivforderungen bleibt sie zudem völlig unkonkret und ohne jede Verbindlichkeit. Stattdessen werden die altbekannten Grosstechnologien Atomenergie, Gentechnik, Chemieindustrie, KFZ-Mobilität und Informationstechnik im Gefolge von Agenda und Nachhaltigkeit in neuem Gewand präsentiert und ihre Notwendigkeit für den Fortschritt betont.
Seitens der EXPO-MacherInnen wird die Agenda als inhaltliche Richtschnur der Ausstellung bezeichnet, anhand derer die EXPO-Projekte ausgewählt werden. Und so findet sich denn auch ganz im Stile der Agenda kein konkreter Kriterienkatalog für die Auswahl der EXPO-Projekte, der sich kritisch hinterfragen liesse. Wie die Kriterien bestimmt werden und die EXPO ihre inhaltliche Ausrichtung erhalten hat, erschliesst sich erst aus der Betrachtung der für die Themenbereiche und Projekte zuständigen Auswahlgremien, die zum grossen Teil mit konservativen ExpertInnen und KonzernvertreterInnen von Unternehmen wie Daimler-Chrysler besetzt sind.
Die einzige Ursache für globale Probleme, die von diesen illustren Kreisen nicht als verbesserungsfähige Unzulänglichkeit, die innovative Techniken und neoliberale Marktwirtschaft schnell beseitigen können, abgetan wird, ist die angebliche Bevölkerungsexplosion. Die Werbung für Bevölkerungskontrollpolitik im Trikont ist denn auch der deutlichste Ausdruck des ökoimperialistischen Aspekts des Geselllschaftlichen Naturverhältnisses und des imperialistischen Charakters der EXPO. Wahrscheinlich insgesamt herrschaftstechnisch relevanter, aber doch besser verkleidet ist der imperiale Gestus des metropolitanen Entwicklungsmodells, der sich ebenfalls in der Agenda findet. Die Abhängigkeiten und strukturellen Gewaltverhältnisse, denen der Trikont durch Verschuldung, Interventionen und wirtschaftlicher Dominanz ausgesetzt ist, werden dort hinter den Begrifflichkeiten Technologie- und Knowhowtransfer sowie Investitutionsprogramm versteckt. Ziel ist es, sich die Ressourcen weiterhin zugänglich zu machen und die globalen ökologischen Probleme auf Kosten des Trikonts abzufedern.

### Die Funktion

Ende der 80er Jahre hatte das Thema Ökologie einen wesentlich grösseren politischen Stellenwert als heute. Die EXPO-PlanerInnen, wie Birgit Breuel, nutzten dieses und schlugen Hannover mit einem entsprechenden Ticket als Ausstellungsort für die EXPO 2000 vor. Mit der Wahl Hannovers wurde so unter der Überschrift "Mensch-Natur-Technik" die politische Philosophie der Nachhaltigkeit und damit das Gesellschaftliche Naturverhältnis zum Ausstellungsthema. Ein Umstand, der nun keineswegs heisst, dass es sich bei der EXPO 2000 jemals um eine ökologische oder grüne Weltausstellung, die von den Gedanken der Umweltbewegung getragen worden wäre, hätte handeln sollen. Das Ziel war vielmehr von Anfang an, im Zusammenhang mit einer Umdefinition der ökologischen Krise und ihrer Problemlagen, eine Integrationsstrategie in Richtung der betreffenden Teile der Sozialen Bewegung und des kritischen Bürgertums zu entwickeln und somit eine Legitimierung des beschriebenen Gesellschaftlichen Naturverhältnisses zu erreichen. Eine Strategie, die seit Mitte der 80er Jahre forciert wurde, als klar wurde, dass die Ökologische Frage politisch nicht einfach ausgesessen werden konnte. Eingesetzt hat dieses Vorhaben mit einer Absorption des Ökologie-Themas und diverser Begrifflichkeiten der Sozialen Bewegung durch die herrschenden Eliten und einer verstärkten Repression gegen den Widerstand. Dies drückte sich sowohl im inflationären Gebrauch der Begriffe 'Bio' oder 'Öko', die inzwischen jedes Produkt beschreiben sollen, aus, wie auch in der Beschneidung der ökonomischen Mittel für alternative Projekte und einem Ausbau der polizeistaatlichen Interventionsmöglichkeiten gegen radikalere Teile der Öko-Bewegung. Parallel dazu konnte die Soziale Bewegung politische Niederlagen im Widerstand gegen die Herrschaftsprojekte nicht wenden und befand sich in einer zunehmenden Perspektivlosigkeit. Dies wurde durch das Aufsaugen anfangs alternativer Strukturen von Ökonomie und Kultur in die postmoderne Konsumkultur und ihre Beliebigkeit verstärkt.
Die Nachhaltigkeitsideologie hat diesen Prozess abgerundet, in dem sie die entwendeten emanzipativen Begrifflichkeiten mit dem oben bereits geschilderten Technikverständnis und dem ihm zugrundeliegenden Wissenschaftsmodell zu einem Politikkonzept verbunden hat. Entscheidend für die politische Wirksamkeit dieses Konzepts war die beschriebene Verknüpfung mit den ökomoralischen Werten. Gerade diese Wertedebatte hat der herrschenden Politik eine hinreichende Legitimität zurückgegeben und den entsprechenden Teilen der bürgerlichen Gesellschaft die Annahme des Integrationsgebotes erleichtert. Mit der Nachhaltigkeitsdiskussion und anderen Debatten, denen eine verkehrte moralische Verknüpfung herrschender Politik und sozialbewegter Ideen gelang, wurde also, wie es aktuell auch mit der Debatte um Militäreinsätze aus vorgeblich humanitären Gründen geschieht, das linksliberale und bürgerliche Spektrum der Sozialen Bewegungen für die Modernisierungsprozesse gewonnen. Insbesondere im Kontext rotgrüner Regierungspolitik kommt es zu einer Einbindung der modern orientierten bürgerlichen Mittelschichten mit ihren sozialen Kompetenzen, insofern die materiellen Integrationsangebote mit den legitimatorischen symbolischen Komponenten korrespondieren. Diese symbolische Politik begründet schlussendlich das ideologische Kernelement von der Überlegenheit des patriarchal-kapitalistischen Entwicklungsmodells, bei dessen Durchsetzung die sogenannte ökologische Frage auf die geschilderte Weise eine zentrale Rolle eingenommen hat. Die damit einhergehende Ausblendung gesellschaftspolitischer Alternativen und Herrschaftsinteressen engt nicht nur die Blickrichtung der Kritik in der Gesamtheit der öffentlichen Diskussionen ein, es verrin-

gert generell auch die Ansatzmöglichkeiten für weiterführende revolutionäre Politiken. Aus dieser Betrachtung heraus erklärt sich die Relevanz einer Veranstaltung wie der EXPO, die zunächst einmal ein Herrschaftsprojekt von vielen ist. Besonders an der EXPO 2000 wird sein, dass sie im Rahmen des dargestellten Politikkonzeptes das destruktive Gesellschaftliche Naturverhältnis auf eine Art übersetzen und plastisch werden lassen kann, die die metropolitane Kompetenz im Gegensatz zu weniger ausstrahlungsfähigen Projekten tatsächlich glaubwürdig machen kann. Sie wird allein durch ihre Grösse und Vermarktung ein herausragendes Propagandaforum für diese neue, nachhaltige Sicht der Dinge werden. Ihre Inszenierung eröffnet den MacherInnen einen sinnlichen und intellektuellen Zugriff auf viele Millionen BesucherInnen, so dass der Friedensschluss zwischen Kapitalismus und Umweltschutz am Anfang des dritten Jahrtausends noch einmal zelebriert werden kann.

## Die Unschärfe

Mindestens ebenso entscheidend für diese reaktionäre Entwicklung und ihre Akzeptanz ist allerdings die politische Beschränktheit weiter Teile der Linken in Bezug auf das Gesellschaftliche Naturverhältnis. Die umfassende Bereitschaft auch innerhalb der Linken, sich auf politische Mythen, wie die des "Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot" und die gerade in Umweltkreisen verbreitete Katastrophenphilosophie, einzulassen, die beide einen wesentlichen Anteil an der theoretischen Deformation der Öko-Bewegung hatten, haben der herrschenden Integrationsstrategie und Zivilisierung des Widerstands zu sogenannten Nichtregierungsorganisationen in die Hände gespielt. Durch die weitgehende thematische Begrenzung der linken Teile der Öko-Bewegung auf den Widerstand gegen die Atompolitik und Gen- und Reprotechnik wurde zudem schon von sich aus kein umfassenderer emanzipativer Ansatz in Bezug auf das Gesellschaftliche Naturverhältnis formuliert, der der Vereinnahmung der Bewegung hätte entgegengesetzt werden können. Dies lag ausserdem sicherlich daran, dass bis in die 80er Jahre das Thema Ökologie, die Begrifflichkeit unter der die Problematik des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses fälschlicherweise bis heute in der Linken hauptsächlich firmiert, lediglich als ein Seitenarm der Kapitalismus-Analyse galt. Für viele ein Feld, das jenseits von AKW und Gentech bürgerliche Kräfte oder ÖkospiesserInnen besetzt hielten. Eine politische Einschätzung, die in gewisser Hinsicht nicht gänzlich falsch war, aber doch vor allem die eigene inhaltliche Beschränktheit zeigte. Das Gesellschaftliche Naturverhältnis von sich aus ebenfalls auf die Betrachtungsebene der Umweltbewegung, nämlich Naturschutz und Schadstoffminimierung, zu reduzieren, wenn auch in Abgrenzung dazu mit der Einforderung einer Gesellschaftskritik, erweist sich seit längerem als kurzsichtig.

Historisch gesehen muss die theoretische Begrenzung der Linken in Hinsicht auf das Gesellschaftliche Naturverhältnis auf ihren Technik-, Wissenschafts und Fortschrittsbzw. Entwicklungsbegriff zurückgeführt werden. Nicht nur in der kapitalistischen Logik wurde der Entwicklungsstand der Produktivkräfte zum zentralen Massstab gesellschaftlicher Utopie. Auch weite Teile der ArbeiterInnenklasse feierten den Fortschritt des industriellen Zeitalters und entwarfen entsprechende soziale Utopien. Wie heute wurden so technische Innovationen zu Lösungsmodellen für sogenannte globale Probleme auf dem Weg zu einer humaneren Welt hochstilisiert. Ein durchaus nicht völlig unberechtigter Optimismus schliesslich waren mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung unter anderem Verbesserungen der medizinischen Versorgung wie auch ein Ausbau der städtischen Infrastruktur verbunden. Diese Form der Idealisierung industrieller Modernisierung sorgte jedoch auch innerhalb der Linken für eine tendenzielle Verschleierung der aus der Industrialisierung erwachsenden sozialen Konflikte. Aus dieser linken Form der Ästhetisierung des Technischen entspannen sich in Verbindung mit der geschichtsdeterministischen Entwicklungsideologie die Grundlagen technokratisch-autoritärer Staaten realsozialistischer Prägung. Die dabei vorherrschenden Denkkategorien fanden sich noch in den letzten Jahren im ökoimperialistischen Umgang realsozialistischer Staaten mit indegenen Gemeinschaften. Sie bestimmen linke Theorie aber auch bis hinein in die heutigen Debatten um die Progressivität von Cyborgs, den Mischwesen aus Mensch und Maschine, oder die Kommentarlosigkeit gegenüber den Computertechnologien. Technik wird dabei losgelöst von ihrem sozialen Entstehungs- und Anwendungskontext betrachtet, so als sei sie tatsächlich Ausdruck objektiver wissenschaftlicher Gestaltungsprozesse. Wichtiger als die Feststellung, dass Technik und die Loslösung von Natur durchaus reale progressive Aspekte beinhalten kann, ist im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang aber die Tatsache, dass jede Technik ein Ausfluss der Herrschaftsverhältnisse ist. In ihrer Vollendungsmythologie und Kontextlosigkeit unterstützen die kritiklosen Standpunkte letztlich nur die falsche Hoffnung, dass die Kontrolle von Natur soziale Emanzipation bedeutet. Hier kommt es quasi zu einer Enthistorisierung des Autonomie-Begriffs.

Einhergehend mit den obigen Vorstellungen entwickelte sich in verschiedenen Teilen der Linken ein ähnlich sozialdarwinistisches Menschenbild, wie es für die völkische Bewegung kennzeichnend war. Das Individuum stirbt im entfremdeten Verwertungsprozess, in einer autoritären Vergemeinschaftung oder in seiner Loslösung von sozialen Emanzipationsprozessen und der Gleichsetzung von Freiheit mit dem Tod der inneren und äusseren Natur. Das theoretische Bild vom 'Neuen Menschen' tötet so die reale Entfaltung der wirklichen Subjekte und bringt eugenische Modelle hervor. Nicht umsonst blieb die Befassung mit Sinnlichkeit, Sexualität und dem Verhältnis von Natur und Arbeit eine Randerscheinung in der Linken.

Auch in Hannover hat sich diese begrenzte linksradikale Politik in Bezug auf das Gesellschaftliche Naturverhältnis negativ ausgewirkt. Dies hat sich insbesondere nach dem Scheitern der Bürgerbefragung 1992 und der Verknüpfung des Nachhaltigkeitsthemas mit der EXPO 2000 gezeigt. Nach der äusserst knappen Niederlage in der Abstimmung zur EXPO gelang bisher keine Neuformierung des Widerstands. Das Gesellschaftliche Naturverhältnis war in den vorangegangenen Kampagnen, wie in der radikalen Linken üblich, nur auf die klassische Weise als Nebenwiderspruch behandelt worden. Das Schwergewicht der Kritik lag auf den erwarteten regionalen Strukturkatastrophen im Bereich der Verkehrs- und Wohnungspolitik durch die EXPO als Grossveranstaltung. Eine Ebene, die sicher breitere Bündnisse ermöglichte und berechtigt ist, aber viele Leerstellen aufwies. Nach dem Niedergang

Ohne eine radikale Analyse

des Titelthemas der EXPO

fehlt dem Widerstand die zentrale theoretische Grundlage.

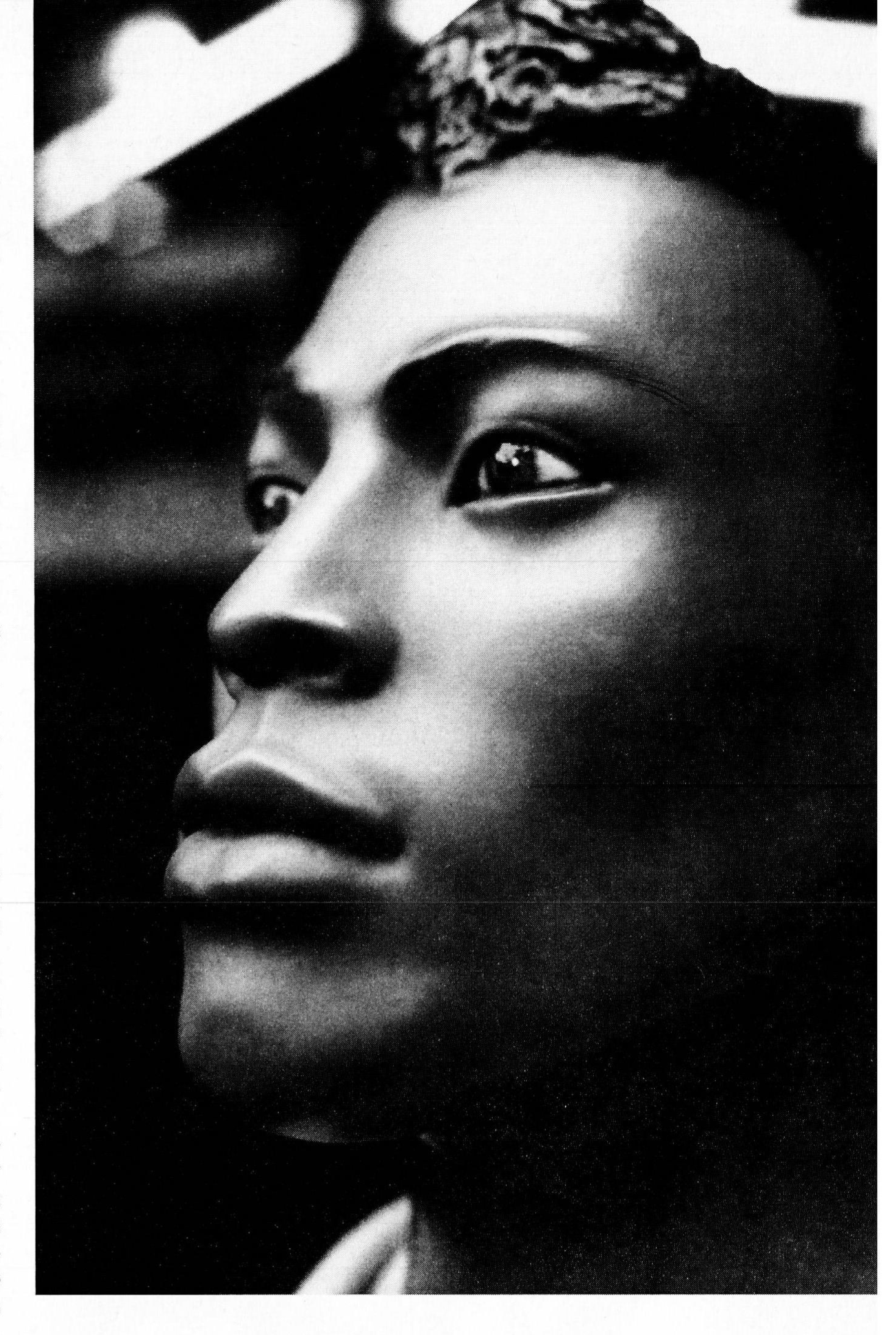
Erst aus dieser im Kern theoretischen Formierung

der Linken kann ein Widerstand gegen die EXPO 2000 entstehen,

der einen Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen

inklusive des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses herstellen kann.

der breiten Anti-EXPO-Bewegung war es folgerichtig nicht möglich, die breiteren Bündnisse auf einer neuen inhaltlichen Grundlage zu konstituieren, die die Veranstaltungsinhalte der EXPO aufgriff. Tatsächlich lag es nahe, dass durch diese Leerstellen die politische Hürde zur Beteiligung an der EXPO für die reformistischen Teile der Sozialen Bewegung, nachdem die zuvor kritisierte Umstrukturierung Hannovers nicht mehr zu verhindern schien, relativ niedrig war. So wurden der EXPO von weiten Teilen der Öko- und Internationalismus-Bewegung immer mehr nur noch ihre hohen Kosten, die eine Beteiligung von NGOs unrealistisch machen, und ihre regionalen ökologischen Belastungen als Grossveranstaltung vorgehalten. Der radikalen Linken ist es also noch nicht tatsächlich gelungen, die ideologische Funktion der EXPO zu demaskieren und einen Bogen von der Inszenierung der äusseren Kolonisierung auf der EXPO in Sevilla hin zur Legitimierung der inneren Kolonisierung auf der EXPO 2000 zu spannen.



## Die Theorie

Auch aktuell haben nur Teile der feministischen Bewegung, Gruppen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, die Krüppelbewegung sowie in mehr als fragwürdiger Weise die VeganerInnen in grösserer Zahl ein weitgehenderes Verständnis vom Gesellschaftlichen Naturverhältnis. Die Trends in der Biopolitik, die differenzierten Selektionsmuster, ihre Verknüpfung mit rassistischen bzw. sozialrassistischen Motiven und die damit verbundene Intensivierung des herrschaftsförmigen Zugriffs wird in der Linken kaum wahrgenommen. Stattdessen kommt es zu einem Aufgreifen der Öko-Thematik auf einem Niveau, das kaum über das zuvor als reaktionär kritisierte bürgerliche Umweltschutzverständnis hinausgeht. Deutlich wird dies unter anderem an der stellenweisen Naivität in der Debatte um die Kritik der Nachhaltigkeit wie auch am Fehlen der entsprechenden Themen in den linken Diskussionen.

In der Regel bleiben die Beziehungen zwischen den Herrschaftsverhältnissen im Mainstream der Linken immer noch genauso unbeachtet wie ihre uns durchziehenden Kehrseiten, unsere Eingeflochtenheit und Reproduktion der Verhältnisse. Das blosse Aufzählen und Nebeneinanderstellen der Herrschaftsverhältnisse im Sinne von tripple oppression wurde lange genug betrieben und hat daran kaum etwas geändert. So reicht es nicht aus festzustellen, dass die Verwertungsinteressen Natur zur beliebig verfügbaren Ware machen, selbst wenn es dabei mit der Feststellung, dass nicht alle gleich stark von dieser Ausbeutung profitieren, zu einer Differenzierung in Bezug auf sexistische und rassistische Strukturen kommt. Vielmehr muss im Mittelpunkt stehen, dass der destruktive Charakter des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses aus patriarchalen Grundfesten der Gesellschaft resultiert. Grundfesten, die sich in uns wiederfinden und nicht separiert, sondern nur in ihrer sozialen Dynamik verstanden werden können. Hierzu gilt es, die Ausbeutung von Natur in ihrer Vielsichtigkeit zu verstehen, ohne sie zu einem neuen Hauptwiderspruch zu machen oder die Ausbeutung von Natur mit der Herrschaft über Menschen gleichzusetzen. Grundlegend ist ein Verständnis vom Gesellschaftlichen Naturverhältnis, das dieses als sozial konstruiert identifiziert.

Die folgenden Punkte sollen einen Diskussionsbeitrag zur inhaltlichen Komplexität des aktuellen Gesellschaftlichen Naturverhältnisses und seiner theoretischen Verortung leisten und die im Artikel vertretenen Positionen ergänzen bzw. ihren Horizont erweitern. Die gewählten Begrifflichkeiten sind dazu bewusst weit gefasst und unterschiedlichen Kontexten entlehnt, um eine teilbereichsübergreifende und vergleichende Analyse anzudeuten. Der Differenzierungsversuch des Gesellschaftlichen Naturverhältnis kann somit auch ein Beispiel für eine entsprechende Betrachtung der Herrschaftsverhältnisse insgesamt und ihres Zusammenwirkens sein.

**1) Bevölkerungskontrolle**

Das sexistische Streben nach Verfügungsgewalt über die Gebärfähigkeit und Sexualität von Frauen. Kontrolliert werden soll so der weibliche Körper, die Sexualität und der sogenannte 'Bevölkerungskörper' und letztlich auch der behauptete 'Lebenswert' von Menschen.

**2) Enteignung**

Hinzukommt die Enteignung der natürlichen Subsistenzgrundlagen, die ein Leben außerhalb herrschaftsförmiger Zwangssysteme unmöglich machen soll. Durch die Unterordnung unter die Herrschaftsstrukturen soll eine ständige Zugriffs- und Selektionsmöglichkeit abgesichert werden. Herrschaftsfreie Aneignungsmöglichkeiten von Natur sollen unmöglich gemacht werden.

**3) Zurichtung**

Die Entwertung und Zurichtung der Reproduktionsarbeit auf die Erfordernisse der herrschaftsförmigen Verwertungsinteressen vor dem Hintergrund der geschlechtlichen Arbeitsteilung bildet die Grundlage für die Ausbeutung von Natur, indem sie für die Regeneration von Innerer Natur, sprich hier Arbeitskraft sorgt. Naturzerstörung wird auf Kosten weiblicher Arbeitskraft kompensiert.

**4) Entsinnlichung**


technisub

Eine weitere Basis für die symbolische Reproduktion des destruktiven Gesellschaftlichen Naturverhältnisses bildet die Entsinnlichung und Entfremdung von Natur. Natur wurde zum Fremden, zum Anderen, zum Wilden gemacht, um ihre Manipulation und ihren Objektstatus legitimieren zu können.

**5) Biologisierung**

Entsprechend gingen die männlichen Eliten mit Frauen, Schwarzen und 'Asozialen' um, schrieben ihnen Naturhaftigkeit zu und bestritten ihr Lebensrecht. Diese Naturalisierungen wurden Ausgangspnkte für biologistische Politikkonzepte. Die Gesellschaft wurde gerade in Deutschland zum 'Volkskörper' ernannt, den es medizinisch zu behandeln galt entlang reaktionärer Utopien von 'Volksgesundheit'.

**6) Normierung**

Die patriarchale, wissenschaftliche gestützte Definitionsmacht über das, was als wahre, objektive Naturerkenntnis gilt, soll Alternativen zum Bestehenden undenkbar machen und uns geschichtslos lassen. Wissen um unseren Körper, um die Möglichkeit, jenseits der Zwangssyteme und industrieller Arbeitsteilung zu leben, wurde geraubt. Kommunikation um emanzipatorische Prozesse soll der kulturell-soziale Kontext genommen werden.

**7) Kolonisierung**

Die Kolonisierung der inneren Natur des Menschen soll die Disziplinierung und Kontrolle des Menschen intensivieren. Der Verwertungsprozess soll auf die menschliche Physis im eigentlich biologischen Verständnis ausgedehnt werden, wozu ebenfalls die Kontrolle der Reproduktionsfähigkeit von Frauen unerlässlich ist.

**8) Verwertung**

Menschliche Körper wurden zu Maschinen umdefiniert. Sexualität und Körperlichkeit wurden vom Menschsein abgespalten, indem sie der jeweiligen Wahrnehmung und Selbstbestimmung entzogen werden. Der Mensch soll in seiner Totalität in die gesellschaftlichen Utopien eingepasst und verwertet werden.

**9) Selektion**

Subjekte, die nicht den patriarchalen Bio-Normen entsprechen werden sanktioniert oder ausselektiert. Dies ist sowohl die Konsequenz der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gewesen als auch heute im Kern die Konsequenz einer Selektion im Reagenzglas. Moderne sozialmedizinische Instrumente und die Reproduktionstechnik mit ihren immer umfassenderen Eingriffsmöglichkeiten in die menschliche Sexualität schaffen eine biologische Kontrollgesellschaft.

**10) Ausbeutung**

Die objektivierte äussere Natur wird im industriellen Verwertungsprozess ausgebeutet, ohne dass ihr ein spezifischer historisch-sozialer Eigenwert zuzugestanden wird.

## Die Praxis

Trotz der Feststellung, dass das Gesellschaftliche Naturverhältnis nur ein Aspekt der Herrschaftsverhältnisse insgesamt ist, muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass es zum Feld eigener politisch-sozialer Auseinandersetzungen zu machen ist, um es in einem emanzipativen Prozess verändern zu können. Dies gilt unter der Vorraussetzung der Aufgabe einer Hauptwiderspruchs-Lehre für das Gesellschaftliche Naturverhältnis genauso wie für Sexismus und Rassismus Allein den Herrschaftscharakter des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses zu dekonstruieren genügt dafür nicht. Der Vorrang in der politischen Auseinandersetzung mit dem Gesellschaftlichen Naturverhältnis sollte aktuell auf der Beseitigung der Herrschaftsverhältnisse, die dessen soziale Basis bilden, und nicht auf einer Neugestaltung der Nutzung von Natur liegen. Die Veränderung des Mensch-Natur-Verhältnisses baut in letzter Instanz auf der Freiheit von Herrschaft, der Autonomie in der sozialen Gestaltung des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses auf - und eben nicht in einer am grünen Tisch entworfenen Öko-Philodsophie.

In Hinsicht auf die EXPO und die Linke heisst dies zunächst einmal, das Gesellschaftliche Naturverhältnis als Teil der Herrschaftsverhältnisse in die linken Debatten und Analysen einzubeziehen. Dies erfordert eine theoretische Bestimmung des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses innerhalb linker Gesellschaftskonzeptionen und Kritik. Hierzu gehört es, ein Verständnis von der Modernisierung des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses in Bezug auf die innere und äussere Natur zu entwickeln, wobei sich Ansätze durchsetzen müssen, die falsche Fortschritts- und Wissenschaftsvorstellungen beiseite lassen. Zudem gilt es, Sinnlichkeit und Sexualität, den Eigenwert von Natur sowie die Formulierung eines emanzipativen Naturverständnisses zu diskutieren. Entscheidend dafür ist die Betonung der patriarchalen Strukturen des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses gegenüber der begrenzten Kritik im Kontext einer antikapitalistischen Hauptwiderspruchslogik. Ohne eine solche radikale Analyse des Titelthemas der EXPO fehlt dem Widerstand die zentrale theoretische Grundlage.

Erst aus dieser im Kern theoretischen Formierung der Linken kann ein Widerstand gegen die EXPO 2000 entstehen, der einen Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen inklusive des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses herstellen kann. Ohne eine solche inhaltliche Grundlage wird es keine strategische Bestimmung linksradikaler Politik geben, die eine Praxis begründen könnte, die über zeitlich begrenzte Aktivitäten gegen äusserliche Formen der Herrschaftsverhältnisse und einzelne Teilbereiche hinausgeht. Dies erfordert jedoch eine Diskussion, die deutlich über die Aneinanderreihung linker Kritikpunkte an den Herrschaftsverhältnissen, wie das bundesweite linksradikale Bündnis zu den Kölner Gipfeln es getan hat, hinausgeht. Ansonsten wäre auch der EXPO-Widerstand nicht mehr, als eine weitere Kampagne gegen eine Grossveranstaltung, aber der machtvollen Präsentation der Weltausstellung würde weder inhaltlich noch praktisch etwas Bleibendes entgegengesetzt werden können. Für diese teilbereichsübergreifende inhaltliche und strategische Diskussion bietet die EXPO aufgrund ihrer eigenen thematischen Breite und symbolischen Bedeutung eine gute Möglichkeit.

Dafür ist jedoch der politische Wille notwendig die Fragen, die die Analyse der unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse und der Schwäche der Linken in den letzten Jahren aufgeworfen haben, kollektiv beantworten zu wollen. Hierbei darf Praxis nicht mit Aktionismus verwechselt werden und es darf nicht dem immer noch weitverbreiteten Missverständnis aufgesessen werden, dass Praxis und Theorie etwas Gegensätzliches sind. Angestrebt werden muss eine Interventionsfähigkeit, deren Strategie aus dem Wechselspiel von Theorie und Praxis resultiert. Ein einfaches Feindbild reicht nicht mehr - und dies zurecht - um Widerstand zu entwickeln, der auch sozial und kulturell wirkt und dauerhaft mobilisiert. Um eine politisch relevante Praxis zu entfalten muss nicht die Frage gestellt werden, ob wir etwas tun wollen, sondern wie wir was tun müssen, um ein gestecktes Ziel zu erreichen. Eine dahinführende teilbereichsübergreifende Strategiediskussion muss das zweite Ziel des EXPO-Widerstands sein und den Vorrang vor einer Aktionsplanung haben, die ohne eine wirkliche strategische Bestimmung voranschreitet die altbekannten Fehler zu machen.

Hieran kann sich dann vielleicht als drittes Ziel eine Politik anschliessen, die fähig ist, eine politische Polarisierung entlang linker Positionen voranzutreiben. Den NGOs und den Herrschenden darf nicht weiter das Feld der symbolischen Ordnung und Definitionsmacht überlassen werden. Zur gesellschaftlichen Verbreiterung der Linken ist es deshalb notwendig die reformistischen Kräfte und ihre soziale Basis zu spalten und damit den in den 80ern seitens der Herrschenden eingeleiteten Integrationsprozess umzukehren. Einer der ersten praktischen Schritte muss dabei sein, den NGOs ihre legitimatorische Funktion für das Herrschaftssystem zu nehmen, indem ihre inhaltlichen Positionen hinterfragt und ihre reaktionäre Rolle entlarvt wird. Es gilt sozial und kulturell ansprechende Räume und Praxisfelder zu eröffnen, die bewusst über die Grenzen der linken Szenen hinausgehen und Möglichkeiten zur kooperativen, nicht instrumentellen, Politisierung schaffen. Dies ist eine Politik, die weniger das neue revolutionäre Objekt sucht, als vielmehr eine kontinuierliche Ausweitung der sozialen Basis und des weiteren Umfelds der Linken anstrebt.

Insgesamt muss sich unsere Praxis zunächst vorrangig an der Profiliierung linksradikaler Kritik und Handlungsperspektiven orientieren und weniger daran die EXPO zu 'verhindern' oder 'anzugreifen'. Diese Parolen mobilisieren zu leicht auf eine allzu klassische Weise, wie sie seit Jahren praktiziert wird, ohne ausreichend zu reflektieren, dass Absichtserklärungen jenseits der politischen Realität und der damit in der Regel verbundene Politikstil selbst zu einem Teil unserer politischen Probleme geworden ist. Dennoch sind die drei hier formulierten Ansatzpunkte für Widerstand nicht bescheiden oder defensiv zu verstehen. Realistisch betrachtet sind sie hochgesteckte Ziele, die jedoch den Vorteil haben, einen reflektierten Schritt zu tun, ohne mit falschen Illusionen die nächste Enttäuschung vorzuprogrammieren. Wer die Linke neuformieren will muss sich die Zeit nehmen für eine strategische Besimmung der politischen Perspektiven und eine kritische Reflektion unserer eigenen Strukturen und Politikmuster. So gesehen geht es hier nicht um eine Politik der kleinen Schritte, sondern um eine Politik, die endlich aus dem Rückwärtsgang in den Vorwärtsgang will.

# EXPO 2000 - Technokratie mit Genderberatung

## Feministische Verwirrungen im Vorfeld der EXPO 2000

**by mamba**

*EXPO 2000? Frauen sollen dabei sein, na klar! Verbildlicht hat die EXPO GmbH diese huldvolle Absicht vor einigen Monaten in der ersten Ausgabe ihres Werbeträgers "expo-magazin". Dort ist auf der Titelseite die Silhouette einer nackten Frau zu sehen, multimediös aufbereitet mit pinker Gitternetzstruktur überzogen, so daß die Brustwarzen leuchtende Punkte inmitten des Rasters bilden. Bis auf den Knutschmund ist das Gesicht der Computergrazie verdeckt von einer Cyberbrille, auf deren Display sich erkennen läßt, was ihr Denken bestimmt: ein in blauem Raster abgesetzter Männertorso.*

Das Abbild weiblicher Verfügbarkeit nimmt vorweg, wie wohl die nennenswerteste Beteiligung von Frauen an der EXPO aussehen wird: schließlich werden laut HAZ ca. 3600 Prostituierte erwartet – "der Markt im Milieu formiert sich", wie Polizeipräsident Klosa zu berichten weiß. Polizei und Kriminalpräventionsrat wollen durch verstärkte Zusammenarbeit eine Schädigung des Expo-Images verhindern. Alles will schließlich geplant sein, und neben der sonstigen globalen Zukunft, die darzustellen die Weltausstellung Anspruch erhebt, eben auch dies. Dieser allumfassende Anspruch der EXPO, vom deutschen Staat der "Weltöffentlichkeit" präsentiert, ist es auch, der die Weltausstellung, anders als andere Messen, aus feministischer Sicht relevant macht: es geht um das dort präsentierte Welt- und Menschenbild, um die Form internationaler Beziehungen, die dort legitimiert und "zukunftsfähig" festgeschrieben werden soll, und nicht in erster Linie um das eingangs erwähnte, sexistische Procedere vor Ort, auch wenn dies nicht aus dem Blick und der Praxis herausfallen darf.

### Nachhaltigkeit und andere Klebstoffe

Die EXPO 2000 ist eine durch und durch sexistische, technokratische und rassistische Veranstaltung - sowohl in der Problemdefinition, die sie vorgibt, als auch in den "Lösungen", die sie - je nachhaltiger desto besser - anstrebt.

Das Paradigma der Nachhaltigen Entwicklung wurde 1995 von der EXPO mit leichter Verspätung gegenüber dem internationalen Diskurs entdeckt und zur Leitideologie der Weltausstellung "neuen Typs" erklärt. Es stellt keine ökologisch-soziale Kehrtwende in der Politik der hochindustrieализierten kapitalistischen Staaten dar, sondern schließt alle Herrschaftsmechanismen, auf denen deren Vormachtstellung beruht, von der ausbeuterischen Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd, der technologischen Beherrschung und Zerstörung von allem, was zu "Natur" erklärt wird, bis hin zur Geschlechterhierarchie, mit ein. Freilich mit dem Unterschied, daß heute kaum Gegenpositionen erkennbar sind, sondern sich die Reste der sozialen Bewegungen, auch Feministinnen, vielmehr gegenseitig an dienstbarer Beteiligung an den neuen Herrschaftssicherungen überbieten. Mitmachen ist Programm, denn Nachhaltige Entwicklung ist der Klebstoff, der kritisches Potential zuverlässig an die Argumentationsstrategien "der Mächtigen" bindet - und auch die altbewährte Geschlechterordnung hält wieder prompt.

Der patriarchale Charakter der Nachhaltigkeit zeigt sich im männlichen Leitbild der "Effizienzrevolution", dem das Ideal der "Suffizienz" zur Seite treten soll: Experten retten durch technologische Optimierung die Welt, während die Frauen zu Hause den Müll trennen und energiesparend Biogemüse brutzeln. Wie um sämtliche Zweifel hieran vorzubeugen, postuliert Aufsichtsratvorsitzender Helmut Werner in einem Interview: "Mensch und Natur sind natürliche Feinde, die Technik ist das einzige Mittel, das der Mensch hat, um die Natur nicht zu sehr zu schädigen." (FAZ-Magazin Mai 99) Der eigenen Macht scheint mann sich jedenfalls sicher. Und ebenso sicher ist, was da gegenüber gestellt wird: nach wie vor der "planende Mannmensch" einer Natur, zu der er, aufgrund ihrer Gebärfähigkeit, auch die Frau zählt. So gelten Frauen aus dem Trikont, die sich gegen Verhütungstechnologien entscheiden, als eine der schwerwiegendsten Gefahren für "unseren Planeten". Für Frauen im Norden hingegen wird alles getan, um ihren Wunsch nach einem gesunden, hübschen Baby nachkommen zu können; auf der einen Seite sollen IVF und Gentechnik das Unmögliche möglich machen, auf der anderen ist Abtreibung nur bei behinderten Kindern erwünscht.

Das Konstrukt von "Überbevölkerung", ein in verschiede-

nen historischen Phasen immer wieder beliebter Vorwand für manipulative und rassistische Kontrollmaßnahmen, zieht sich als ein roter Faden durch das Konzept der EXPO und fordert als scheinbare Naturkatastrophe planerisches Handeln: jetzt und heute, wir alle gemeinsam in der "Einen Welt". Soziale und politische Probleme, wie die ungleiche Verteilung von Ressourcen, werden als technische, berechenbare deklariert und entsprechend in die Hände von mehrheitlich weißen Experten gelegt. Frauen werden nach Möglichkeit auf ihre Gebärfähigkeit reduziert, werden in Tabellen und Skalen gepackt, um ihnen so jedes beliebige "Zuviel" oder "Zuwenig" mit wissenschaftlichen Argumenten in die Schuhe schieben zu können.

### Bilder, die sich festsetzen

Nicht gerade originell, aber in ihrer Gewaltförmigkeit beachtlich, sind die gestalterischen Finessen, mittels derer die gewünschten Botschaften bei den EmpfängerInnen landen sollen. Den BesucherInnen des Themenparks soll die oben angeführte Annahme einer "Überbevölkerung" durch suggestiv wirkende Klaustrophobie-Effekte eingebleut werden: die Menschenmenge wird schlichterdings durch immer enger werdende, verspiegelte Gänge geschleust, bis sich Beklemmung einstellt und die sich anschließend räumliche Weite und Menschenleere als wohltuend empfunden wird. Im Bereich "Ernährung" soll zur Verbildlichung der "wachsenden Bevölkerung" eine gläserne Wand voller Heuschrecken aufgestellt werden, die "eindrucksvoll" zeigen soll, "was es heißt, wenn Schwärme von Heuschrecken einfallen und Getreidefelder vernichten". So einfach ist sie, die "Eine" Welt. Kulleräugig formulierte Fragen à la Was ist der Mensch? Welchen Beitrag leistet die Gentechnologie zum Management von Krankheit und Gesundheit? Kulturrelativismen und esoterische Phrasen liefern die Matrize für Kritik an den – bereits planierten – Lösungswegen.

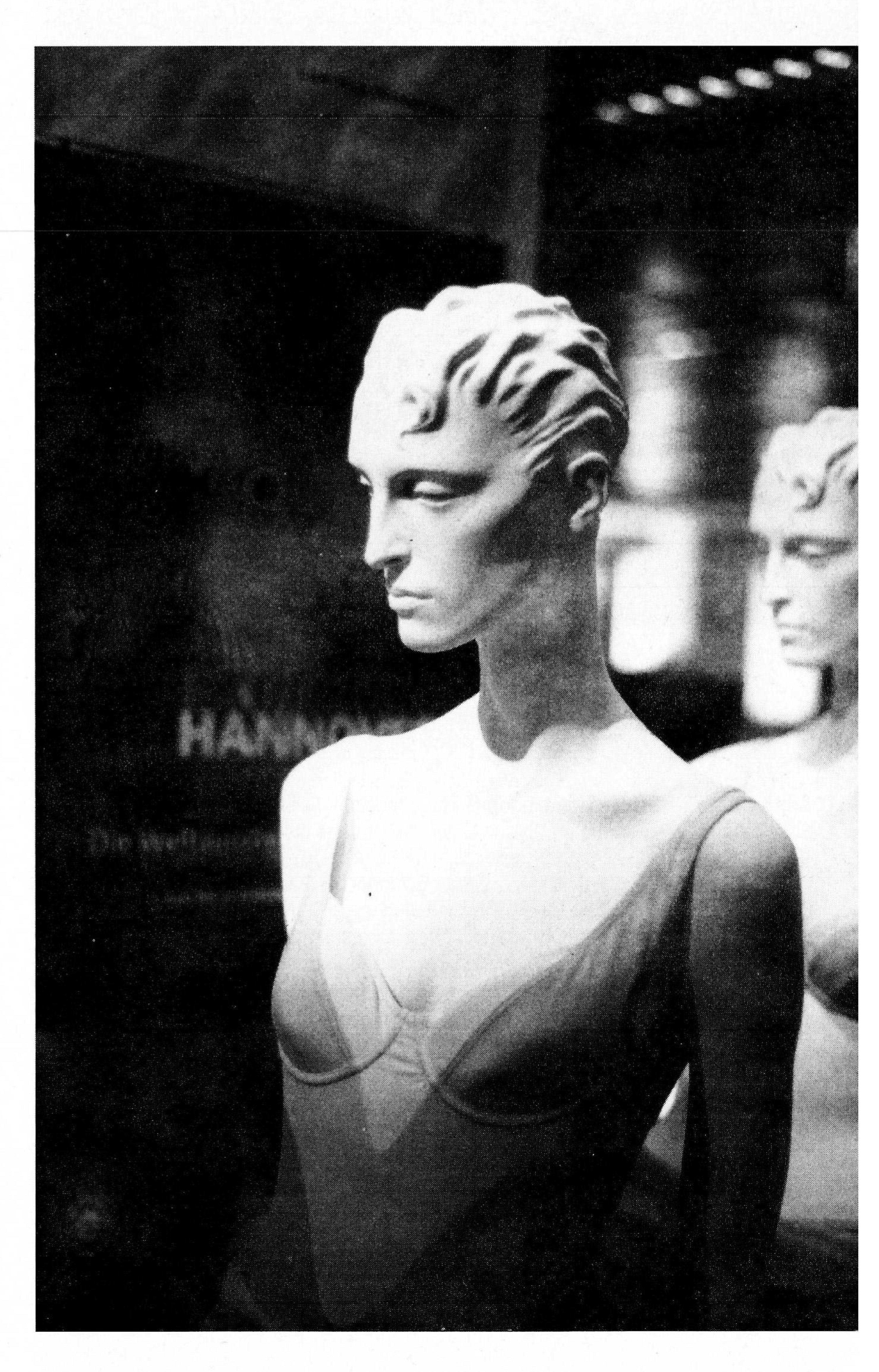
Ist der Panikmacher "Bevölkerungsexplosion" geschluckt, dann rutscht die Beruhigungspille "Gentechnik" um so besser. Und das "Schlucken" ist hier wörtlich zu nehmen, denn im Themenpark wird es diverses Genfood zum Probieren geben. So wird dem vorhandenen Mißtrauen auch auf einfachster, sinnlicher Ebene begegnet. Programmatisch ist eine Äußerung von EXPO-Generalkommissarin Birgit Breuel zu sehen: ihrer Meinung nach macht sich, wer Gentechnologie ablehnt, Mitschuld am Hunger der Welt. In diesem Jargon wird versucht, jeder Fundamentalkritik an der Technologieentwicklung gleich vorsorglich den Boden zu entziehen. Diesem Verfahren entspricht auch die vorgetäuschte Nachvollziehbarkeit gentechnischer Experimente und Manipulationen: im begehbaren Menschen des Themenparks sollen die BesucherInnen "selbst Proteine herstellen und dabei die komplexen Funktionsmechanismen des genetischen Codes kennenlernen". So begreifen die BesucherInnen spielend: "Partizipieren heißt Mitmanipulieren", und alle sind dabei.

In der EXPO-Welt interessieren Menschen, egal ob Männer oder Frauen, selbst nur aus der Sicht ihrer Manipulierbarkeit zugunsten technischer Anwendungen. Leicht verdaulich inszenierte und selbstverständlich frohe Zukunftsbotschaften sollen, zum einen, für die Verbreitung und Akzeptanz bestimmter wissenschaftlicher und technologischer Denkfiguren, wie z.B. dem "Menschen als Maschine" oder der "Allmacht" des Gens, sorgen, zum anderen, jedoch deren eigenständige Hinterfragung jenseits der gewünschten Bahnen verhindern. Innerhalb der Akzeptanzschaffung, die auf der EXPO stattfindet, könnte beinahe von Geschlechtsneutralität gesprochen werden, denn patriarchale Herrschaftsstrukturen neuer Technologien und ihre Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis und gesellschaftspolitische Folgen werden außer acht gelassen, sowie die Tatsache, daß bereits im Entstehungsprozess von Technologien soziale und geschlechtsspezifische Kräfteverhältnisse eingebettet sind.

Den Themenpark kommentiert Birgit Breuel. "Die Lösungen sollen sich als Bilder in den Köpfen der Menschen festsetzen." Sollte das wirklich so einfach sein?

### Die Quadratur des "weiblichen Blicks"

Dies alles sind doch gefundene Freßchen, um die Weltausstellung durch feministische Öffentlichkeitsarbeit zum Skandal werden zu lassen, sollte frau meinen – aber denkste. Die real existierende feministische Politik in Sachen EXPO ist bislang ein Trauerspiel. Zu nennen ist vor allem der Verein "frauen und expo e.V.", der sich seit Gründung 1997 das Ziel gesetzt hat, "die" weibliche Sicht auf das Thema 'Mensch-Natur-Technik' im Rahmen der EXPO erlebbar zu machen. Da relativ klar ist, was auf der EXPO en gros erlebbar sein wird, stellt sich die Frage: gesellen sich jetzt zu den patriarchalen auch noch feministische Allmachtsphantasien? Nach Jahren der Kritik an vereinfachenden





und ausschließenden Festschreibungen mag manchen die Behauptung einer weiblichen Sicht schon schwer genug im Magen liegen. Schlimmer, daß diese nach Vorstellung des Vereins auch noch "nachhaltig" sein soll – "denn wer wäre zur Vermittlung des Gedankens der nachhaltigen Entwicklung besser geeignet als Frauen?" (Architekturprofessorin Barbara Zibell für den Verein "frauen und expo") Dieses "Geeignetsein" unter Beweis zu stellen, indem Frauen die Teilnahme an der EXPO erleichtert wird, ist das Credo des Vereins. Nach einer Auseinandersetzung mit dem offensichtlichen Sexismus, mit dem die EXPO vermarktet wird, sucht frau in den Publikationen von "frauen und expo" vergeblich. Die gängige – und bereits ausführlich aus feministischer Sicht kritisierte – Praxis hingegen, bevölkerungspolitische Maßnahmen als Hilfe zur "Selbstbestimmung" von Frauen zu kaschieren, wird voll unterstützt – dabei taucht dann im "Newsletter" des Vereins auch schon mal die "Deutsche Stiftung Weltbevölkerung" als Hüterin der Frauenfreiheit und des Empowerment im Trikont (Marke "mehr Bildung = weniger Kinder") auf. Dies ist grob die eine Kategorie der vom Verein unterstützten Frauenprojekte. Die andere spiegelt fast durchweg die Realität weißer Mittelklassefrauen mit entsprechendem Lebensentwurf und somit einen überaus bürgerlichen Feminismus wieder (z.B. die vom Verein unterstützten Unternehmerinnenzentren im hannoverschen Umland).
Ein Vereinsmitglied, die Psychologiedozentin Jutta Meyer-Siebert, fand 1995 in einer Stellungnahme noch deutlich kritischere Worte zur EXPO und sogar zur Bedeutung Birgit Breuels für feministische Beteiligung: hieß es dort, ein Feminismus, der allein auf die (gemeint ist die empirisch-personelle) Feminisierung der Gesellschaft setze, habe sich durch die "vielen unrühmlichen Beispiele" als politische Stoßrichtung erledigt – Welches Beispiel könnte wohl unrühmlicher sein und mehr eine feministische Distanzierung herausfordern als die oben zitierte Frau Breuel? – und die Generalkommissarin sei bestimmt kein Gewinn aus feministischer Sicht, so wurde im letzten Jahr, wenn auch von einer anderen Vereinsvertreterin, bereits deren pure Anwesenheit auf einer Tagung des Vereins als Unterstützung für die eigene Sache gewertet. Wenn wieder mal amtlich werden soll, daß Feminismus und Kapitalismus bestens zusammenpassen, dann müssen eben schon ein paar Hände geschüttelt werden.
Für soviel Kooperativität kam auch prompt ein Dankeschön: mann (Dr. Hartnagel von der EXPO GmbH) bat bei der Planung der parallel zur EXPO laufenden "Global Dialogue Events" den Verein sogar um eine "Genderberatung" (noch so ein schöner Begriff, der nach unternehmerischem Know-How klingt und auch schnell wieder vergessen läßt, daß es um Belange von etwas so einfachem wie Frauen geht). Über das Beraten bei politisch eher marginalen Veranstaltungen und den Lobbyismus kommt der Verein jedoch nicht hinaus. Seitens der EXPO-GmbH wird bei Anfragen zur Frauenbeteiligung und der Berücksichtigung von feministischen Erkenntnissen im EXPO-Rahmen zwar auf ihn verwiesen, Möglichkeiten zur Durchsetzung eigener Standpunkte hat er jedoch keine. So ist zumindest aus Sicht der GmbH eine Lücke gefüllt und das EXPO Image erfährt eine weitere Aufwertung.
In diesem kooperativen Rahmen verliert die vom Verein geäußerte Kritik am "männlichen Blick" vollends ihren politischen Sinn.

## Die Frauenuniversität während der EXPO – ein lila Elfenbeinturm

Das zweite Beispiel feministischen Wirkens im Kontext der EXPO ist die "Internationale Frauenuniversität Technik und Kultur", kurz "ifu", die im Jahr 2000 interdisziplinär für 100 Tage stattfinden wird. Falls dieser Titel nicht auf eine Arbeitsteilung hinweisen möchte, die jede Auseinandersetzung zwischen beiden Bereichen vorsichtig umgeht, ist wiederum zu fragen: warum wird soweit in die 6 Forschungsbereiche (Wasser, Migration, Arbeit, Information, Körper, Stadt) geschweift, anstatt die Synthese von Technik und patriarchaler Kultur dort zu erforschen, wo sie ihren aktuellsten und prägnantesten Ausdruck findet: auf der EXPO? Doch auch hier ist bisher nicht feststellbar, daß dieser Weg eingeschlagen würde. Mehr noch, die eigene Funktion als Feigenblatt wird sogar unterschlagen: während einer Diskussionsveranstaltung im Juli diesen Jahres mußten Vertreterinnen der "ifu", die sich allesamt als zumindest distanziert gegenüber der Weltausstellung bekannt hatten, von EXPO-Gegnerinnen wiederholt darauf hingewiesen werden, daß zumindest eine Positionierung zum Unternehmen EXPO nottue, ja sie gaben sich sogar überrascht, von der Vereinnahmung ihres Projektes zu EXPO-Werbezwecken zu erfahren. Die Blauäugigkeit ist v.a. deswegen unangebracht, weil das Bewerbungsverfahren der "ifu" als weltweites EXPO-Projekt seit Monaten in Gange ist.
Eine Ausnahme ist die Historikerin Barbara Duden, die sich mit ihren Forschungen zur Geschichte des Körpers auch im überseeischen/ angloamerikanischen Raum einen Namen gemacht hat. Sie wird bei der "ifu" entsprechend zum Thema "Körper" mitarbeiten. Vom Verein "frauen und expo" eingeladen, eine Diskussion über den Themenparkbereich "Gesundheit" mitzubestreiten, stellte sie die Veranstaltung mit einem entschiedenen Plädoyer gegen den von WHO-Vertreterin Monika Gehner entworfenen Ausstellungsplan völlig auf den Kopf und wetterte

Inhaltlich ist die geplante Gentech-Akzeptanzbeschaffung vielleicht der gewichtigste Grund,
die EXPO-Welt aus feministischer Warte abzulehnen.
Den Widerstand gegen Gentechnologie zum Schwerpunkt
in der feministischen Anti-EXPO-Arbeit zu machen,
birgt darüber hinaus die Möglichkeit,
anhand eines ehemals zentralen Themas ein stückweit auf die Zusammenführung versprengter,
aber noch bestehender frauenbewegter Strukturen hinzuarbeiten,
die diese inhaltlichen Prämissen teilen.

(unter zunehmenden Beifall des mehrheitlich weiblichen Publikums) gegen die aus den EXPO-Texten sprechende "wattierte Gewaltförmigkeit" und den "ökologischen Alptraum", der da entworfen würde und völlig von der subjektiven Erfahrung des "Gesundseins" abstrahiere. Ihrer Meinung nach beginne das Problem des Ausstellungskonzeptes bereits damit, daß Menschen einfach nicht vorkämen, weshalb sich auch schwerlich die Berücksichtigung von Frauen einklagen ließe – eine Position, nach der sich das Ziel des oben erwähnten Vereins, in dem Duden gleichzeitig Mitglied ist, ja eigentlich ad absurdum geführt hätte.
Auch die Synthese von kapitalistischer Organisation und feministischem Projekt scheint wiederum gelungen: das Lehrangebot richtet sich nur an Postgraduierte, die sich individuell bewerben müssen, und obendrein sind auch noch satte Studiengebühren zu entrichten: 900 DM für 100 Tage, und das während an der Uni Hannover Studiengebühren noch heiß umkämpft sind. Ganz im Einklang mit den Standortinteressen des großdeutschen Staates wird angestrebt, die Potentiale der feministischen Forschung für die (u.E. immer noch patriarchale) Wissenschaft nutzbar zu machen.
Die "ifu" ist alles andere als die Erfüllung eines feministischen Traumes. Schlimmer noch: rhetorisch wird an die Tradition der ersten Berliner Frauensommeruni angeknüpft, während realpolitisch längst der angeblich notgedrungene Schulterschluß mit der an männlichen Interessen ausgerichteten Wirtschaftslobby vollzogen wurde. Andersgeartete Hoffnungen, die beim Gedanken an "Frauenuni" durchaus geäußert wurden, werden enttäuscht. Die "ifu" gleicht eher einer Professorinnen-ABM, die jedem feministischen Nörgeln an staatlich-kapitalistischer Logik endlich entsagt, sich gegenüber der Mehrzahl bewegter Frauen in elitäre Nischenpolitik zurückzieht und andererseits die eigenen Potentiale froh mitreinschmeißt in den ach so bunten Topf voll standortsichernder Maßnahmen.
Um so unberechtigter die Berufung auf die Frauensommeruni '76. Diese war, wie Christina Thürmer-Rohr schreibt, "...getragen von dem Selbstverständnis, Teil eines umfassenden Kampfes gegen Frauenausbeutung und –unterdrückung zu sein. (...) Frauenforschung war gleichbedeutend mit Widerstand. Sie barg Zündstoff in ihren Inhalten und in ihrer Form. (...) Sie wollte an die Kämpfe von Frauen außerhalb der Universität anknüpfen...".
Inzwischen wird von Studentinnen ein eigenes Projekt vorbereitet, daß für alle interessierten Frauen offen ist, ob mit oder ohne Abitur, und im Juni nächsten Jahres stattfinden wird. Die Interkulturelle FrauenLesbensommeruni wird, ausgehend vom unterschiedlichen Alltag von Frauen, sowohl Möglichkeiten zur intellektuellen Auseinandersetzung mit Frauen betreffenden Themen wie auch Kulturelles bieten.

### Aussicht hat nur ein Nein zur EXPO - Welt

Es gibt inhaltliche Beispiele genug, die eine rigorose feministische Ablehnung der EXPO weitaus besser begründen können als ein – wenn auch kritisches – Mitmachen. Woran es allerdings fehlt, ist der politische Wille, angesichts auf die Spitze getriebener patriarchaler Allmachtsmythen eine Auseinandersetzung in angemessenem Rahmen zu führen.
Unserer Ansicht nach muß sich die feministische Auseinandersetzung mit der EXPO vom Gedanken des "kritischen Mitmachens" lösen. Sie muß von einem politischen Standpunkt (und einem entsprechenden Ort!) außerhalb des EXPO-Rahmens ausgehen, um sich nicht früher oder später in Reduktionismus uns Anbiederei zu erschöpfen.
Die EXPO als Schaubild patriarchal-technokratischen Machbarkeitswahns bietet für Feministinnen den Zwang "nein" zu sagen, weil mit der Gentechnologie eine Technologie zur "Weltrettung" beschworen wird, deren Anwendung, wenn sie auch nicht einzig darauf zielt, die Unterdrückung und Entmachtung von Frauen weltweit massiv vorantreiben und auf qualitativ neue Weise verschärfen wird. Inhaltlich ist die geplante Gentech-Akzeptanzbeschaffung vielleicht der gewichtigste Grund, die EXPO-Welt aus feministischer Warte abzulehnen. Den Widerstand gegen Gentechnologie zum Schwerpunkt in der feministischen Anti-EXPO-Arbeit zu machen, birgt darüber hinaus die Möglichkeit, anhand eines ehemals zentralen Themas ein stückweit auf die Zusammenführung versprengter, aber noch bestehender frauenbewegter Strukturen hinzuarbeiten, die diese inhaltlichen Prämissen teilen.
Auch könnte eine Chance darin liegen, die patriarchale Inszenierung für die eigenen Zwecke zu nutzen, wenn es gelingt, den expo-nierten Zukunftsentwürfen das Schmiermittel der eigenen Beteiligung zu verweigern und weitergehend deren Demaskierung entgegenzusetzen. Der Versuch, die Ablehnung der Weltausstellung in deren öffentlichwirksame Skandalisierung zu wenden, ist jedenfalls nicht unrealistischer, als zu glauben, frau könne an dem ganzen patriarchalen Müll noch etwas Gutes oder "Wenigerschlimmes" abringen, wenn sie nur mitmacht.
Innerhalb der noch verbliebenen kritischen Frauenszene eine ablehnende Positionierung zur Weltausstellung einzufordern und für das Ziel ihrer Demaskierung als patriarchales Herrschaftsprojekt zu werben, kann als eine der politischen Hauptaufgaben derjenigen angesehen werden, die erreichen wollen, daß die Welt anders aussieht, als auf der EXPO präsentiert.
Dies beinhaltet zuvorderst die Solidarität mit all jenen, denen von den dominierenden Industrienationen des Nordens ihre Geburtenrate diktiert oder unabhängige Existenzmöglichkeiten jenseits des Marktes genommen werden sollen. Und eben diesen solidarischen internationalistischen Feminismus gilt es dem volkstümlich aufbereiteten Technologiefetischismus der Weltausstellung entgegenzusetzen.

**Kontakt und Infos.**
**mamba - Arbeitsgruppe Feministische Expo-Kritik**
**c/o AStA der Uni-Hannover**
**Welfengarten 2c**
**30167 Hannover**

# "... und du machst die Wäsche"

## Ökonomie und die Herrschaft der Aliens

**by Christoph Spehr**

*Früher war nicht alles besser, aber manches einfacher. Zum Beispiel gab es Leute, die sich nicht die Mühe machten, ihre Herrschaft über andere zu verbergen, sondern sie ganz offen für natürlich und gerecht ausgaben - weil sie Fürsten waren, Weiße, Männer, Kapitalisten, was auch immer. Dann kam das demokratische Zeitalter, und mit ihm die Herrschaft der Aliens. Aliens? Doch, doch. Jene Wesen, die genauso aussehen wie wir selbst, mit Vorliebe aus unserer Mitte stammen, alles nur für die Vernunft, den Fortschritt oder die Menschenrechte tun und jeden Verdacht der Herrschaft strikt von sich weisen.*

*Der folgende Text entstammt dem Buch von Christoph Spehr "Die Aliens sind unter uns. Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter", das Ende September bei Siedler TB erscheint. Neben lebensnotwendigen Klärungen zum Alienismus im Allgemeinen findet sich dort auch Ausführliches zum Übergang vom traditionellen zum progressiven Alienismus, Berichte über die Widersacher des Alienismus und aus der Welt der Postmodernen Kollektive, jener Gruppen, Projekte und Unternehmungen, die sich in den Ruinen der Entwicklungsära zusammenrotten, um sich irgendwie durchzuschlagen ...*

### Die Gesetze der Ökonomie

Der beispiellose Aufstieg der Ökonomie zur Leitwissenschaft, den wir im demokratischen Zeitalter beobachten können, geht einher mit der völligen Entlehrung dieser Wissenschaft von allem, womit man etwas anfangen kann. Gegen diese alienistischen Nebelbomben hilft es, sich immer wieder die grundlegenden Gesetze der Ökonomie zu vergegenwärtigen. Glücklicherweise sind es, entgegen der herrschenden alienistischen Lehrmeinung, nicht so viele.

Das erste Gesetz lautet, daß die Ökonomie keine innere Logik ihrer Fortentwicklung hat. Sie hat keine Geschichte. Nur das Soziale hat eine Geschichte, und die Ökonomie folgt ihr. In der Ökonomie hat man es nicht mit Naturgesetzen zu tun. Alle Gesetze sind gemacht. Die einzige unumstößliche Tatsache ist die, daß man Entscheidungen treffen muß, weil es Grenzen gibt; daß man nicht alles gleichzeitig zu hundert Prozent haben kann. Aber die Art dieser Entscheidungen ist eine soziale Frage. Selbstverständlich bringt diese oder jene Art der Verfahrensregelung oder der Eigentumsregelung bestimmte Folgen hervor, aber deshalb wählt man sie ja auch oder läßt es bleiben. Im Alienismus gibt es z.B. keinen reinen Kapitalismus mehr, sondern eine Fülle staatlicher oder korporatistischer Steuerungen. Man kann nicht jedes Detail haben, das man möchte, aber die Grundmechanismen kann man entscheiden. Jedes ökonomische Projekt, mag es auch noch so klein oder banal sein, geht über den einzelnen hinaus und nimmt fremde Arbeit und Natur in Anspruch - Marius Müller-Westernhagen hat es auf den Punkt gebracht mit den unsterblichen Zeilen: "Baby, wenn ich in die Seiten dresche / spür' ich hier den Blues, und du machst die Wäsche" (aus "Geiler wär's schon"). Darum geht es, und die entscheidende Frage ist, wie die Inanspruchnahme fremder Arbeit und Natur geregelt wird, und wer darüber bestimmt. Aber das ist eine Frage sozialer Entscheidungen. Jedes ökonomische Gesetz ist nichts als eine Projektion sozialer Verhältnisse.

Das zweite ökonomische Gesetz ist das Gesetz der Diffusion. Es besagt: Unter den Bedingungen halbwegs freier Kooperation verteilt sich der gesellschaftliche Reichtum und verallgemeinert sich soziale Macht. (Die alltagsweltliche Formulierung dieses Gesetzes lautet: Man kann soviel Geld haben, wie man will, es ist immer weg.) Akkumulierter Reichtum kann ohne Herrschaftsmittel nicht daran gehindert werden, zu allen Seiten "wegzutrickeln"; egal, ob in der reziproken Beziehung oder im abstrakten Tausch. Man kennt das: Ein Projekt kommt zu Geld, und sofort wollen alle Zulieferer das Doppelte. Ein Bekannter erzählt einem, als Student hätte er sich noch Fernreisen leisten können; heute, wo er ein Professorengehalt bezieht, kann er nach Abzug der Hypotheken und der Bedürfnisse sämtlicher Familienmitglieder vielleicht noch ins Kino gehen. Daß Jacobs mit seinem Reichtum die Zulieferer drücken kann, liegt nur daran, daß diese sich in einer Zwangslage befinden. Unter den Bedingungen freier Kooperation, wo das nicht der Fall ist, würden alle Zulieferer versuchen, mehr zu bekommen, weil sie ja wissen, daß Jacobs es sich leisten kann. Die kapitalistische Preiskonkurrenz ist nur ein Ausdruck von Herrschaftsverhältnissen und Alternativlosigkeit, ein Versuch der Umkehrung des "normalen" Gesetzes, daß derjenige härter verhandelt, der's dringender braucht. Trotzdem diffundiert Reichtum ständig. Deshalb ist in Metropolen alles teurer, deshalb wollen alle MigrantInnen dennoch dahin: der Reichtum sickert durch die Ritzen.

Das dritte Gesetz ist das Gesetz der ungleichen Akkumulation und Allokation. Es lautet: Unter den Bedingungen erzwungener Kooperation - die Mitglieder können die Kooperation nicht zu einem vertretbaren Preis verlassen und haben zur Kooperation keine Alternative - wachsen

sich kleine Unterschiede in Reichtum und Macht unweigerlich zu immer größeren Unterschieden aus. (Die alltagsweltliche Formulierung dieses Gesetzes heißt: Wo Geld ist, fliegt Geld hin.) Reichtum diffundiert dann nicht, sondern wird bei einigen akkumuliert; Macht diffundiert und oszilliert dann nicht, sondern siedelt sich bei einzelnen an. Bleibender Vorteil in der Konkurrenz entsteht nicht durch Fähigkeiten oder Einfälle, sondern ausschließlich durch Reichtum und Macht. Eine Firma muß keine Ideen produzieren; sie kauft welche. Sie kann alles kaufen: Platz, Leute, Visionen, Fähigkeiten; Hauptsache, die Leute müssen sich verkaufen. Deshalb wird, wer mehr kaufen kann, auch besser sein. Billiger produzieren kann man nicht durch Ideen und Können, sondern dadurch, daß man Wissen und Maschinen kauft und Leute zwingt, billiger für einen zu arbeiten - was einen wiederum reicher und mächtiger macht, und so weiter. So läuft es.

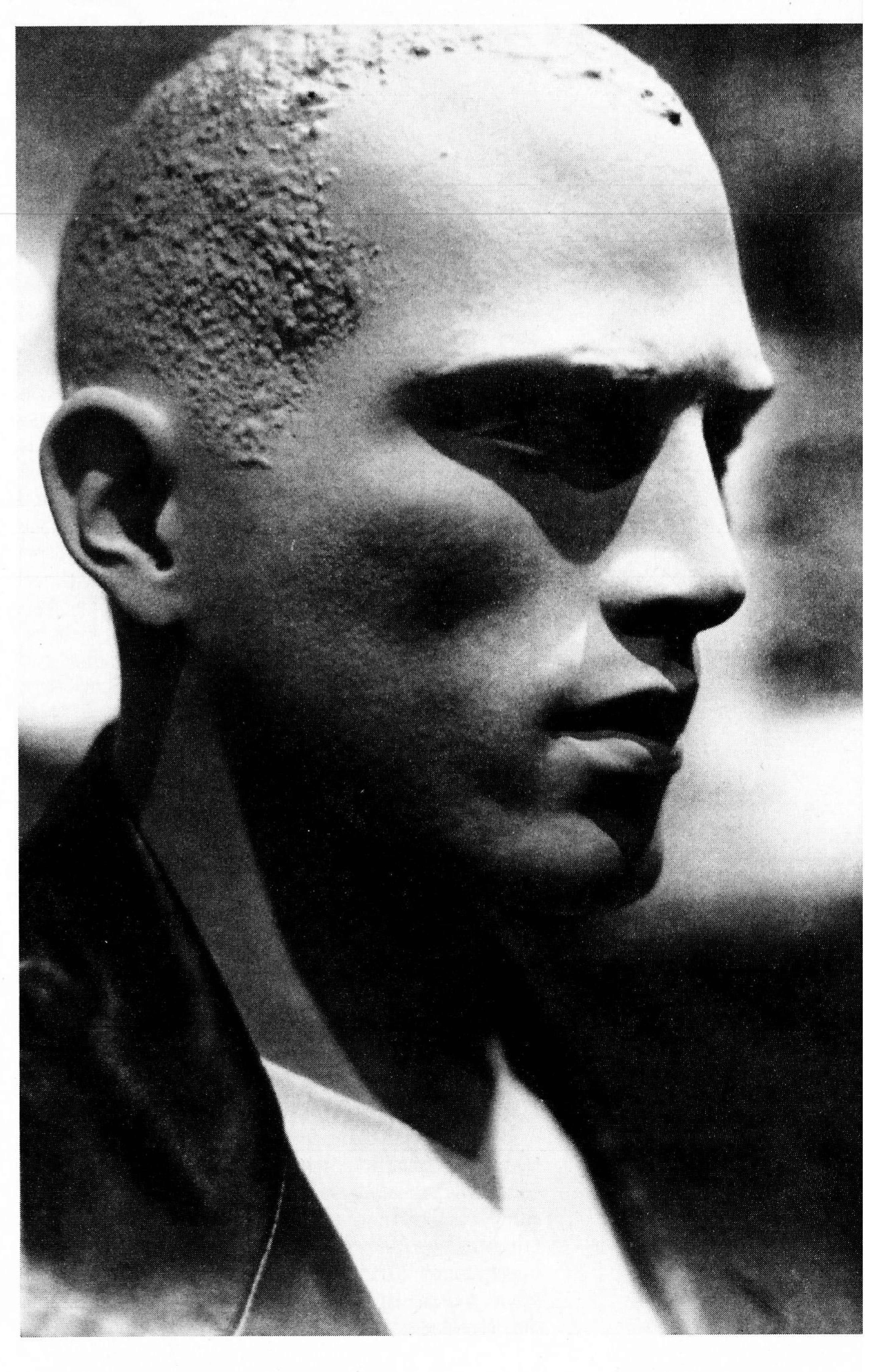
Das vierte Gesetz ist das Gesetz vom Zusammenbruch sozialer Kooperation durch ökonomischen Kontakt. Es lautet: Wenn ein reiches und ein armes Kollektiv in ökonomischen Austausch treten, muß das ärmere Kollektiv die kollektive Autorität besitzen, die externen ökonomischen Beziehungen seiner Mitglieder zu begrenzen, oder es bricht zusammen. Da das reichere Kollektiv reich ist, sind individuelle ökonomische Beziehungen mit ihm lukrativer (auch wenn es nach seinen eigenen Maßstäben schlecht zahlt) als Beziehungen innerhalb des ärmeren Kollektivs. Dies führt jedoch nicht dazu, daß das ärmere Kollektiv insgesamt reicher wird, sondern bewirkt, daß dessen Substanz ausverkauft wird und seine soziale Kooperation zusammenbricht.

Für das einzelne Mitglied des ärmeren Kollektivs ist jede einzelne ökonomische Interaktion mit dem reicheren Kollektiv attraktiver, als die Perspektive des eigenen Kollektivs insgesamt. Die Individuen gehen also dazu über, ihre Natur und Arbeit tendenziell weniger in das eigene (das ärmere) Kollektiv zu investieren, sondern immer mehr in das fremde (das reichere). Das hat mehrere fatale Folgen. Erstens sind notwendige Güter und Leistungen im ärmeren Kollektiv zumindest phasenweise nicht verfügbar, weil sie abwandern und nicht sofort in gleichem Maß zurückgekauft werden können. Die ökonomische Struktur wird "dekomponiert", was nicht nur vorübergehende Probleme schafft, sondern nachhaltige Schädigungen. In Volkswirtschaften sterben Menschen an so etwas. Zweitens nehmen Reichtums- und Machtunterschiede im ärmeren Kollektiv sprunghaft zu, weil nicht alle in gleicher Weise Zugang zu (nach außen) verkaufbaren Gütern haben oder (nach außen) verkaufbare Leistungen anbieten können. (Auch daran kann man sterben.) Drittens fangen die reziproken Austauschbeziehungen, ohne die keine soziale Kooperation existieren kann, an sich zu zersetzen, weil die Einlösung der gegenseitigen Verpflichtungen unsicher wird. Sie geraten unter Streß, weil immer mehr Engpässe aufgefangen werden müssen und gleichzeitig immer mehr Gegenleistungen ausfallen. All diese Faktoren verstärken sich gegenseitig bis zu dem Punkt, wo die soziale Kooperation im ärmeren Kollektiv auseinanderbricht.

Man kann das gut oder schlecht finden, aber es ist ein Fakt. Man muß dabei nicht an die nationalen Zusammenbruchsökonomien denken, die in den 90er Jahren die Folge der Blockauflösung und der verschärften Globalisierung waren. Auch nicht an die typischen Folgen von Kolonialismus und Neokolonialismus. Dasselbe spielt sich in Lebensgemeinschaften ab. Alle Frauen wissen, daß Beziehungen mit Männern davon abhängen, daß deren ökonomische Außenkontakte auch begrenzt werden können. Ob sie das auch durchsetzen können, ist eine andere Frage; andernfalls stellen sich jedenfalls soziale und emotionale Zusammenbruchsökonomien ein. Das Entscheidende ist, daß es für alle diese Effekte nicht notwendig ist, daß das reichere Kollektiv das ärmere "betrügt" oder durch seine Machtmittel einen ungleichen Tausch erzwingt. Auch wenn durchweg fair getauscht, gehandelt und kooperiert wird, ändert das nichts an der zersetzenden Wirkung dieses Gesetzes. Deshalb empfinden wir beim Kontakt mit einem reicheren oder mächtigeren Kollektiv Hoffnung und Schrecken. Deshalb versteht ein Film wie "Independence Day" nichts von Aliens, aber einiges von Globalisierungsängsten.

Das fünfte und letzte Gesetz ist das Gesetz vom Scheidungsgewinn. Es besagt: Ökonomische Macht beruht wesentlich darauf, daß einem der Scheidungsgewinn zufällt. Ökonomische Theorie im Alienismus handelt typischerweise vom Zustandekommen von ökonomischen Beziehungen, aber nicht von deren Lösung. Was passiert, wenn eine Kooperation endet?

Zu Zeiten personaler Herrschaft ist dieser Fall häufig gar nicht vorgesehen. Kooperation geht, bis der Tod euch scheidet. Im demokratischen Zeitalter ist die Aufkündigung oder Auflösung von Kooperation durchaus gängig. Und sie wirft die Frage auf, wer was mitnimmt. Aufgrund der Kollektivität und Historizität von Arbeit gibt es dafür keine Lösung, die "in der Natur der Sache" liegt. Da Marius Müller-Westernhagens Songwri-



**Die Politik der Beziehungen umfaßt ein Set von Orientierungen, wie soziale Verhältnisse anders geregelt werden sollen, als durch diskursive, objektive Vernunft und alienistische Gewaltmittel.**

ter seinen Blues nur schreiben kann, wenn ihm jemand die Wäsche macht, kann er sich im Scheidungsfall auch nicht auf den Standpunkt stellen, daß ihm der Blues allein gehört, nur weil er ihn geschrieben hat. Wie die Tantiemen verteilt werden, ist eine soziale Frage. Wem der größere Teil des Scheidungsgewinns zufällt, dem fällt es auch leichter, die Kooperation zu verlassen. Und das bedeutet automatisch: er kann eher deren Bedingungen diktieren, er hat in der Kooperation mehr Macht. Im Idealfall einer freien Kooperation ist die Sache so geregelt, daß der Scheidungsgewinn von allen Beteiligten als gleich angesehen wird, und deshalb ist ihre ökonomische Macht in der Kooperation gleich. Die Frage nach dem Scheidungsgewinn läßt sich nicht durch die Forderung nach gleichem Eigentum ersetzen. Diejenigen, die über mehr Mobilität verfügen oder sich in der Kooperation mehr verwertbare Qualifikationen aneignen konnten, haben auch bei gleichem Eigentumsanteil einen höheren Scheidungsgewinn; eine freie Kooperation müßte dies gerade durch einen ungleichen Eigentumsanteil kompensatorisch auszugleichen versuchen.
Das sind die fünf Gesetze der Ökonomie, die in jeder Wirtschafts- und Kooperationsform gelten. Sie wirken möglicherweise banal. Aber Ökonomie ist banal. Zu einer Geheimwissenschaft wird sie stilisiert, um diese Gesetze hinter der Fülle der Detailfragen verbergen zu können.

### Neoliberalismus und PMKs

Wie alle anderen ökonomischen Konzepte bestimmt sich auch der Neoliberalismus durch seine Haltung zu den fünf Gesetzen. Er leugnet die Tatsache, dass es keine Eigengesetzlichkeit der Ökonomie gibt; er bekämpft die Diffusion; er fördert die ungleiche Akkumulation; er unternimmt nichts gegen den ökomomischen Zusammenbruch und er fordert für seine Klientel den maximalen Scheidungsgewinn. Das Verhältnis der postmodernen Kollektive (PMK) zum Neoliberalismus ist in der Tat indifferent. Wo die Post-Entwicklungs-Diskurse sich die Neigung der sozialen Bewegungen zunutze machen, es müsse doch dringend etwas geschehen gegen die Probleme der Welt, kommt der Neoliberalismus den PMKs in der gemeinsamen Ablehnung der traditionellen Strukturen und Institutionen entgegen. Vieles, was unter dem Druck des Neoliberalismus zugrundegeht, sehen die PMKs ganz gern zugrundegehen, oder jedenfalls würden sie sich nicht zu dessen Verteidigung aufraffen. So wie den sozialen Bewegungen aber eigentlich klar ist, daß eine Verschärfung des herrschaftsförmigen Zugriffs ihren Zielen letztlich nicht dienlich sein kann, ist auch den PMKs gleichzeitig bewußt, daß der Neoliberalismus ein autoritäres Projekt ist und daß sie eigentlich auf einige der Strukturen angewiesen sind, die er zerstört - ökonomische Umverteilung, Existenzsicherung, Strukturen reziproken Austauschs.
Auch die Haltung des progressiven Alienismus zu den Rebellen ist ambivalent. Obwohl die Rebellen ihnen suspekt sind, versuchen die Aliens nicht, die PMKs zu vernichten. Das ist keine Freundlichkeit, sondern pure Berechnung. Mit dem Ende der Entwicklungsära fangen die PMKs an, die Imperien und die Strukturen der formellen Arbeit an Produktivität zu überholen. Zumindest können sie eine Menge bewerkstelligen, was die Aliens anders nicht produzieren können: Kreativität, Einsatz, neue soziale Kooperationsformen, nicht-marktförmige Problemlösungen.
Im Ergebnis dessen sieht man plötzlich scharenweise Aliens unter den PMKs verkehren, die auf der Jagd nach abschöpfbarem Potential sind. Sie probieren verschiedene Formen aus, wie die PMKs nutzbar gemacht und trotzdem kontrolliert werden können: Modelle von Bürgerarbeit, Teamarbeit im Betrieb, flachere Hierarchien und teilselbständige Gruppen, ausgelagerte Produktionseinheiten und Halbselbständigkeit, Förderprogramme im Rahmen der neuen Diskurse, Hilfsprojekte mit Kleinkrediten und technologischer Beratung. Sie versuchen theoretische und praktische Ansätze zu entwickeln, wie sie die PMKs in ihr ökonomisches Konzept integrieren können, zum Beispiel mit der Kategorie des "sozialen Kapitals".

### Freie Kollektive und deren Perspektive


Die ersten beiden Bestandteile der Politik der Autonomie, sind auch für freie Kooperationen von Bedeutung - die

Abwicklung alienistischer Herrschaftsinstrumente auch in den PMKs, ebenso die praktische Demokratiekritik. Wichtiger aber noch sind die beiden anderen Bestandteile: die Politik der Beziehungen und die Entfaltung sozialer Fähigkeiten.

Die Politik der Beziehungen umfaßt ein Set von Orientierungen, wie soziale Verhältnisse anders geregelt werden sollen, als durch diskursive, objektive Vernunft und alienistische Gewaltmittel. Nach den vorläufigen Erfahrungen gehört dazu das Prinzip des Verhandelns - mit offenem Ausgang, mit der Möglichkeit des Scheiterns, mit keinem anderen Druckmittel als der Einschränkung der Kooperation. Es gehört dazu, daß die Kooperation "reziprok im realistischen Rahmen" ist: Die zufälligen persönlichen Vorteile, die die einzelnen Mitglieder eines Kooperation in der Gesellschaft genießen, werden zwar zu einem gewissen materiellen Ausgleich innerhalb des Kollektivs gebracht, aber zu keinem totalen, einfach weil sonst niemand mehr einem solchen Kollektiv beitreten würde. Die Qualität der Beziehungen zwischen den Mitgliedern beruht nicht darauf, daß diese einander möglichst gleich, sondern daß sie voneinander verschieden sind, was in einem Prozeß der Anerkennung letztlich als positiv erlebt wird und beide Seiten verändert. Das Kollektiv muß fähig sein, eine Politik der Ermöglichung zu betreiben, das heißt einzelnen Mitglieder die Arbeit und Unterstützung der anderen hin und wieder auch "blanko" zur Verfügung zu stellen, ohne daß erst alle bis ins letzte vom jeweiligen Projekt überzeugt sein müssen - also das, was sonst Herrschaft oder abstrakter Tausch dem Individuum ermöglichen. Und schließlich sollen sich soziale Kooperationen auf eine Disloyalität zum Bestehenden gründen: Die Weiterexistenz des Kollektivs darf kein unhinterfragter letzter Wert sein, sondern muß immer zur Disposition gestellt werden können.

Die Entfaltung sozialer Fähigkeiten ist eine Art Leitfaden dafür, welche Eigenschaften freie Kooperation vom Einzelnen verlangt; Eigenschaften, die entwickelt und gefördert werden müssen, damit freie Kooperation funktioniert. Notwendig ist Selbstreflexion, die Fähigkeit, sich Situationen und Strukturen auch aus der Sicht der anderen vorzustellen und sich eigener Vorteile, Privilegien und Defizite bewußt zu werden. Notwendig ist das, was auf Englisch "leadership" heißt und auf Deutsch am ehesten mit "Initiative" übersetzt werden muß, und zwar kollektive Leadership. Es reicht nicht, daß alle ihre Interessen formulieren und in ihrer Unterschiedlichkeit einbringen; irgendjemand muß den jeweils nächsten Schritt formulieren, was daraus folgt und wie das zusammengebracht werden kann, und in einer freien Kooperation sollte diese Fähigkeit so weit wie möglich kollektiviert sein. Freie Kooperation erfordert von ihren Mitgliedern Selbstbewußtsein, die Fähigkeit "to speak out" und "to talk back", das heißt Dinge beim Namen zu nennen und sich von Unterschieden an Erfahrung, Wissen und "Dienstalter" im Kollektiv nicht den Mund verbieten zu lassen. Sie befürwortet eine Haltung der "agency", was mit "Aktivität" nur unzureichend übersetzbar ist; gemeint ist die aktive Einflußnahme auf die eigene soziale Umwelt, anstatt davon auszugehen, das ginge einen alles nichts an oder irgendjemand werde das schon richten. Und sie erfordert und fördert die Fähigkeit zur Unabhängigkeit, die der Disloyalität zum Bestehenden entspricht - die Bereitschaft, seine Kooperationsleistung unter Bedingungen zu stellen und gegebenfalls aufzukündigen, auch wenn dies immer mit materiellen und emotionalen Risiken verbunden ist.

**Aus: Christoph Spehr, *Die Aliens sind unter uns. Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter*, Siedler Taschenbuch Verlag, 320 Seiten, 18 DM.**



# Es ist immer ein Hase im Garten

## Zu Michel Serres' "Ökonomie des Parasiten"

**by Stephan Gregory**

*Am Anfang ist der Parasit: Michel Serres rechnet seine Entdeckung zu den großen, "kopernikanischen" Schlägen, die dem menschlichen Narzißmus zugefügt wurden: Wenn wir uns bemühen, "hinter" die menschlichen Beziehungen des Tausches, der Kommunikation, der Macht zu sehen, ihre Substanz zu ergründen, ihr Reales zu entlarven usw., so finden wir keineswegs den Grund, der alles hervorbringt und zusammenhält, sondern immer wieder nur die Beziehung selbst: in einer unablässigen Kette von Verweisungen ist alles aufeinander bezogen, - eine Kaskade von Abhängigkeiten, die Michel Serres als "parasitäre" Relation bezeichnet. Soweit folgt seine Beschreibung dem gewohnten poststrukturalistischen Skript: eine Struktur ohne Zentrum, eine Subjektivität ohne Subjekt, eine Kopie ohne Original, eine Bewegung ohne Ursprung. Wenn Serres "Parasit", zuerst erschienen 1980, dennoch als außergewöhnliches rätselhaftes und in gewisser Weise skandalöses Buch empfunden wurde, dann vielleicht deshalb, weil es nicht einfach die x-te Version von kultureller Postmodernität oder dezentrierter Subjektivität präsentiert, sondern sich auf Terrain begibt, das üblicherweise als letzte Realitätsinstanz und Reich der "hard facts" betrachtet wird: Das der Ökonomie.*

Im ökonomischen Sonnensystem der Linken kreist seit den Tagen von Ricardo und Marx alles um die Arbeit; die Arbeit bildet das unhintergehbare "Reale", auf das sich all die phantastischen Phänomene der ökonomischen Oberfläche: die wundersame Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums, die Mysterien des Warentauschs, die Akkumulation von Mehrwert usw. zurückführen lassen. So bestand die wichtigste Aufgabe der Ökonomiekritik darin, gegen jene "fetischistische" Verkehrung anzukämpfen, durch die das Kapital, obwohl selbst nur das Produkt menschlicher Arbeit, sich zu ihrem Schöpfer und Ursprung: zum "Arbeitgeber", aufwirft. Marx wird nicht müde zu betonen: Reichtum erzeugt sich nicht von selbst, Geld kommt nicht von Geld, das Kapital ist kein Huhn, das goldene Eier legt usw., sondern alles beruht auf Arbeit, auf der Verfügbarkeit, der Verwertung, Aneignung, Kanalisierung, Unterdrückung, Unterschlagung usw. von Arbeit. Kurz: die kopernikanische Revolution, die Marx für sich reklamieren kann, besteht darin, die Arbeit und den "tätigen Menschen" ins Zentrum des Universums gerückt zu haben.

Auf diese Weise ergibt sich eine folgenreiche Zweiteilung: auf der einen Seite die Arbeit als "ewige Naturnotwendigkeit", als konkrete Bearbeitung der Materie und Herstellung nützlicher Dinge (Gebrauchswerte), als lebendige Kraft und produktive Verausgabung, auf der anderen Seite das Kapital als Prinzip der berechnenden und täuschenden Aneignung, der unverdienten Bereicherung, als kaum durchschaubares, "abstraktes" und "entfremdetes" Verhältnis, als Verwandlung von "lebendiger Arbeit" in toten Tauschwert, als fetischistische Verkehrung des Ursprungs usw.

Die Wirksamkeit dieser Unterscheidung geht weit über das im eigentlichen Sinn ökonomische Feld hinaus. Man kann sagen, das der gesamte kulturelle Mythos der Moderne auf ähnlichen Dichotomien beruht: authentische Produktion vs. ökonomische Aneignung, Wille vs. Vorstellung, Verausgabung vs. Berechnung, Genie vs. Bürokrat, Primärprozeß vs. Aufzeichnung, Unbewußtes vs. Unbewußtsein, Signifikantenprozeß vs. Sinnfixierung, Wunschproduktion vs. Repräsentation.[1]

In einem solchermaßen geordneten Kosmos läßt sich immer die Seite ausmachen, auf der produziert wird, und die andere, wo abgesahnt wird. Nicht nur dem linken oder "kritischen" Bewußtsein fällt es relativ leicht, Partei zu ergreifen: für die unterdrückte Produktion, für die übers Ohr gehauene Arbeit, - und gegen das Kapital, das, selbst unproduktiv, sich zum Herrn des Prozesses aufwirft. Von Anfang an operiert dabei Kapitalkritik mit dem Topos des Parasitären.(...)

Es scheint, als ob es keine auf den Wert der Arbeit gegründete Gemeinschaft, keine Ökonomie des "Eigenen" geben könne, die ohne die Konstruktion der Haßfigur "Parasit" auskommt: irgendetwas muß ja schuld sein, daß unsere Arbeit zu nichts führt, daß die Arbeits- und Energieströme folgenlos versickern, daß wir nie zu dem gelangen, was wir wirklich wollen ...

Auf diese Weise hält sich die Vampir- und Parasitenhypothese als hartnäckige "spontane Philosophie", mit der sich der Volkskörper den Verlust von "Gesundheit" und "Lebenskraft" zu erklären versucht. (...)

Es ist erstaunlich, wie wenig Michel Serres auf das Vernichtungspotential der gesellschaftlichen Parasiten-Phantasien zu sprechen kommt. Wo er von der Verfolgung des Parasiten spricht, geschieht das in Bildern, die blumig genug sind, um nicht an das industriell betriebene Vernichtungsprogramm von SS und IG Farben zu erinnern. Doch selbst in Serres' idyllischen Szenarien deutet sich an, mit welcher Wut das geschlossene (Arbeits-)Kollektiv gegen den störenden Dritten vorgeht, der - ohne zu fragen - an den Genüssen des heimischen Gartens teilnimmt: "Der Hase frißt den Salat. (...) Es gilt den Störer auszu-





schalten. Er ist ein Parasit, ein Parasit an der Beziehung des Gärtners zu seinem Garten, seinem Gemüse, seiner Margot. Es gilt den Parasiten zu verjagen. Den räuberischen Hasen, der ganz wie ein Mensch zum Parasiten wird. Das ist die richtige Verwendung des Verbs `jagen´. Hinauswerfen, vertreiben, entlassen, säubern, verdrängen. Wir verdrängen, was uns stört (...). Der Hase ist in der Position des Dritten. Er muß ausgeschlossen werden.[2]

Für die längste Zeit seiner Geschichte hat der Begriff des Parasitismus in unterschiedlichen Konstellationen als Instrument der hierarchischen Spaltung funktioniert: Er unterschied den offiziellen Markt von der Schattenwirtschaft, die legale, besteuerte Arbeit von der "Schwarzarbeit", die Arbeit des einheimischen Arbeiters von der des "Fremdarbeiters", die ehrliche Güterproduktion von anrüchigen Geldgeschäften usw. Ein interessanter Aspekt von Michel Serres´ allgemeiner Parasitentheorie besteht in dem Versuch, diese Unterscheidung zu unterlaufen: Wenn sie tatsächlich in einer "kopernikaischen Wende" die Arbeit aus dem Zentrum des ökonomischen Kosmos rücken könnte, dann würde mit dem Kriterium der ehrlichen Arbeit auch die hierarchische Unterscheidung zwischen produktiven und parasitären Formen menschlicher Tätigkeit wegfallen. Das parasitäre Verhältnis, in dem alles "immer schon" angezapft ist, kommt ohne einen solchen Bezug auf Ursprung oder Zentrum aus, ohne die Deckung durch "Arbeit" oder "Sinn". Der Parasit ist , wie Serres sagt, das "Sein der Relation selbst."

In dieser Zurückweisung von Ursprung und imaginärer Reinheit liegt so etwas wie der politische Einsatz von Serres´ merkwürdiger Ökonomie. Wie er selbst sagt: "Es ist immer ein Hase im Garten". Mit anderen Worten: es gibt kein "reines" System der ehrlichen Arbeit, des gerechten Tauschs, der ungestörten Kommunikation. Es gibt immer einen Hasen, einen Störer, einen Parasiten, und wenn man ihn verjagt, kommt ein anderer. Der Ausschluß des Parasitären ist nur ein verzweifelter, terrroristischer Akt, der auf eine imaginäre Geschlossenheit der Gemeinschaft zielt, ohne sie jemals verwirklichen zu können. Nur die Dummen glauben, sie stünden außerhalb des parasitären Verhältnisses und könnten eine Ordnung errichten, die ohne Störung ist, ohne Abweichung, ohne das Dazwischentreten eines Fremden funktioniert. Diese Dummheit ist gefährlich; bei Serres taucht sie in Gestalt einer "Landratte" auf, die ihr parasitäres System, nur weil es etwas schlichter, weniger verzweigt gebaut ist als das der Stadtratte, für nicht parasitär hält: "Sie vermag in ganz einfachen und leichten Ketten zu leben, doch die Komplexität versetzt sie in Schrecken. (...) Wie viele von diesen ungehobelten politischen Parasiten sind unter uns. Wie viele zerbrechen Dinge, die sie nicht begreifen? Wie viele von diesen Ratten simplifizieren und verdummen? Wie viele dieser homogenen grausamen Systeme hat man auf der Angst vor Lärm und Unordnung aufgebaut."

Der Parasit ist immer der andere. Der Haß auf das Parasitäre, auf den "illegalen Gebrauch", bildet eine Konstante des ökonomischen Denkens, - vielleicht gerade deshalb, weil es seine verdrängte Wahrheit ausspricht.[3] So haben auch die gewagtesten "anti-ökonomischen" Entwürfe um den Parasiten einen großen Bogen gemacht.[4]

Es ist daher nicht allzu erstaunlich, daß Serres´ Theorie des Parasitären in Betriebswirtschaftslehre und Nationalökonomie kaum auf Gegenliebe gestoßen ist. Der Verdacht daß das Funktionieren der Ökonomie nicht von ehrlicher Arbeit, sondern vom parasitären Mechanismus des Abzweigens und Anzapfens bestimmt sein könnte, scheint nach wie vor etwas unerträgliches zu haben.

Die netzkünstlerische Adaption der Serres´schen Parasitologie folgt dem klassischen Prinzip der Umwertung des Verfemten: Man nehme das, was die ehrbare Gesellschaft am ekelhaftesten und am schändlichsten findet, was sie am dringendsten ausschließen und verdrängen muß, und setze es als Maßstab einer antibürgerlichen Ästhetik oder Ethik "jenseits von gut und böse". Eine solche Geste wird als subversiv bezeichnet. Als solche ist sie allerdings auch umgehend mit ihrer möglichen Integration konfrontiert. Bei Michel Serres selbst ist die Frage nach der Subversionstauglichkeit des Parasiten schon eindeutig gestellt: Was wäre, wenn die Störung, das Rauschen, der Parasit nicht den Untergang des Systems bezeichnen würden, sondern sein eigentliches Funktionieren? Was wäre , wenn "es läuft, weil es nicht läuft"?

Ein wesentlicher Einwand besteht darin, daß blödsinnige Begriffe, die historisch zu nichts anderem als zur Stigmatisierung, Deklassierung und Verfolgung unliebsamer Anderer gut waren, durch ihre "subversive Umwertung" keineswegs demontiert, sondern als Unterscheidungskriterien eher verfestigt werden. Während das "Verfemte" kulturell aufgewertet und nach den Regeln der kulturellen Interessantheitsökonomie angeeignet wird, kann der Aus-

Eine volkswirtschaftliche Horrorvorstellung, nicht nur für Marxisten: Niemand produziert mehr nützliche Waren, alle putzen sich nur noch gegenseitig die Schuhe und jeder verkauft dem jeweils anderen Lotterielose und Plastikfeuerzeuge ungeklärter Herkunft.

schluß und die Verfolgung der als "Parasiten", Nomaden" oder "Idioten"[5] identifizierten Personen auf der Basis der gleichen Unterscheidungen weiterbetrieben werden.[6] (...) Die Instrumentalisierung für die Zwecke von Kunst und Subversion erfordert offensichtlich die vollständige Abspaltung seiner realen und gewaltsamen Besetzungen.
In der Fabel von Äsop, mit der Serres sein Parasiten-Buch eröffnet, speist die Landratte bei der Stadtratte, die sich bei einem reichen Steuerpächter eingenistet hat, der wiederum von den Abgaben der einfachen Leute lebt. Man könnte denken, daß die Kaskade parasitärer Verhältnisse an dieser Stelle (in der ausgebeuteten Arbeit "des Volkes") ihren Abschluß findet. Das wäre die übliche Lösung: die Produktion als letzte Instanz, durch die die ökonomischen Verhältnisse abgesichert und geerdet werden. Serres verweigert diesen einfachen Ausgleich: "Doch möchte ich wissen, was das heißt, produzieren."[7] Letztlich aber erfährt man bei Serres nichts von der Produktion: sie bildet eine Art ökonomisches "Ding an sich", von dem nur gesagt wird, daß es ebenso "selten" wie "unwahrscheinlich"[8] sei. Eine volkswirtschaftliche Horrorvorstellung, nicht nur für Marxisten: Niemand produziert mehr nützliche Waren, alle putzen sich nur noch gegenseitig die Schuhe und jeder verkauft dem jeweils anderen Lotterielose und Plastikfeuerzeuge ungeklärter Herkunft. Der "Ursprung" oder die ökonomische "Basis" der parasitären Kaskade, an der alle - wenn auch in unterschiedlicher Weise - teilhaben sollen, verliert sich auf diese Weise buchstäblich im Dunkeln: Die Produktion, soll, wie Serres verfügt, "für den Augenblick in einer Blackbox verbleiben"[9], - aus der sie allerdings auch später nicht mehr auftauchen wird.
Darin liegt eine deutliche Schwäche der Theorie: Anstatt zu erklären, ob und inwiefern die Produktion selbst Elemente des "Parasitären" enthält (und umgekehrt: inwiefern das Parasitäre "produktiv" ist), schließt sie die Produktion einfach aus der Betrachtung aus und beschränkt ihre Aufmerksamkeit auf das intersubjektive Verhältnis, in dem "der Mensch des Menschen Laus"[10] ist.
Strategisch an den Schnittstellen des Systems plaziert, verschiebt der Parasit, ohne selbst Kraft aufzuwenden, die größten Energiebeträge; die kleinste Veränderung, "ein Informationsgefälle, das zufällig gesät wurde, kann gigantische Auswirkungen entropischen Ausmaßes zeitigen."[11] Das ist der Traum der Kybernetik[12]: Arbeit durch Information zu ersetzen.
Insofern deckt sich Serres Parasitologie mit dem Mythos der Informations- oder postindustriellen Gesellschaft: Während die materielle Produktion immer "unwichtiger" wird (zumindest aber immer weniger sichtbar wird: bei Serres verschwindet sie wie gesagt, in der "black box"), wird die "immaterielle Arbeit", die Lenkung, Vermittlung und Kontrolle der Produktionsbeziehungen und Signifikationsströme zum entscheidenden ökonomischen Faktor. Es geht nicht mehr darum, sich an der Materie abzuarbeiten, sondern die Ströme und Beziehungen zu kontrollieren.
(...) Das mythologische Schema des Marxismus: hier die "konkrete", nützliche, materielle usw. Arbeit als Ursprung und einzige Quelle des Reichtums, dort der "abstrakte", parasitäre, "aufgeblähte", "hybride", "überflüssige" usw. Vermittlungsmechanismus, findet sich im Mythos der Informationsgesellschaft auf den Kopf gestellt: Arbeit ist hier nur die blinde, auf blödsinnige Weise an ihren Gegenstand oder Inhalt gebundene Verausgabung von Kraft; was dagegen zählt ist die strategische, topologische, mediatorische, informatische, kybernetische oder wie auch immer definierte Fähigkeit, "Beziehungen herzustellen" und sich an die Knotenpunkte des Informationsflusses zu setzen:
"Dem Produzenten geht es um den Inhalt, dem Parasiten um die Position. Wer sich um die Position kümmert, wird den, der sich um den Inhalt kümmert, stets schlagen. Dieser ist einfach und naiv, jener komplex und vermittelt. Der Parasit schlägt stets den Produzenten."[13]

Fußnoten:
(1) Die letzte große Aktualisierung dieser mythischen Gegenüberstellung findet sich im "Anti-Ödipus" von Deleuze und Guattari: Hier gelingt es dem "organlosen vollen Körper" des Kapitals, die freie Energie des Wunsches an sich zu binden und sich seiner zu bemächtigen. Auch der Prozeß der "fetischistischen" Verkehrung von Ursache (Arbeit) und Wirkung (Kapital) wird hier in strenger Anlehnung an Marx beschrieben: "Der organlose Körper, unproduktiv, unverzehrbar, dient dem gesamten Produktionsprozeß des Wunsches als Aufzeichnungsfläche, so daß die Wunschmaschinen ihm in der objektiv-scheinhaften Bewegung, die diese zu ihm in Beziehung setzt, zu entspringen scheinen." Gilles Deleuze/ Félix Guattari: Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977, S. 18
(2) Serres: Parasit, S. 117 f. Vgl. auch S. 88: "Unser Kollektiv ist der Ausschluß des Fremden, des Feindes, des Parasiten. Die Gesetze der Gastfreundschaft werden zu Gesetzen der Feindschaft."
(3) In der "Dialektik der Aufklärung" versuchen Horkheimer und Adorno die Wurzeln des bürgerlichen Antisemitismus freizulegen: der Jude" wird als "Parasit" verfolgt, weil er das eigene Prinzip des Kapitalismus sichtbar macht: "Darum schreit man: haltet den Dieb! Und zeigt auf den Juden. Er ist in der Tat ein Sündenbock, nicht bloß für einzelne Manöver und Machinationen, sondern in dem umfassenden Sinn, daß ihm das ökonomische Unrecht der ganzen Klasse aufgebürdet wird." (Max Horkheimer/ Theodor W. Adorno: Elemente des Antisemitismus. In: Dialiektik der Aufklärung. Ffm: Fischer 1993)
(4) Eine Ausnahme bildet Genet mit seiner Erotisierung von Verrat und Diebstahl: Jean Genet: Das Totenfest/ Pompes funèbres. Lüneburg: Merlin, 1996, ders. : Tagebuch eines Diebes, München, dtv, o.J.
(5) vgl. Lars von Triers "Idioten"-Film (Dänemark, 1999), der die Mechanismen der subversiv-kulturellen Aneignung immerhin ansatzweise reflektiert und ironisiert, im Unterschied etwa zu Werner Herzogs "Auch Zwerge haben klein angefangen", dessen artistischer Überschreitungsdrang durch keine darstellungskritische Überlegung gebremst wird.
(6) Für Gespräche und kritische Hinweise zur Dialektik von subversiv-kultureller Aneignung und ökonomisch-politischem Ausschluß sowie zur ökonomischen Funktion des Parasitenbegriffs (Deklassifizierung "minderwertiger" Arbeitsformen) danke ich Hito Steyerl. Siehe auch ihren Text "Eliminatorischer Exotismus: Besserweissi: fuck off: "Die Nachfrage nach Konsum-Exotik und Darbietungen 'kultureller' oder "ethnischer" Differenz erreicht offensichtlich immer dann neue Rekordwerte, wenn ihre realen ReferentInnen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem 'Volkskörper' entfernt werden. (...) Werden die Träger "ethnischer" Stigmatisierung auch in der näheren Umgebung unsichtbar gemacht, abgeschoben oder gar eliminiert, gelingt es dem Kulturbetrieb doch immer noch, passende Replikanten auf diskursiver Ebene zu rekonstruieren." (zweite Hilfe - hystrerieblatt für die absteigenden Mittelschichten, München 1997)
(7) Serres: Parasit, S. 13
(8)Serres: Parasit, S. 13
(9) Serres: Parasit, S. 15
(10) Serres: Parasit, S. 14
(11) Serres: Parasit, S. 299
(12) Er findet sich schon in Descartes' "Traité de l'homme", wo die menschliche Seele als eine Art hydraulischer "Quellmeister" mit den geringfügigsten Bewegungen" die Ströme der "Lebensgeister" dirigiert. Eine klassische Figur ist auch der Maxwellsche "Dämon", der - allein durch die Macht der Information die - nach den Gesetzen der Thermodynamik irreversible - Verausgabung von Energie zumindest zeitweise aufhalten soll.
(13) Serres: Parasit, S. 63 f.

*Stephan Gregory, geb. 1962, ist freier Autor und Redakteur der Zeitschrift "Hilfe" aus München*

**Der Artikel ist in einer längeren Version zuerst in der *A.N.Y.P. - Zeitung für 10 Jahre*, Ausgabe Nr. 9, 1999, 10,- DM erschienen. Die Zeitschrift kann über b_books, Lübbenerstr. 14 in 10997 Berlin bezogen werden.**

# BUKO 22

## Arbeitsgruppen

### Forum 1

### Weltwirtschaft und Globalisierung - Aktuelle Entwicklungen, dominante Diskurse und die Konsequenzen für internationalistische Politik

**AG 1: WTO und EU - Institutionen und Strategien neoliberaler Globalisierung**

Die EXPO 2000 zeichnet das Bild einer strahlenden und widerspruchsfreien kapitalistischen Zukunft. Sie gibt vor, mittels Freihandel und fortgeschrittener Technik ökonomische, ökologische und soziale Interessen versöhnen zu können.

Die Realität sieht gleichwohl anders aus: Unter neoliberalen Vorzeichen entfaltet der Kapitalismus eine Produktivkraft, die zu einer beispiellosen Reichtumskonzentration auf der einen Seite, Elend, Ausgrenzung und ökologischer Zerstörung auf der anderen Seite führt.

Im ersten Teil der Arbeitsgruppe wollen wir uns am Beispiel der Welthandelorganisation (WTO) und der EU mit supranationalen Institutionen und Startegien beschäfigen, über die sich diese Entwicklungen durchsetzen. Die Schwerpunkte liegen auf der anstehenden "Millenium-Round" der WTO und der anstehenden EU-Osterweiterung.

Wir wollen uns jeweils über den Stand der Strategien informieren und danach fragen, wie sich im institutionellen Rahmen von WTO und EU Strategien durchsetzen, die als "Sachzwänge" auf die nationalen und regionalen Auseinandersetzungen zurückwirken.

Im Perspektiventeil werden wir mit VertreterInnen unterschiedlicher Initiativen über politische Interventionsmöglichkeiten gegen die neoliberale Globalisierung diskutieren.

Leitung: Markus Wissen, Heiko Wegmann, BUKO AS Weltwirtschaft

**AG 2: Ökologische Modernisierung - das Zauberwort zukünftiger Debatten?**

Ob bei der UNCED-Konferenz in Rio 92, beim Streit über die BUND/Misereor-Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" oder bei den Überlegungen für eine ökologische Steuerreform: bei all diesen Auseinandersetzungen um die gesellschaftlichen Naturverhältnisse galt "ökologische Modernisierung" als das Patentrezept zur Lösung aller Konflikte. Sie soll Ökonomie und Ökologie endgültig miteinander versöhnen und Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit miteinander verbinden. Durch ökologische Modernisierung soll die deutsche Exportindustrie ihren Spitzenplatz ausbauen. Ökologische Modernisierung wird auch in Zukunft eines der zentralen Schlagwörter herrschender Diskurse sein. Auf der EXPO 2000 werden wir eine gigantische Leistungsschau technokratisch-ökologischer Modernisierungskonzepte bestaunen können.

Dies zu kritisieren wäre einfach. Aber auch bis weit in linke Kreise hinein beziehen sich Organisationen und Gruppen positiv auf das Konzept ökologischer Modernisierung, etwa bei den lokalen Agenda 21 Bündnissen. Welche Motive und Vorstellungen stecken dahinter? Gibt es Möglichkeiten für den BUKO, hier zu intervenieren? Dies sind Fragen, die in dieser AG behandelt werden sollen.

Leitung: Uli Brand, BUKO AS Weltwirtschaft

**AG 3: Entschuldungsinitiativen**

War der BUKO 1988 bei der Anti-IWF/Weltbank-Kampagne mit seiner Forderung nach einer sofortigen, bedingungslosen Streichung aller Auslandsschulden noch mit tonangebend, haben mitlerweile die Entwicklungstechnokraten und gelehrten Professoren den Diskurs übernommen.

Umso erfreulicher ist die neue politische Initiative Erlaßjahr 2000, die das Thema wieder in eine öffentliche Debatte rücken will. Aber kann die Forderung nach einer Konditionalität beim Schuldenerlass, einem internationalen Insolvenzrecht oder einer Schuldenerlasskonferenz die Fortführung unserer ehemaligen Forderung nach bedingungsloser Schuldenstreichung sein?

Vorgestellt werden ferner die Entschuldungsinitiativen von IWF und Weltbank für die ärmsten Länder (HIPC-Länder) sowie die für das Kölner G7/8-Treffen initiierte Entschuldungsinitiative der Bundesregierung.

Leitung: Paul Sandner (AKEntwicklungspolitik), Wolfram Treiber (AK Internationalismus)

**AG 4: Die neue Nato-Strategie und die Ziele militärischer Interventionen**

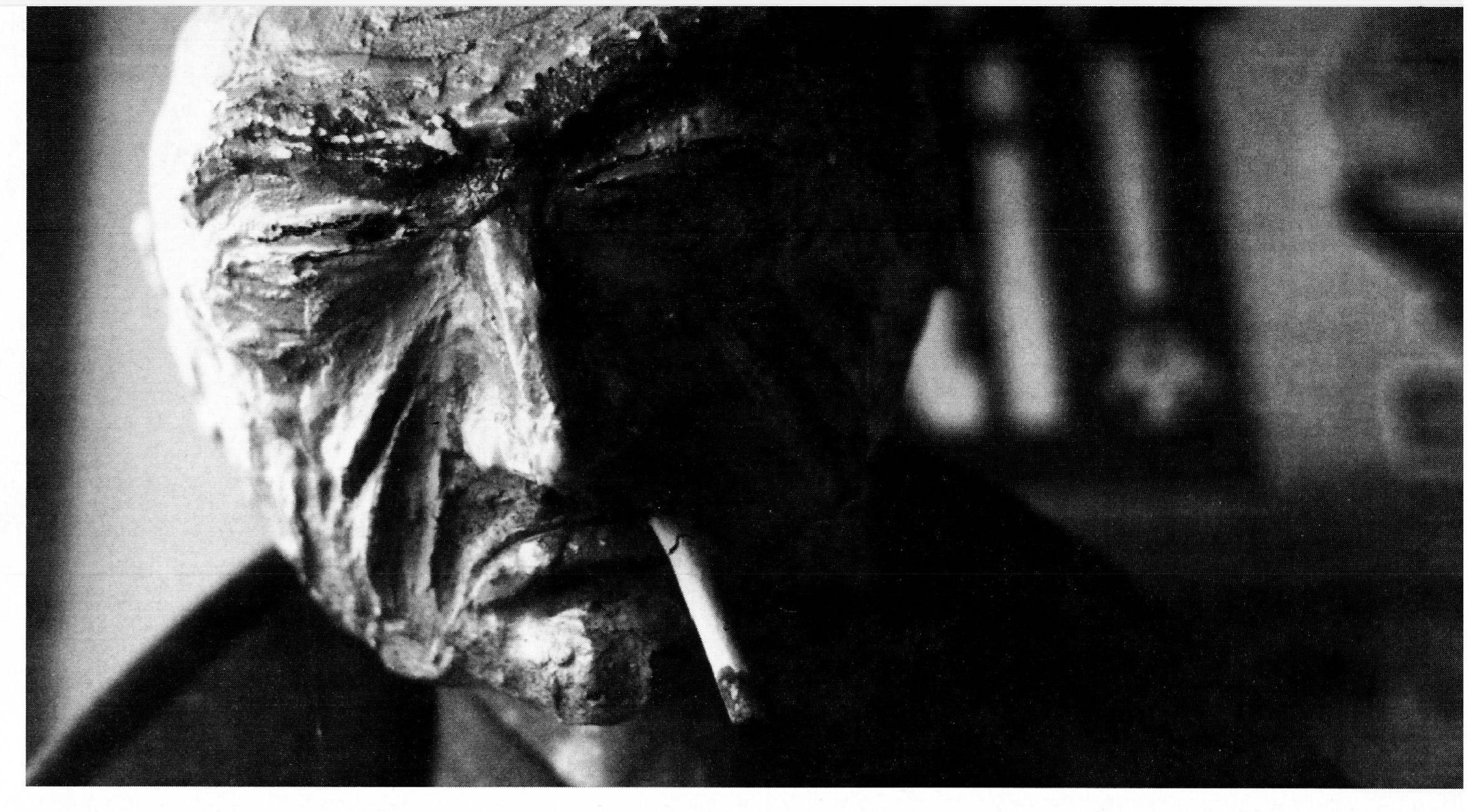
Spätestens seit dem Nato- Angriff auf Jugoslawien ist offensichtlich geworden, daß die Nato- Mitgliedsstaaten ihre Machtinteressen nun auch militärisch durchsetzen. Die neue Natostrategie bildet die Grundlage dieser kriegerischen Politik. Welches sind die Ziele der Nato, welche Interessen verfolgt sie zur Zeit in den Balkanländern, welche mit der sogenannten Osterweiterung der Nato?

Die Realität hat unser Denken gewissermaßen schon lange überholt. Der Angriff auf Jugoslawien wird nicht der letzte Angriff sein. Die anhaltende Bombardierung des Irak durch die USA scheint kaum noch einer Pressemitteilung wert. Kriege und militärische Interventionen der mächtigen Staaten zur Durchsetzung eigener Interessen werden zunehmend zum politischen Alltag werden. Die herrschende Weltordnung wird militärisch stabilisiert. Die AG wird eine Einschätzung der Ziele der Nato-Länder geben, aktuell am Beispiel Jugoslawien, aber auch bezüglich von uns befürchteter zukünftiger Kriegstreiberei der Nato und der Entwicklung neuer militärischer Bündnisse. Ein Aspekt werden dabei auch die Fluchtabwehrstrategien der Nato und EU sein.

Leitung: Arbeitsgruppe Nato und EU Kriegs- und Migrationspolitik

**AG 5: Von der Soligruppe zur NGO?**

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben die Lücke, die die schwindende basisorientier-



te Solidaritätsbewegung hinterlassen hat, effizient ausgefüllt. Professionell organisiert und gut versorgt mit staatlichen Geldern, haben NGOs die klassischen Solithemen neu besetzt, die Inhalte aber auch verändert. In der Konkurrenz um staatliche Gelder streben sie häufig die Kompatibilität ihrer Projekte zu den aktuellen Regierungsprogrammen an und legen mehr Wert auf die öffentliche Repräsentation ihres eigenen Profils als auf eine (staats-) kritische Arbeit. Ihre Abhängigkeit von staatlichen Geldern, ihre oft streng hierarchische innere Organisation und die Verlagerung ihrer Politik in die Vorzimmer der Ministerien machen sie zum verlängerten Arm des Staates in die (internationale) Gesellschaft.
Bereits während der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln hat sich gezeigt, daß die NGOs aufgrund ihrer Arbeitsweise eine gewisse Hegemonie innerhalb des überregionalen "Bündnis Köln 99" hatten. Im Vorfeld der EXPO 2000 versuchen einige NGOs wieder, die Gelegenheit zu einer repräsentativen Darstellung ihrer Arbeit zu nutzen. Wie gehen basisorientierte Gruppen wie der BUKO mit dieser Situation um? Suchen wir den direkten Dialog mit den NGOs oder kritisieren wir sie von außen?

Leitung: BUKO AS Weltwirtschaft

## Forum 2

### Soziale Frage - soziale Kämpfe

**AG 1: Stolpersteine auf dem Weg zur Gesundheit**

Gesundheit ist ein Menschenrecht, so legte es die UN-Charta der Menschenrechte fest. Auf der Konferenz in Alma Ata 1978 verabschiedete die WHO das Ziel, bis zum Jahr 2000 Gesundheit für Alle zu erreichen. Konkrete Handlungsschritte dafür wurden festgelegt, für alle Menschen weltweit einen freien Zugang zu medizinischer Basisversorgung, unentbehrlichen Arzneimitteln und Bildung zu garantieren. Soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Gender-Perspektive und Solidarität gelten als tragende Grundwerte des Prozesses. Doch neoliberale Interessen der (Pharma-)industrie, ungerechte Welthandelsverträge und die Weltbankgruppe haben dieses elementare Menschenrecht für Millionen Menschen gerade in den ärmsten Ländern verhindert. Gesundheit statt Globalisierung, eine Gesundheit, die das Recht auf Bildung, Wohnen und angemessene Ernährung einschließt, muß unser Ziel sein.

Leitung: BUKO Pharma-Kampagne

**AG 2: Schöne neue Arbeitswelt**

MigrantInnen arbeiten für drei Mark bei McDonald's; polnische Saisonarbeiter erbauen für wenig Geld das Berliner Regierungsviertel und werden Opfer rassistischer Standortsicherung einiger FunktionärInnen der IG BAU; Mittelamerikanerinnen produzieren Edelklamotten in Schwitzbuden für einen Hungerlohn; Frauen in Deutschland bekommen statt einer vollen Stelle drei 630-Mark-Jobs: Prekarisierung der Arbeit.
Die Arbeitsgesellschaft hat sich verändert - einige sagen bereits ihre Ende voraus. In den letzten Jahren wird über die Notwendigkeit einer Neudefinierung des (klassischen Lohn)Arbeitsbegriffs viel diskutiert. Umdenken ist angesagt, nicht nur theoretisch, sondern auch bei der Organisierung, die neue Phänomene zeitigt: PGA, die Euromärsche, Weltbetriebsräte, Frauennetzwerke, Selbstorganisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen.
In dieser Arbeitsgruppe sollen die Gründe für spezielle Formen der Organisierung beleuchtet und in einer gemeinsamen Diskussion die Grenzen und Perspektiven analysiert werden. (Die AG findet vielleicht nicht statt.)

Leitung: Ökumenisches Büro, München

## BUKO-ADRESSEN

**BUKO GESCHÄFTSSTELLE:**
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 31 56, FAX 040-39 07 520,
INTERNET: WWW.EPO.DE/BUKO/INDEX.HTM; E-MAIL: BUKOHH@T-ONLINE.DE

➲ UNTER DER GLEICHEN ADRESSE SIND EBENFALLS DIE BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKTE RASSISMUS UND FLÜCHTLINGSPOLITIK, WELTWIRTSCHAFT UND ALTERNATIVER HANDEL ZU ERREICHEN.

**BUKO AGRAR-KOORDINATION:**
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 25 26, FAX 040-39 90 06 29
INTERNET: WWW.BUKOAGRAR.DE; E-MAIL: BUKOAGRAR@AOL.COM

**BUKO PHARMA-KAMPAGNE:**
AUGUST-BEBEL-STR. 62, 33602 BIELEFELD,
TELEFON 0521-60 550

**BUKO KAMPAGNE "STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT":**
BUCHTSTR. 14-15, 28195 BREMEN,
TELEFON 0421-32 60 45, FAX 0421-33 78 177,
E-MAIL REXBUKO@OLN.COMLINK.APC.ORG

**alaska - ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALISMUS:**
BERNHARDSTR. 12, 28203 BREMEN,
TELEFON 0421-72 034, FAX 0421-72 034




**AG 3: Jugend und Bildung**
Drei Prozesse prägen derzeit den Bildungssektor, die sich u.a. auch im Projekt "Frauenuniversität" auf der EXPO widerspiegeln: a) die Transformation der Bildung vom öffentlichen Gut hin zur Ware, b) die Privatisierung des Bildungsbereichs, c) die Zurückdrängung der Mitbestimmung von Lernenden und z.T. Lehrenden.
Ausgang bleibt: Solange Bildungsabschlüsse die formale Voraussetzung für Jobs sind, müssen alle Menschen Zugang zur Bildung haben. Die Hoffnung aber, allein durch Bildung Klassenstrukturen, Rassismen oder soziale Geschlechter aufzuheben, ist Illusion.
Wir wollen eigene Vorstellungen zu emanzipatorischen Ansätzen im Bildungssektor formulieren und die Chancen ihrer Verwirklichung diskutieren. Dabei wird die Frage zu beachten sein, ob und wie wir die eigenen Vorschläge vor der Integration in den autoritären Umstrukturierungsprozeß absichern können.

Leitung: Tommy Schroedter und Andreas Riekeberg, BUKO

# Forum 3

## Kontrolltechniken der Zukunft - Nachhaltige Herrschaftssicherung: Modernisierung, EXPO 2000 und Perspektiven des Widerstands

**AG 1: Technik-Herrschaft-Zukunft**
Die EXPO 2000 hat - wie alle Weltausstellungen zuvor - die Funktion, Zustimmung, wenn nicht gar Begeisterung, für die herrschenden Verhältnisse zu erzeugen. Sie soll "Lust auf Zukunft machen", an der Lösung der "globalen Probleme" wird unermüdlich gearbeitet. Dazu wird nicht nur am Wirtschaftswundermythos und Vereinigungsfieber angeknüpft, vermittelt werden soll, daß es möglich ist, alle "globalen Probleme" mittels moderner Technologie zu lösen.
Vor allen Dingen soll eine Atmosphäre des "Anpackens" verbreitet werden. Alle tun etwas. Es kommt auf jedeN an, und wer nicht mitmacht, macht sich schuldig. Es gibt keine Interessengegensätze mehr, alle ziehen am gleichen Strang. Dabei spielen vor allen Dingen Jugendliche und Kinder eine wichtige Rolle. Deren Problembewußtsein soll in die "richtigen" Bahnen gelenkt werden. Bereits vorhandene Technikbegeisterung weist den Weg in die Cyberzukunft.
Die herrschaftssichernde Funktion der Werbeveranstaltung EXPO 2000 im Vergleich zu anderen Formen der propagandistischen Absicherung "des Systems" steht im Mittelpunkt der Arbeitsgruppe.

Leitung: Anti-EXPO-AG

**AG 2: EXPO und BIOpolitik**
Das Oberthema der EXPO "Mensch-Natur-Technik" macht das gesellschaftliche Naturverhältnis, die Verwertung von Mensch und Natur zu einem zentralen Auseinandersetzungsfeld. Dies drückt sich in der von der EXPO propagierten Bevölkerungskontrollpolitik und ihrer inhaltlichen Orientierung an der Nachhaltigkeitsideologie der Agenda 21, aber auch an der Förderung von Atom- sowie Gen- und Reproduktionstechnologien aus.
Generell soll der Zugriff und die Kontrolle auf den letzten Winkel der Natur und schließlich die Biologie des Menschen ausgedehnt werden. Eine zentrale Rolle spielen hier sexistische und rassistische Selektionskriterien, entlang derer die Verwertung organisiert wird. Der Körper der Menschen, die sogenannten Naturvölker und seltene tropische Pflanzen werden zum reinen Wertstoff; Krankheit hingegen zur individuell zu verantwortenden Erscheinung und Hunger und Naturzerstörung zu einem Problem der Reproduktion von Bevölkerungen.
Daß die Linke sich diesen Entwicklungen zu selten gestellt und sie zu oft als Nebenwidersprüche abgehandelt hat, soll einen zweiten Schwerpunkt bilden.
(Zur Vorbereitung dient der Artikel von Hans Hansen in dieser alaska.)

Leitung: Redaktion alaska

**AG 3: Umweltschutz von oben - Umweltschutz von unten**
Geschichte und Gegenwart des Umweltschutzes weisen viele falsche Ansätze auf. Als zentraler Knackpunkt zieht sich das Bemühen wie ein roter Faden durch die Umweltschutzorganisationen und -strategien, die jeweils Mächtigen für die eigenen Ideen gewinnen zu wollen und damit Umweltschutz von oben durchzusetzen. Die Menschen werden nicht in ihrer Selbstbestimmung gestärkt, sondern Ziel von repressiven "Öko"regeln, "Öko"appellen, "Öko" (trichter)pädagogik und "Öko" steuern. Die EXPO bietet genau diese kapitalismus- und herrschaftskompatiblen Umweltschutzideen an.
Das Gegenmodell sind Umweltschutzstrategien, die die Menschen zu AkteurInnen machen, Selbstbestimmungsrechte fördern. Dieser "emanzipatorische Umweltschutz" kämpft für den Zugriff der Menschen auf ihre Lebensgrundlagen und bekämpft die zentrale Organisation von Gesellschaft

Leitung: vier ReferentInnen aus dem Bereich Umweltschutz von Unten

**AG 4: Soziale Frage und Innere Sicherheit**
Die Zurichtung der Stadt auf das Fest der Neuen Weltordnung, die EXPO 2000, wollen wir an zwei Punkten diskutierbar machen:
a) Standortpolitik, Festivialisierung des Stadtraums und "Innere Sicherheit"
b) die Vertreibungspolitik gegen verschiedene Gruppierungen von Armen und Marginalisier-






ten
Mit den Ausgrenzungsstrategien gegen Arme, Leistungs-Unangepaßte und NonkonformistInnen hat sich in rasanter Geschwindigkeit ein neuer Typus von Sozial- und Sicherheitspolitik durchgesetzt.
Handelt es sich um sozialsanitäre Maßnahmen, ein soziales Recycling, um "unnütze Esser" aus dem imageträchtigen Ambiente der Metropolen zu eliminieren? Wie soll die Linke gegen das Aushebeln grundgesetzlich garantierter Rechtsstandards reagieren? Gibt es zwischen den marginalisierten Gruppen und "der Linken" gemeinsame Widerstandsfelder und Bündnisstrategien?

Leitung: michel

**AG 5: Frauen und EXPO - feministische Modernisierung oder Widerstand?**
Die EXPO als Veranstaltung, die auf Basis von Bevölkerungskontrollpolitik das Technokratenmärchen der Nachhaltigen Entwicklung weitererzählt und z.B. Gentechnologie das Vermögen zuspricht, gesellschaftspolitische Probleme wie den Hunger der ("Einen") Welt zu lösen, fordert feministische Kritik geradezu heraus. Die Wichtigkeit eines feministischen Blicks auf die Weltausstellung zu erkennen, ist bisher jedoch ein Manko des EXPO-Widerstands gewesen, und so wurde auch keine daraus abgeleitete Politik entwickelt. Andererseits greifen Feministinnen (so z.B. durch den Verein "frauen & expo" und die internationale Frauenuniversität "Technk und Kultur") aus der Warte einer kritischen Beteiligung die EXPO auf und steuern eigene Projekte zum Ausstellungsgeschehen bei.
Die Frage, wie und wo feministische Politik in die Diskurse rund um die Weltausstellung eingreifen kann, ohne letztlich zum Beitrag zur patriarchalen Modernisierung zu werden, soll anhand konkreter Projekte und Beteiligungsformen von Frauen an der EXPO diskutiert werden.

Leitung: mamba

## Forum 4

### "Dialog-Kultur" - Gleichberechtigt zusammenarbeiten?

**AG 1: Attackieren, selbst organisieren... - Initiativen gegen den alltäglichen Rassismus**
Initiativen, die in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland jenseits des mainstream selbstbestimmt antirassistische Arbeit leisten, sind selten.
"Global Village" geht als Selbstorganisation neue Wege in der Selbstbehauptung von Flüchtlingen als Subjekten ihrer Geschichte. "Kanak Attak" hat mit dem Manifest vom Ende 1998 neue Töne angeschlagen, einer Plattform mit dem Ziel, "eine neue Haltung von Kanaken aller Generationen auf die Bühne zu bringen".

mit: Chid Chamberlain & Wolfgang Lieberknecht ("Global Village") u.a.

**AG 2: Farbfieber - Kooperation von KünstlerInnen aus verschiedenen Kontinenten**
Als 1992 500 Jahre "Conquista" aufgearbeitet wurden, entstand durch die Gestaltung großflächiger Wandbilder eine bis dahin einmalige Initiative kritischer KünstlerInnen aus südamerikanischen und europäischen Ländern.
Seit 1997 laufen die Vorarbeiten zu einem vergleichbaren - jetzt globalen - Projekt, bei dem KünstlerInnen-Teams auf allen Kontinenten im Austausch miteinander große öffentliche Wandbilder zur Agenda 21 malen. Über das Projekt 1992 gibt es einen Videofilm und Berichte; die Aktionen für 1999/2000 werden von Beteiligten vorgestellt.
mit: Judy Engelhard (peeng), Gabriele Janecki (VNB), Klaus Klinger (Farbfieber e.V.)

**AG 3: Don't shoot the messenger - Dialog durch Radio, Internet & JournalistInnen-Netzwerke**
Die Bündelung und Verbreitung von Informationen jenseits des mainstream ist eine der zentralen Anforderungen an viele BUKO-Aktionsgruppen.
Dabei werden auch Medien wie Radio und Internet zunehmend mehr genutzt. Wie dialogfähig lokale Radiogruppen, Internet- und Medien-Redaktionen allgemein sein können, wird am Beispiel der Internationalen Redaktion eines nichtkommerziellen Lokalradios, des kritischen Internet-Forums zur EXPO 2000 und der Arbeit eines Nord-Süd-JournalistInnen-Netzwerkes vorgestellt.
Dabei geht es um Chancen & Grenzen, Kooperationen & Perspektiven der Team- und Netzwerkarbeit im Medienbereich.

mit: Mechthild Dortmund (Radio Flora/UKW 106,5 MHz), Isabel Rodde (www. xposition.de), Michel C. Mbida (Nord-Süd-Journalisten-Netzwerk)

**AG 4: united international? - Basisnetzwerk Afrika, Europa, USA**
Das Tschad-Kamerun-Öl- und Pipeline Projekt soll exemplarisch die Möglichkeiten des Dialogs zwischen Basisinitiativen aus dem Süden und Norden sowie Strategien zur Gewinnung neuer Allianzen zum Stop eines zerstörerischen Großprojektes vorstellen.
Ein Konsortium aus Exxon, Shell und Elf plant die Ausbeutung von Erdölvorkommen im Süden des Tschad. Für den Öltransport wird eine 1.050 km lange Pipeline an die Küste Kameruns geplant - weitgehend ohne Rücksicht auf die dort lebende Bevölkerung. Inzwischen setzt sich ein breites Bündnis von Initiativen und Organisationen aus Afrika, Europa und den USA mit diesem Großprojekt auseinander.

mit: Susanne Breitkopf (urgewald), Gaby Runge (AK Nigeria/Aktion Ogoni), Thomas Mösch (Initiative Pro Afrika)

# Forum 1

## Diskussionsbeitrag

## Von der Soligruppe zur NGO?

**by Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft**

*Die Mobilisierungsbemühungen eines breiten Spektrums von AktivistInnen, Soligruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) anläßlich von EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln im Juni 99 hat einen Trend in der internationalistischen Arbeit bestätigt, der bereits seit langem im Gange ist: Auf der einen Seite steht der Beinahe-Zusammenbruch der "klassischen" linken Solidaritätsarbeit, auf der anderen Seite der Aufstieg der NGOs in diesem Feld. Die vielfach geäusserte Hoffnung, NGOs könnten die neuen Akteure einer emanzipatorischen Politk sein, trügt jedoch.*
*Der Verlauf der Aktivitäten in Köln ist Anlass genug, um sich kritisch mit dem Aufstieg der NGOs auseinanderzusetzen. Welche praktischen Konsequenzen ergeben sich für das Verhältnis zwischen basisorientierten Gruppen, zu denen sich auch die meisten BUKO-Mitglieder zählen, und den NGO-Akteuren?*

Wie schon zu anderen Gelegenheiten ähnlicher Qualität hat sich auch im Vorfeld der Kölner Gipfel gezeigt, daß diese "Inszenierungen der Macht" für ein weites Spektrum von politisch aktiven Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen Kristallisationspunkte sind, um ihre Gegen- oder Alternativpositionen öffentlichkeitswirksam zu formulieren und auf die Strasse zu tragen. Trotz der Vielfalt, die diese Konstellation suggeriert, blieb die Teilnahme an den Aktionen in Köln weit hinter den Erwartungen der OrganisatorInnen und Bündnisse zurück. Es kam weder auf einer der Demonstrationen noch auf den Gegen- und Alternativkongressen eine Atmosphäre massiven Protestes auf. Folglich blieb auch die Berichterstattung der Medien auf jene Teile der Alternativveranstaltungen beschränkt, die sich der jeweiligen Gipfel-Agenda aktiv angedient und "politikfähige" Programme vorgelegt hatten. Lediglich über die Aktionen der Kampagne Erlassjahr 2000 und einiger NGOs, die auf die Entschuldungsinitiative der Bundesregierung auf dem Weltwirtschaftsgipfel Einfluss nehmen wollten, war in den Medien ausführlicher zu lesen, zu hören oder zu sehen.

### Von der Soligruppe...

Alles deutet darauf hin, dass emanzipatorische Bewegungen nicht eben Konjunktur haben. Während der Kölner Gipfelvorbereitung hat sich neben zwei bundesweiten Bündnissen auch ein internationales Netzwerk mit relativ neuen Protestformen und poppigem Erscheinungsbild (People's Global Action und ihre Interkontinentale Karawane für Solidarität und Widerstand) beteiligt, so dass die Konstellation – trotz Konkurrenz und Grabenkämpfen innerhalb und zwischen den Bündnissen - kräftemässig eher günstig für eine erfolgreiche Mobilisierung zu sein schien. Letzlich zeigte sich aber, dass diejenigen Basisgruppen und Organisationen, die noch Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre aktiv zu Demos und Veranstaltungen mobilisiert hatten, entweder nicht mehr aktiv oder so dezimiert sind, dass sie von sich aus offenbar nicht mehr in der Lage zu grösserer Aktivität waren. Beinahe einhellig resümieren die Beteiligten jenseits des NGO-Spektrums den "zu ruhigen" und "resonanzlosen" Verlauf der Proteste.(1)
Trotzdem hatten einige der AktivistInnen angenommen, die Konstellation zur Mobilisierung auch für eine radikale Protestbewegung sei auch aus politischen Gründen denkbar gut. Allerorten konnte man lesen, dass die Gipfel in eine Periode fielen, in der die Hegemonie des neoliberalen Projektes erstmals seit zwanzig Jahren ernsthaft in Gefahr sei und sich sich neue Handlungsräume für radikale Protestbewegungen ergeben würden. Zu dieser Illusion hatte einerseits die Häufung von Finanzkrisen seit Mitte der neunziger Jahre beigetragen, an denen die verheerenden Folgen des Marktradikalismus im Zeitraffer deutlich wurden. In deren Folge fühlten sich sogar die Speerspitze der liberalen Ökonomen bemüssigt, nach neuen Formen der Steuerung der liberalsierten Finanz- und Gütermärkte zu suchen. Warum also nicht auch Massenproteste auf bundesdeutschen Strassen?
Als politischer Ausdruck der Krise des Neoliberalismus wurde die Tatsache gewertet, dass in Europa sozialdemokratische Regierungen angetreten waren, um wieder "mehr Verteilungsgerechtigkeit herzustellen". Es zeigte sich aber, dass sie nicht willens und in der Lage wären, sich den "Sachzwängen" der Globalisierung mit traditionellen (neo-) keynesianischen Mitteln zu stellen. In der Einschätzung vieler AktivistInnen war damit die Perspektive auf radikalere Alternativansätze neu eröffnet. Hinzu kam andererseits der NATO-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien. Die deutsche Beteiligung an der "humanitären" Intervention auf dem Balkan zeigte deutlich, dass auch eine rot-grüne Bundesregierung bereit ist, die westliche Vormachtstellung in Europa



***Es scheint Anzeichen für kleine Brüche im neoliberalen Diskurs zu geben: in Paris scheitert das MAI; in Stockholm erhält mit Amartya Sen erstmals seit langem ein Nicht-Neoklassiker den Nobelpreis für Wirtschaft; bei der südostasiatischen Wirtschaftskrise blamiert sich der IWF bis auf die Knochen und denkt selbst über eine begrenzte Re-Regulierung des aus den Fugen geratenen internationalen Finanzsystems nach; und Weltbank-Chefökonom Stiegler gesteht zu, daß es für unterschiedliche Krankheiten mehr als ein Medikament***

und weltweit mit Waffengewalt zu verteidigen und die Politik der Ethnisierung der Konflikte in Südosteuropa weiter zu treiben. Die Erwartung erwies sich als Blütentraum, denn die Strukturen innerhalb der Bewegung haben sich derart verändert, dass radikale Kritik und Protestformen nicht nur wenige Menschen wollen, sondern auch weniger Raum im "Alternativ"-Spektrum haben.
Statt eines Sturms radikaler, antikapitalistischer Proteste gegen den Neoliberalismus im sozialdemokratischen Gewand und die Wiederbelebung der klassischen imperialen Politik entfachte sich allenfalls ein laues Lüftchen, das weder von den Herrschenden noch von der medialen Öffentlichkeit in irgendeiner Form wahrgenommen werden musste. Es sind offenbar nicht nur weniger Menschen geworden, die sich als Teil einer Bewegung fühlen wollen. Vielmehr haben sich aus den unterschiedlichen internationalistischen Bewegungsansätzen inzwischen einige Gruppen und Personen neu formiert. Als NGOs sind sie zu modernen "zivilgesellschaftlichen" Dienstleistern geworden, die die Frage nach Alternativen "hinreichend" beantworten und alle staats- und herrschaftskritischen Inhalte in den Hintergrund drängen, um anschlussfähig an die herrschenden Diskurse zu bleiben und ihre eigenen Interessen wahrnehmen zu können.

### ... zur NGO

Offenbar hat die zwanzigjährige Hegemonie des Neoliberalismus nicht nur die Solibewegten der Vergangenheit desillusioniert und von den Barrikaden steigen lassen„ sondern auch die neue gesellschaftliche Form NGO hervorgebracht, die jene Lücke füllen, die der verschlankte Staat auf der einen Seite und die abgestorbenen sozialen Bewegungen . Wo vormals soziale Bewegungen wirkten, die bestehende Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse durch Widerstand und Protest in Frage stellen, agieren nun die VertreterInnen

## Programmablauf

**Donnerstag, 28.10.1999**

13.00-16.00 Anreise, Anmeldung, Schlafplatzvergabe und etc.
16.00-18.00 Eröffnung einer **Ausstellung** im Pavillon und Lockere Einführung in die EXPO 2000 mit einem walking theatre, short films zur Expo und einem **Stand der EXPO** GmH
18.00 Abendessen
19.00-20.00 Die **Begrüßung**, das Einleitungsreferat, die Vorstellung der Foren und der Anti-EXPO Film **"Alles im Griff"**

**Freitag, 29.10.1999**

10.00 Aufteilung in die Foren
10.15-13.00 **Foren 1-4: Analyse und Kritik**
13.00 Mittagessen
➲ In der Mittagspause gibt es unter dem Motto **"Wege in die EXPO-City?"** Infos und Stadtwege von der Afrika-Initiative Hannover.
15.00-17.00 **Foren 1-4** (Fortsetzung)
17.30-19.30 Die Talkshow **"Gegenmacht von unten?"** mit politischen Positionen aus den Frauenzusammenhängen der Anti-IWF-Kampagne von 1988, vom Gipfelsturm in Köln 1999, aus der Kampagne gegen 500 Jahre Kolonisierung von 1992 und aus den Anti-EXPO-Zusammenhängen; Moderation: Lorenz Beckhardt vom WDR (angefragt)
19.30 Abendessen
20.00 Workshop **"Soziale Frage - Innere Sicherheit - Sozialer Krieg"**
21.00 **"Suhlde 2000"** ein Kabarett zu einer etwas anderen EXPO und danach **nettes Beisammensein**

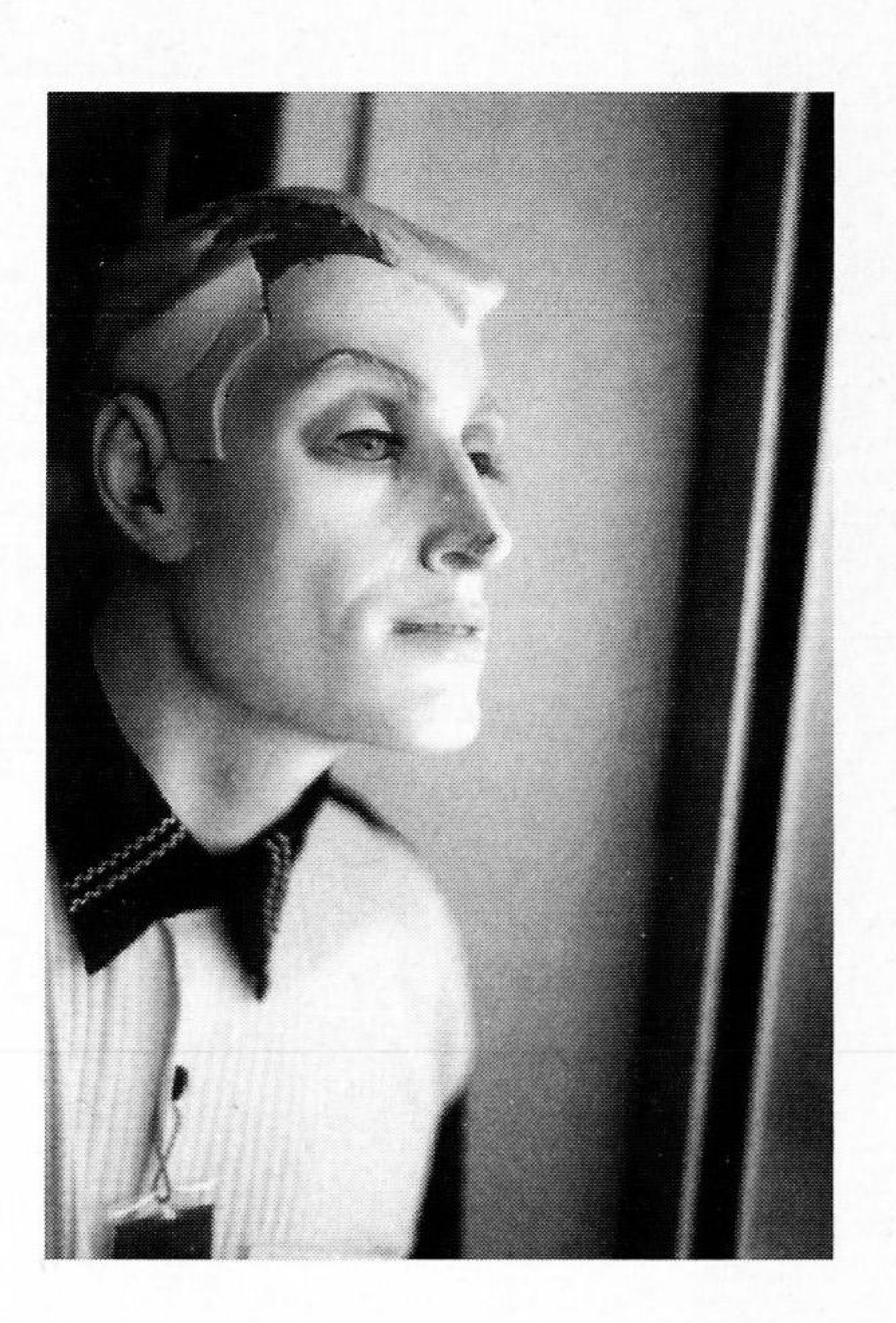
**Samstag, 30.10.1999**

10.00 **"Die Vision einer anderen Welt bleibt"** ein Gespräch mit Neville Alexander, Südafrika
11.00-13.00 **Foren 1-4: Perspektiven**
13.00-15.00 Mittagspause
➲ Auch in dieser Mittagspause wird mit der **grossen Jubel-Demo** in der Hannoveraner Innenstadtein nettes Unterhaltungs- und AktionsprogrammInnenstadtaktion geboten
15.00-17.00 **Foren 1-4** (Fortsetzung)
17.00 Die **Präsentation** zentraler Thesen aus den Foren
18.00 Die Workshops **"Ein Freigehege gegen die Angst in der Stadt? - Frauen und Stadt"** und **"Anti-EXPO-Widerstand und die politische Reorganisierung der radikalen Linken"** sowie (informelle) **Treffen von Gruppen und Zusammenhängen**
18.00 **Plenum der BUKO-Mitgliedsgruppen** mit Wahl eines neuen SprecherInnenrats
19.30 Abendessen
21.00 **Party** mit Musik und Tanz

**Sonntag, den 31.10.1999**

10.00-14.00 **Inhaltliches Gesamtplenum** mit fish- bowl-diskussion entlang der Leitfragen des Kongresses, den Eindrücken von **JournalistInnen zum Kongreßverlauf** und einer **Abschlussdiskussion** und Kritik aller TeilnehmerInnen
14.00 Mittagessen, anschliessendes Aufräumen und **Abreise**

***geben kann. Begleitet werden diese Entwicklungen von Diskursen über "global governance" oder "internationale Zivilgesellschaft".***
***Nach Jahren des neoliberalen Umbaus scheint sich also wieder etwas zu bewegen,***

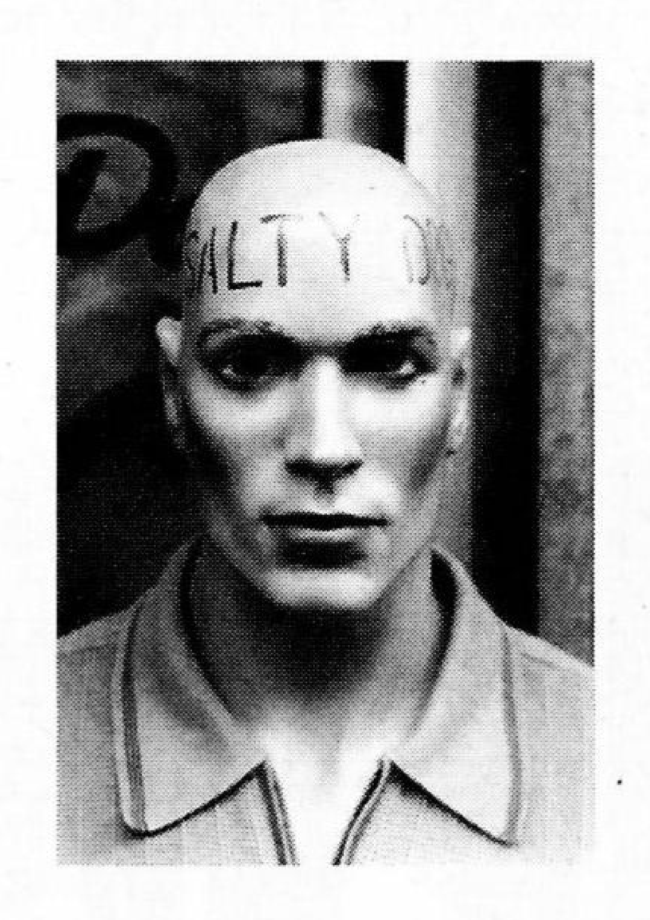


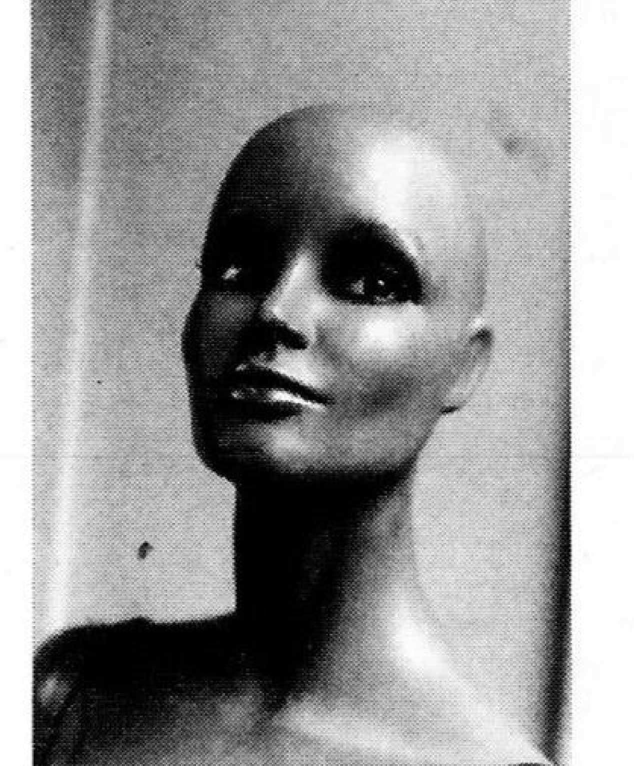
***es fragt sich jedoch: wie und in welche Richtung? Im Rahmen des Forums sollen die laufenden Veränderungsprozesse und die sie begleitenden Diskurse kritisch analysiert und auf ihre Konsequenzen für internationalistische Arbeit hin befragt werden. Ziel ist es, die zentralen Widersprüche aufzuzeigen, unter denen internationalistische Politik heute agiert und Auskunft über deren Grenzen und Möglichkeiten geben zu können. Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft wird dabei seine Positionen zur Diskussion stellen, die er im Hinblick auf***

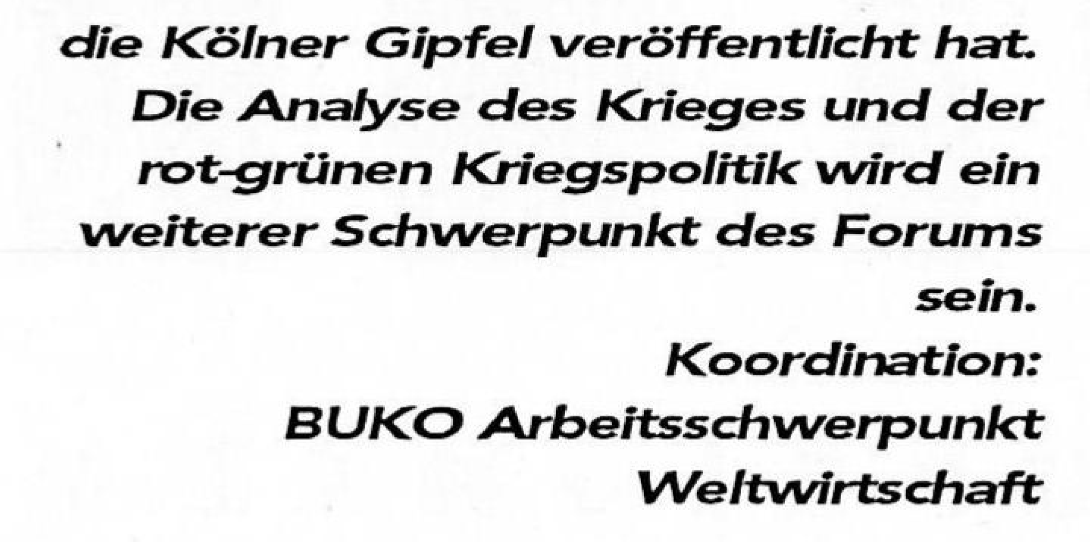
der neuen "Alternativ-Elite" (Wahl) der NGOs.
Anhand der Unterschiede in den Forderungen zur Schuldenkrise in den letzten Jahren lässt sich diese Entwicklung deutlich nachvollziehen. Anlässlich der IWF-Tagung in Berlin 1988 und des G7-Treffens in München 1992 war die Forderung nach "sofortigem, bedingungslosem Schuldenerlass für die sogenannte Dritte Welt und Reparationen für die koloniale Ausbeutung" noch von mehreren zehntausend DemonstrantInnen mitgetragen worden. Dagegen stand die Kölner Gegengipfelkampagne ganz im Zeichen des "politischen Realismus": Die von christlichen Kirchen getragene Kampagne Erlassjahr 2000 und, wenn auch in leicht modifizierter Form, das bundesweite Bündnis Köln 99, forderten den selektiven Teilerlass von den Schulden der 42 hochverschuldeten, armen Länder (HIPCs)- jenen Schulden also, die sowieso nicht mehr rückzahlbar sind. Das Erlassjahr-Programm stellt weder die Frage nach der Rechtmässigkeit der Verschuldung noch nach dem Herrschaftsmuster, mit dem die Schulden geschaffen wurden (und nun auch wieder abgebaut werden sollen). Mit ihrer Initiative reagierten die NGOs auf die Schuldeninitiative der Regierung Schröder, die auf dem Kölner G8-Gipfel verabschiedet wurde. Zwar krittelten sie an dem Ergebnis der Initiative nach dem Gipfel herum und bezeichneten es als "unzureichend", stellten aber die Interessenpolitik der Gruppe der Acht, die mit der Entschuldung vor allem das krisenanfällige internationale Finanzsystem stabilisieren wollen, nicht grundsätzlich in Frage.
Wie in der Verschuldungsfrage zeigt sich auch in anderen Politikfeldern, dass NGOs systemkritische Inhalte neu besetzen und sie häufig derart umdeuten, dass sie anschlussfähig an staatliche Politik bleiben. Anders als die Widerstands- und Protestbewegungen benötigen sie für ihre Lobbyarbeit in den Vorzimmern der Ministerien und internationalen Organisationen ein hohes Mass an Expertise und dauerhafter Organisationsstruktur, die sie nur durch den Fluss staatlicher und staatsnah generierter Gelder sichern können. Auch ein grosser Teil der Kölner Gipfelkampagne ist durch Gelder politischer Stiftungen und Fonds aus dem Umfeld der Grünen finanziert worden, die einzelnen Organisationen beziehen ihre Gelder aus ähnlichen Quellen, aber auch aus den Etats von Ministerien und anderen Regierungsstellen. Wie die Position von Organisationen wie WEED und Oxfam zur Schuldenproblematik zeigt, sind sie damit auf die "Machbarkeit" ihrer Programme angewiesen, da sie sich in eine relative materielle Abhängigkeit zu den staatlichen Institutionen begeben (2).
Letztlich sind die Organisationen dadurch materiell eher in der Lage, grosse Veranstaltungen wie einen "Alternativen Weltwirtschaftsgipfel" professionell durchzuführen, gleichzeitig aber darauf angewiesen, dass die politische Botschaft im Rahmen ihrer Perspektive – und damit in der Nähe staatlicher Positionen und Programme - bleibt.

## PUBLIC RELATIONS STATT DEBATTE

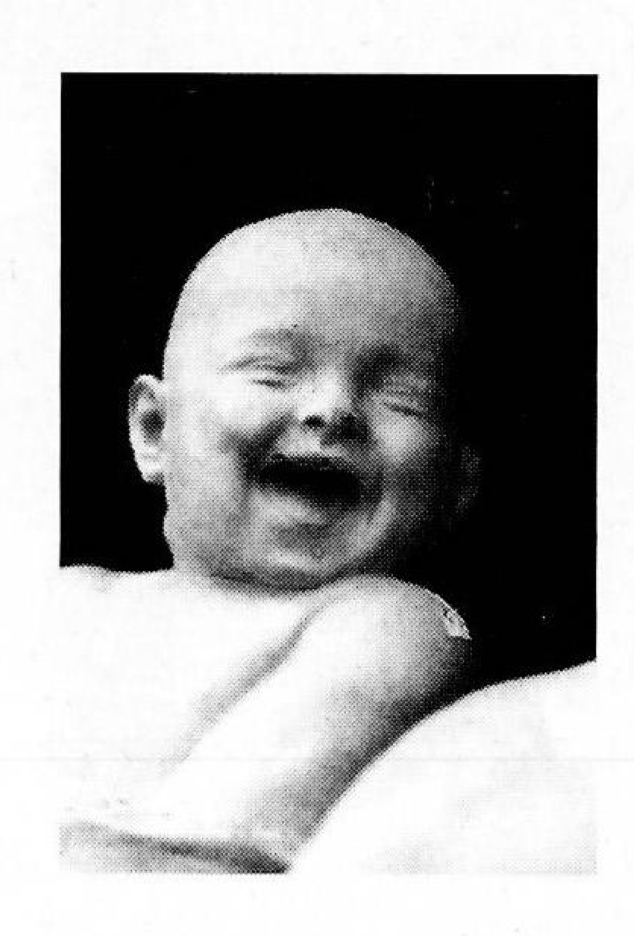
Die Staatsfixierung der NGOs wendet sich schliesslich in eine Verpflichtung, wenn es zur Umsetzung von Programmen kommt, an denen sie mitgewirkt haben. Kurz nach dem Weltwirtschaftsgipfel erklärte Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, die sich eben noch medienwirksam in die Menschenkette von Erlassjahr 2000 eingereiht hatte, die Kölner Schuldeninitiative sei ein "Erfolg der Bundesregierung und der NGOs" (in Bundestag aktuell, Juli 99). Damit wurden die Initiatoren der Entschuldungskampagne in die Pflicht genommen, der staatlichen Politik eine zusätzliche Legitimation zu verleihen und sie als Erfolg ihrer Einflussnahme zu verkaufen. Hier wird der Doppelcharakter der NGOs deutlich: Sie sind prinzipiell zwar unabhängige Organisationen, die durch ihre Expertise und Öffentlichkeitsarbeit die politische Tagesordnung mitbestimmen können. Gleichzeitig stärken sie die Legitimation staatlichen Handelns und wirken so in die Gesellschaft zurück. Ohne die Krise des Nationalstaats in Zeiten der Globalisierung wären sie kaum denkbar, und ihr Profil entspricht dem Trend von Entstaatlichung und Privatisierung auf der Ebene der Politik. Grundsätzlich schliesst diese Rolle der NGOs die Unterstützung emanzipativer Projekte nicht aus, engt aber den Rahmen ihrer Möglichkeiten stark ein.
Durch die politische Position NGOs als "staatliche Vorfeldorganisationen" (Hirsch 1999) und ihre Aktivität auf dem umkämpften Markt für staatliche Gelder und Spenden müssen die Organisationen sehr stark auf die Stärkung ihres eigenen Profils achten. Dabei bleiben basisdemokratische Prinzipien und der Wille zur Debatte häufig auf der Strecke. Der Kölner Alternativgipfel zum G8-Treffen, der von den NGOs WEED, medico international und der Kampagne kein mensch ist illegal organisiert wurde, bot inhaltlich und personell die selben Themen und ReferentInnen auf, die schon bei ähnlichen Anlässen zu Beginn der neunziger Jahre zusammentrafen. Inhaltlich sehr spezialisierte Diskussionsbeiträge, zumeist auf akademischem Niveau, jagten einander, ohne dass für das Publikum Raum zum Eingriff in die Diskussion bestanden hätte.
Offenbar schätzten die OrganisatorInnen den repräsentative Charakter einer solchen Konferenz, betont durch die Präsenz der "Stars der Alternativelite", höher ein, als die Notwendigkeit, TeilnehmerInnen die Möglichkeiten zur Auseinandersetzung und gegenseitigen Anregung zu liefern. Letztlich war der Alternative Weltwirtschaftsgipfel in Köln nur für WEED öffentlich nutzbar, die mit der Schuldenfrage ein relativ grosses Medienecho erreichten, ohne dass dieses Thema auf der eigentlichen Konferenz eine herausragende Rolle gespielt hätte. Andere Themen oder auch nur andere Positionen zu der Schuldenfrage selbst kamen





*die Kölner Gipfel veröffentlicht hat. Die Analyse des Krieges und der rot-grünen Kriegspolitik wird ein weiterer Schwerpunkt des Forums sein.*
***Koordination:***
***BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft***



nicht an die Öffentlichkeit. Die eigene Organisationsidentität steht für NGOs offenbar über der Suche nach politischen Gemeinsamkeiten mit Bewegungen und anderen Organisationsansätzen. Starke Repräsentation nach aussen und Repräsentanz in den Medien wird für sie zum Imperativ, um ihren Programmen und Projekten gegenüber den Regierenden mehr Wirksamkeit zu verschaffen und sich auf dem Markt der non-profit Organisationen wirkungsvoll zu behaupten. Für die Bewertung einer Grossveranstaltung wie dem Kölner Alternativgipfel als "Erfolg" steht demnach auch das Medienecho an der ersten Stelle.

## Die Hoffnungsträger?

Im Fahrwasser internationaler Gipfelkonferenzen und anderer Grossereignisse sind die NGOs inzwischen zu den Hoffnungsträgern einer "internationalen Zivilgesellschaft mit der Vision einer Weltbürgerschaft" (Messner/Nuscheler 1996) geworden. Nicht nur Vertreter einiger der Organisationen selber, sondern auch SozialwissenschaftlerInnen unterschiedlicher Provenienz unterstellen, durch die NGOs sei eine neue politische Kraft entstanden, die unter den Bedingungen des "Sachzwangs" der Globalisierung als "demokratisierendes Element" wirkten, während die Nationalstaaten zunehmend an Handlungsfreiheit verlören und damit auch an Legitimität einbüssten. Dabei wird ausser acht gelassen, dass neoliberale Globalisierung eben kein Sachzwang, sondern eine Strategie bestimmter Akteure ist, Ökonomie und Gesellschaft nach den Kriterien optimaler Verwertungsbedingungen für das Kapital zu reorganisieren. Obwohl NGOs in diesem Feld durchaus in der Lage sind, "emanzipative (...) Strategien zur Wirkung zu bringen" (medico international 1999, S.13), laufen sie offenbar zunehmend Gefahr, als tragende Elemente der transformierten Ordnung zu wirken.
Kritisch steht es auch um die Frage nach der demokratisierenden Wirkung ihres Handelns. Selbst gemessen an den Massstäben liberaler Demokratiemodelle zeigen sich deutliche Defizite. Oft sind die Organisationen intern stark hierarchisch strukturiert oder haben eine so geringe Mitgliederzahl, dass eine Rückkoppelung an ihre Basis ihre gesellschaftliche Bedeutung nicht eben steigern würde. Trotzdem werden sie häufig als Anwälte von Gruppeninteressen wahrgenommen, ohne dass weiter über die Frage nachgedacht würde, wie die Verhältnisse zwischen Anwalt und Klientel tatsächlich strukturiert sind. Wie problematisch sich dieses Verhältnis gestalten kann, wird erst dann deutlich, wenn sich Brüche offen zeigen, wie etwa nach dem Kölner G8-Treffen in der Erlassjahrkampagne. Ein grosser Teil der Träger aus dem Süden hat sich kurz vor dem Treffen zu einem eigenen Süd-Netzwerk Jubilee South innerhalb der Kampagne zusammengeschlossen und die NGOs und Kirchenvertreter dafür kritisiert, dass sie die Entschuldung als eine Stärkung potentieller Abnehmermärkte verkauft hatten. Dem stellte Jubilee South die Entschuldung als rechtmässige Forderung entgegen, die sich aus der kolonialen Verantwortung der Gläubiger oder der Unrechtmässigkeit "geerbter" Schulden von diktatorischen Regimen ableiten lässt. In dieser Form waren die Forderungen aus den Schuldnerländern im Umfeld des Kölner Gipfels nicht zu vernehmen.

## Bewegung – mit, neben oder gegen NGOs?

Nicht nur die Kölner Anti-Gipfelkampagne, auch andere Aktionen, Kampagnen und Mobilisierungen haben gezeigt, dass es inzwischen schwer ist, neben oder gar im Bündnis mit den NGOs wirkungsvoll radikale herrschaftkritische Positionen zu vertreten. Im Rahmen der Anti-Expo-Kampagne wird man NGOs häufig auf der "anderen Seite der Barrikaden" wiederbegegnen, da sie eingeladen sind, sich an der Weltausstellung zu beteiligen und ihre Konzepte vorzustellen. Fördermittel für solche repräsentative Aufgaben sprudeln reichlich, so dass zu erwarten ist, dass sich die internationale organisierte "Zivilgesellschaft" auch in Hannover 2000 mit ihren Modernisierungskonzepten andienen und neben den staatlichen Vertretern und transnationalen Konzernen gleichberechtigt auftreten wird.
Für diejenigen, die sich trotz der Krise radikaler Politik weiterhin ausserparlamentarische Bewegungen mit radikalen, herrschaftskritischen Inhalten wünschen, stellt sich angesichts dieser neuen Kräfteverhältnisse die Frage, wie man sein Verhältnis zu den NGO-Akteuren in Zukunft bestimmt und ihre Rolle angesichts der Tatsache beurteilt, dass sie doch zunehmend eher "verstrickt" als "vernetzt" erscheinen.

*Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft*

Fussnoten:
(1) Vom Gipfel kann es nur noch aufwärts gehen..., Der Köln Reader, hrsg. von der Gruppe Landfriedensbruch gibt eine gute Übersicht über die verschiedenen Einschätzungen.
(2) "Die Kölner Schuldeninitiative - Noch keine Lösung der Schuldenkrise der ärmsten Länder", Positionspapier von WEED, Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, und Oxfam zur Kölner Schuldeninitiative, Bonn 1999.

Literatur:
Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft im BUKO (Hg.) (1999): köln gehen, Erkundungern zu Globalisierung und Internationalismus, Hamburg.
Gruppe Landfriedensbruch (Hg.): Vom Gipfel kann es nur noch aufwärts gehen.... Der Köln Reader, Saasen.
Hirsch, Joachim (1999): Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftsverändernde Akteure?, bisher unveröffentlichtes Manuskript.
medico international (Hg.) (1999): Perspektiven internationaler Solidarität gegen die herrschenden Weltverhältnisse, Frankfurt/Main.
Wahl, Peter (1998): NGO-Multis, McGreenpeace und Netwerk-Guerilla, Zu einigen Trends der internationalen Zivilgesellschaft, Peripherie Nr. 71, Jg. 1998, S. 55-68.

# Forum 2

## Diskussionsbeitrag

# Soziale Frage, soziale Kämpfe und internationale Solidarität
## im archipelisierten Weltkapitalismus

by Thomas Seibert

*Mit der Abwahl der sandinistischen Regierung Nicaraguas 1990 kamen die Koordinaten des in der Neuen Linken begründeten Internationalismus endgültig ins Rutschen. Bis dahin bestand die „Solidarität mit den Völkern des Trikont" im Kern in der symbolischen und materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen, die in Afrika, Asien und Lateinamerika für nationale Unabhängigkeit, den Sturz neokolonialer Diktaturen und für soziale Gerechtigkeit kämpften. Wo solche Bewegungen - wie zuletzt in Nicaragua - an die Regierung gelangten, suchten sie nach eigenständigen Entwicklungswegen aus der kolonialisierten Agrar- in eine nationalstaatlich verfasste Industriegesellschaft. Unter den Zwängen der die Weltverhältnisse seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmenden Blockkonfrontation führte dies oft zu einer mehr oder minder engen Anlehnung an das staatssozialistische Entwicklungsmodell der Sowjetunion: Wie nach dem Oktober 1917 wurde der revolutionäre Nationalstaat auch in den politisch befreiten Ländern des Trikont zum Hebel einer bürokratisch forcierten Industrialisierung und Modernisierung.*

### Das Ende der „nachholenden Entwicklung"

Zwei Zäsuren führten die Politiken der „nachholenden Entwicklung" und die sie begleitende Solidaritätsbewegung in den Metropolen in einen tiefgreifende Krise. Die eine Zäsur stellt das mit der Auflösung der Sowjetunion erreichte Ende der Blockkonfrontation dar, in deren Folge auch die Staatssozialismen der postkolonialen Länder zusammenbrachen.
Die zweite Zäsur wurde durch den Globalisierungsprozess selbst gesetzt, der schon den Ausgang der Blockkonfrontation bestimmt hatte. Seither ist immer deutlicher geworden, dass eine „nachholende Entwicklung" ausserhalb der Zentren kapitalistischer Akkumulation – USA, Europa, Japan – chancenlos ist. Damit ist das in der Oktoberrevolution begonnene und in den antikolonialen Revolutionen fortgesetzte Projekt des „Aufbaus des Sozialismus in (je) einem Land" historisch gescheitert.
Ungeschützt der globalen Konkurrenz des transnationalen Kapitals ausgeliefert, werden die Länder des Südens wie des Ostens stärker als je zuvor auf den Status der „Peripherie" erniedrigt, in der Tendenz sogar vollständig marginalisiert. Dabei bilden Millionen von Menschen schon heute eine täglich wachsende globale Reservearmee, deren (Wieder-)Eingliederung in einen industriellen Verwertungsprozess immer unwahrscheinlicher wird. Weil weder der Staat noch der Markt für diese Menschen Verwendung haben, suchen sie ihr Auskommen im „informellen Sektor" ihrer niederkonkurrierten Ökonomien; wo selbst dies nicht mehr möglich ist, sind Krieg oder Migration die letzte Chance eines immer prekäreren Überlebens.

### Die Umkehr der Perspektive

Die Dynamik des Globalisierungsprozesses bleibt nicht auf die Länder der Peripherie beschränkt. Statt ihres erhofften Anschlusses an das Entwicklungsniveau der Industrieländer lässt sich umgekehrt eine zunehmende „Peripherisierung" der Metropolen ausmachen. Auch hier ist dies – unter anderen Ausgangsbedingungen und auf anderem materiellen Niveau – mit einer Transformation der Staatlichkeit und einem Prozess der De-Industrialisierung verbunden.
Dabei wiederholt sich das Schicksal des sozialistischen Entwicklungsstaats der Peripherie im Abbau des „fordistischen" Sozial- und Wohlfahrtsstaats in den Metropolen. Ziel der sozialstaatlichen Regulation war auch hier die Beseitigung von Armut, Ausbeutung und Diskriminierung. Durch die materielle und symbolische Integration der IndustriearbeiterInnen sollten die Klassenkämpfe „sozialpartnerschaftlich" verstaatlicht werden. Ziel der gegenwärtigen „De-Regulierung" ist jedoch nicht die Entstaatlichung der Gesellschaft, sondern deren Unterwerfung unter eine neue Form der Staatlichkeit, deren Aufgabe in der rigorosen „Flexibilisierung" der Arbeitskraft zugunsten ihrer bestmöglichen Verwertung in der Weltmarktkonkurrenz liegt.[1] Infolge der dabei erzielten sprunghaften Produktivitätssteigerungen kommt es zu einer zunehmend auf Dauer gestellten Freisetzung von nicht mehr verwertbarer Arbeitskraft. Im Schatten struktureller Massenarbeitslosigkeit breiten sich auch in den Metropolen informelle Arbeitsverhältnisse aus, in denen ein existenzsicherndes Einkommen oft nicht mehr erzielt werden kann.
Der Grund für die Übereinstimmungen zwischen den sozio-ökonomischen Dynamiken der Peripherie und der Metropole besteht darin, dass ihre beiden zentralen Momente - die Transformation der Staatlichkeit und die „postfordistische" Informalisierung der Arbeit - Bedingungen der ersten gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf tatsächlich globalem Niveau sind. Dabei kehrt sich die Perspektive der Entwicklung um: Bildete bisher der Norden das Modell der „nachholenden Entwicklung" des Ostens und Südens, so gleichen



sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Metropole jetzt tendenziell denen der Peripherie an. Dabei bildet sich ein archipelisiertes Weltsystem heraus, in dem Inseln der Prosperität und der (noch) fortlaufenden Akkumulation von wachsenden Zonen der Verelendung umschlossen werden.

### Wiederkehr der Proletarität?

Unter den gegebenen sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen führt dies zu einer paradoxen Konsequenz.
Deren ersten Teil fasst Karl Heinz Roth in der These von „Wiederkehr der Proletarität". Roth zufolge kommt es „bei allen auch weiter fortwirkenden Differenzierungen (...) im Übergang zum 21. Jahrhundert (zu) einer weltweiten Nivellierung der Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen Erster, Zweiter und Dritter Welt ebenso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur 'nationalen' Fixierung von sozialen Emanzipationsbewegungen. Auch wird es zwischen der globalen Zirkulation von Klassenkampferfahrungen und der sich abzeichnenden Unterwerfung der Relikte der sozialpartnerschaftlichen Arbeiterbewegung (...) tendenziell keine Vermittlungen mehr geben. So wie die soziale Befreiung als Alternative zum globalisierten Postfordismus nur noch international gedacht und praktiziert werden kann, so wird sie auch nicht mehr durch den quälenden Ziel-Mittel-Konflikt um Reform und Revolution zu deformieren sein."[2]
Der zweite Teil des Paradoxons besteht nun aber darin, dass die tendenzielle „Nivellierung der Klassenlagen" gerade nicht zu der von Roth erhofften Herausbildung eines geeinten Weltproletariats führt. Im härter werdenden Kampf um die materiellen und symbolischen Ressourcen eines einigermassen abgesicherten Überlebens verschärfen sich vielmehr die rassistischen, ethnizistischen und sexistischen Spaltungen: Wo unter objektiv unterschiedli-

## Workshops

Alle am Samstag, 30.10.1999 ab 18.00 Uhr

### Ein Freigehege gegen die Angst in der Stadt? - Frauen und Stadt

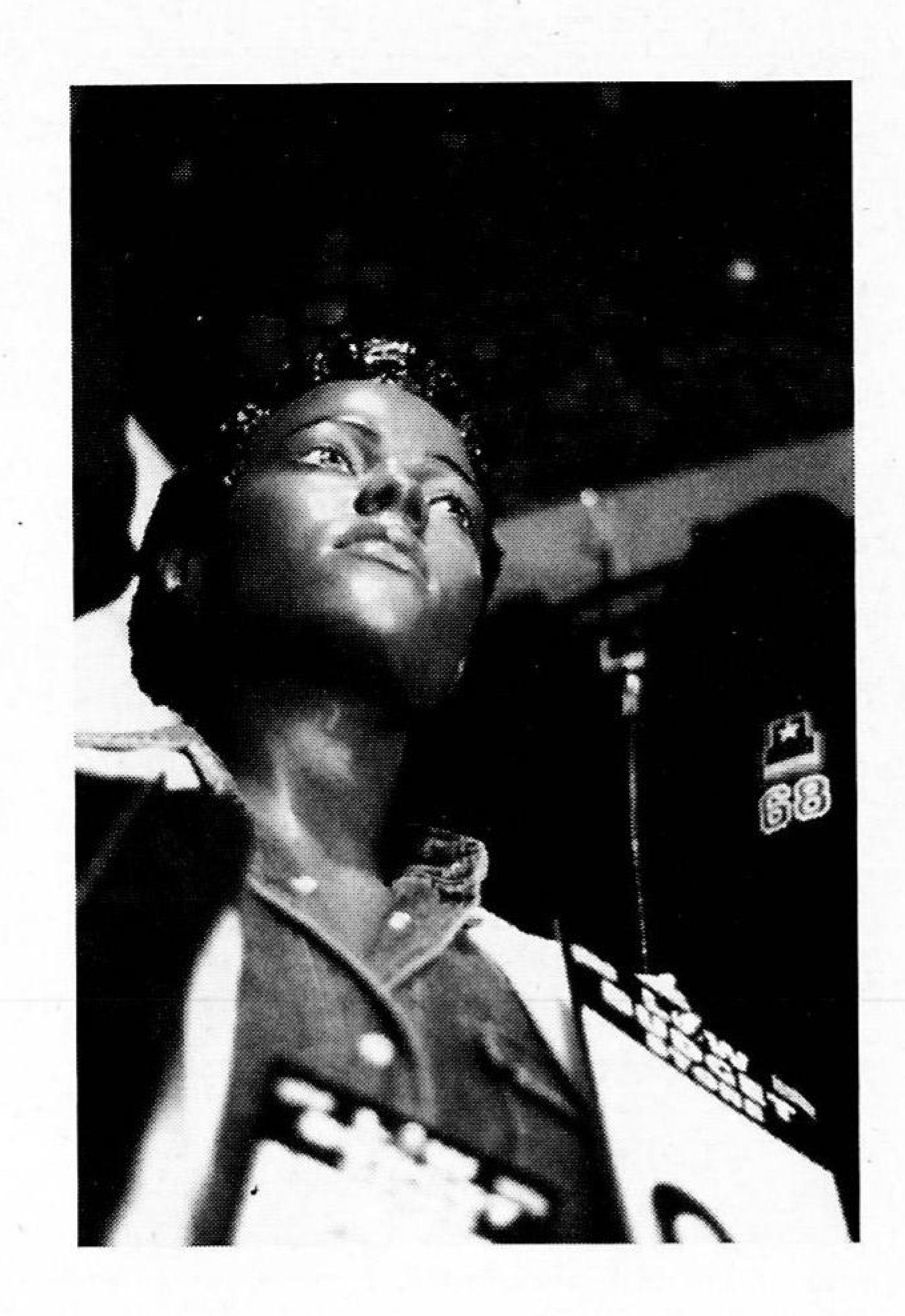
**Referentin:** Franziska Roller, Stuttgart

Die Nutzung öffentlichen Raumes ist geschlechtsspezifisch strukturiert. Die weibliche Lebenssphäre ist die Privatheit. Frauenleben an öffentlichen Orten ist mit dem Aspekt der Grundversorgung verbunden, sie können dort einkaufen, Kinder in die Kita bringen, etc. Ansonsten wird die Stadt für Frauen zu einem Angstraum definiert, wobei hier das Problem wohl eindeutig von frau auszugehen scheint.
Wenn nun frauengerechte Stadtplanung durch die Veränderung von baulichen Strukturen oder die Ausleuchtung besonders dunkler Straßen und Plätze auf eine Verbesserung der Alltagssituation von Frauen abzielt, stellt sie hierbei nicht die Begrenztheit dieses Alltags in seinen festen patriarchalen Rollenzuweisungen in Frage und droht somit zum Mittel zur Modernisierung des Patriarchats zu werden. Sie setzt sich nicht mit den Gewaltstrukturen im Geschlechterverhältnis auseinander.
Wir, Frauen der Innen!Stadt!Aktion Hannover und der Anti-EXPO-Gruppe michel, wollen im Rahmen der AG "Innere Sicherheit und soziale Frage" mit Frauen und Männern darüber diskutieren. Uns geht es um eine Öffentlichkeit, die für alle zugänglich ist. Und nicht um ein ausgeleuchtetes Freigehege, in dem frau von paternalistischen Schergen beschützt wird.

### Anti-EXPO-Widerstand und die politische Reorganisierung der radikalen Linken

In diesem Workshop soll, übergreifend über die verschiedenen Foren des Kongresses, eine Diskussion zur Strategie linksradikaler und internationalistischer Politik entlang der EXPO geführt werden. Initiert werden soll diese Diskussion zum einen durch eine Reflexion der Kongress-Debatten wie auch durch eine politische Einschätzung des bisherigen Stands der Anti-EXPO-Widerstands und einige Thesen zur aktuellen Situation der radikalen Linken.
Die Ausgangsbasis des Workshops ist eine Position, die die EXPO aufgrund ihrer thematischen Breite und ihrer Beispielhaftigkeit für moderne Herrschaftstechnik als Möglichkeit zur strategischen Neubestimmung und Reorganisierung der Linken ansieht. Dazu ist jedoch unter anderem eine kritische Auswertung linker Bewegungsgeschichte und eine Hinterfragung ritualisierter Politikformen notwendig. Aber auch aktuell im Anti-EXPO-Widerstand scheint es bisher kaum möglich zu sein entsprechende Diskussionen soweit zu führen, dass sie eine politische Relevanz erhalten und neben dem 'Auf-zu-neuen-immer-gleichen-alten-Taten' bestehen können. Letztlich haben sich aber Praxis und Theorie auseinander abzuleiten und bleiben ohne eine politische Idee und Strategie auf Dauer gesellschaftlich wirkungslos. In diesem Sinne handelt es sich bei diesem Workshop weniger um einen Theoriezirkel, als vielmehr um den Versuch einen Raum - eventuell über den Kongress hinaus - zu schaffen, in dem die Diskussion der jeweiligen politischen Erfahrungen über einige kurze Momente auf entsprechenden Veranstaltungen hinaus geführt werden kann und aus einer Analyse der Chancen eines Anti-EXPO-Widerstands Praxen entwickelt werden, die sich als Beitrag zur Reorganisierung der Linken verstehen.

*"Soziale" Themen haben auf der EXPO, so scheint es, einen hohen Stellenwert. "Basic Human Needs", "Ernährung", "Gesundheit", "Zukunft der Arbeit", "Wissen" und schließlich "der Mensch" an sich sind Gegenstand des "Themenparks". Eine Kernbotschaft der EXPO-Präsentation lautet: "Du bist verantwortlich". Soll heißen: Sozialabbau ist gut, denn er weckt die Motivation,*



chen Ausgangspositionen tendenziell alle von Verelendung bedroht sind, kommt es spontan gerade nicht zur unverhofften Wiederkehr solidarischer Proletarität, sondern zu einer mörderischen „Ethnisierung des Sozialen".[3] Deren Militanz nimmt in dem Mass zu, in dem der interne Krieg für Tausende von Menschen zur einzig verbliebenen Möglichkeit der Überlebenssicherung wird.

Im Schnittpunkt dieses Paradoxes finden sich die MigrantInnen aller Länder: Auf dem Weg von ihren verwüsteten Dörfern und Städten in die prosperierenden Archipele des Weltsystems markieren sie die Richtung, in der sich dessen Krise ausbreitet. Deshalb beginnt internationale Solidarität in den Metropolen heute mit der Bereitschaft zur „bedingungslosen Gastfreundschaft" (Jacques Derrida). Deshalb können - soweit ist Roth zuzustimmen - soziale Kämpfe erst dann wirklich emanzipativ sein, wenn sie an jedem Ort als internationalistische Kämpfe geführt werden.

Die Koordinaten internationaler Solidarität müssen neu bestimmt werden. Diese Bestimmung muss in den beiden Momenten ihren Ausgang nehmen, die aus der Internationalisierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung resultieren: der Transformation der nationalen Staatlichkeit und der weltweiten Durchsetzung informeller Arbeitsverhältnisse. Internationale Solidarität ist heute nicht mehr vom Norden auf den Süden zu richten, damit sich dieser an jenen „angleichen" kann, und sie kann nicht mehr auf die vorgeblich emanzipativen Entwicklungspotentiale nationaler Staatlichkeit und sozial verrechtlichter Lohnarbeitsverhältnisse setzen - gleichviel, ob in privatkapitalistischer oder in staatssozialistischer Tendenz.

Dass aber heisst, positiv gewendet: Die Neubestimmung internationaler Solidarität kann nur dort gefunden werden, wo Millionen von Menschen in die Informalität de-regulierter sozialer Verhältnisse gezwungen werden. Dabei darf man allerdings nicht hoffen, auf ein einheitlichen Weltproletariat zu stossen, dass sich zum Subjekt der Geschichte aufschwingt.

## Zur moralischen Ökonomie[4] der informellen Arbeit (I)

Mit der Informalisierung der Arbeit wird die fordistische Lohnarbeit tendenziell durch eine Vielzahl anderer, z.T. bisher verdeckter, randständiger, historisch scheinbar überwundener oder aber gänzlich neuer Formen der Arbeit ersetzt. Diese reichen von verschiedenen Formen mit Erwerbslosigkeit wechselnder Saison-, Teilzeit- und Leiharbeit über Formen der Heimarbeit bzw. der häuslichen Produktion und der Subsistenzproduktion bis hin zu Zwangsarbeitsverhältnissen, ja sogar zu neuen Formen von Sklavenarbeit. Letzteres gilt nicht etwa nur für die peripheren Schattenökonomien, sondern auch für nicht wenige der polnischen oder portugiesischen Bauarbeiter oder der thailändischen oder russischen Prostituierten, die als Illegalisierte in Berlin leben und arbeiten müssen.

Im informellen Sektor können sich soziale Gruppen häufig nur dann reproduzieren, wenn ihre Angehörigen gleichzeitig in verschiedenen Arbeitsverhältnissen ausgebeutet werden bzw. sich selbst ausbeuten. Selbstausbeutung ist überhaupt ein zentrales Moment der informalisierten Arbeit, die deshalb auch als „selbstständige Arbeit" bezeichnet wird.[5]

Selbstständige Arbeit gibt es überall dort, wo Individuen oder Gruppen formell als Selbstständige auftreten, faktisch aber nicht anders als LohnarbeiterInnen von der Verwertung ihrer Arbeitskraft durch das Kapital abhängig sind. So sind die genannten polnischen oder portugiesischen Bauarbeiter formell freie Unternehmer, faktisch aber Sklaven ihrer Kontraktoren. Dasselbe gilt für die zahllosen selbstständigen Produzentinnen und Kleinstunternehmerlnnen überall auf der Welt, die von einem einzigen Auftraggeber abhängen, ohne dessen Nachfrage sie sofort erwerbslos wären. Gleichwohl sind viele selbstständige Arbeiter formell BesitzerInnen der Produktionsmittel, die ihnen ihre Form der „kleinen Warenproduktion" oder der Dienstleistungstätigkeit ermöglichen. Der Tendenz nach sind allerdings auch die LohnarbeiterInnen selbstständig, die innerhalb der vollständig flexibilisierten Fabrik ohne Anleitung eines Vorarbeiters im „selbstbestimmten" Team und nach „selbstbestimmten" Plänen operieren.

Der wachsenden ökonomischen und sozialen Bedeutung der selbstständigen Arbeit entspricht ihre ideologische Bedeutung. Selbstständige ArbeiterInnen sind die idealen Adressaten der neoliberalen Ideologie, unter deren Vorherrschaft die postfordistischen Verhältnisse politisch durchgesetzt werden. Denn schliesslich wird die De-Regulierung überall durch einen „Befreiungsdiskurs" begründet, der die Subjekte aus staatlicher oder gesellschaftlicher „Bevormundung" zu Eigenverantwortung, schöpferischem Handeln und permanentem Wagemut in ungeschützter Freiheit aufruft.

Der ideologischen Anrufung des auf eigene Faust und Rechnung wirtschaftenden Subjekts - „empowerment" nennt sich dies im entwicklungspolitischen Diskurs - entspricht die Entwertung der für die moralische Ökonomie sowohl des Industrieproletariats wie der Subsistenzproduktion wesentlichen Kategorie der Solidarität. Dem folgt die politische Praxis: Konnten die Industrieproletariate eine weitreichende soziale Autonomie ausbilden, die sich in den Klassenkompromissen der fordistischen Ära sogar institutionell niederschlug, so kann davon in der Informalität nur insoweit gesprochen werden, als sich jenseits einer staatlich garantierten Rechtssphäre oftmals bandenförmige, in nicht wenigen Fällen auf unmittelbarer Gewaltausübung aufruhende korporative Strukturen herausbilden mussten. Der politisch prekäre Status dieses z.T. offen mafiotischen Korporatismus zeigt sich in seiner lokalistischen Borniertheit: Was man erkämpft oder erreicht, gilt nur für die eigene Gruppe und wird rigoros gegen die verteidigt, die

**sich selbst zu helfen. Wo der Staat in Zukunft fehlt, da haben wir schließlich den Markt. Wer sich Gesundheit, Bildung, gutes Essen nicht kaufen kann, hat irgendwas falsch gemacht.**
**Von sozialen Menschenrechten ist in den EXPO-Konzepten keine Rede. Doch Armut, Krankheit, Bildungsnotstand sind weder individuelle Versäumnisse noch Naturkatastrophen. Die "soziale Frage" neu zu stellen, heißt, das zu benennen, was die EXPO verschweigt: die gesellschaftlichen Ursachen von sozialer Ausgrenzung und Verelendung. Eine Gesellschaft, die Beziehungen ausschließlich über den Markt und über Repressi-**



nach der Logik der „Selbstständigkeit" nur Konkurrenten sein können.
Hier liegt der Grund für die Bündnisse, die gerade der neoliberal radikalisierte Individualismus mit ethnizistischen, rassistischen oder sexistischen Ideologien eingeht.[6]

## Zur moralischen Ökonomie der informellen Arbeit (II)

Die Vorherrschaft neoliberaler Ideologie kann nicht allein durch deren Funktionalität in der postfordistischen Produktionsweise erklärt werden. Umgekehrt muss diese auch aus den sozialen Kämpfen der fordistischen Epoche erklärt werden, aus ihrem Scheitern und - aus ihrem partiellen Erfolg.
So resultiert die neoliberal gewendete Staatskritik auch aus den Revolten gegen den sozialistischen Entwicklungsstaat des Ostens und Südens wie gegen den oft nicht minder autoritären Sozial- und Wohlfahrtsstaat des Nordens.
Zugleich sind nicht wenige selbstständige ArbeiterInnen bewusst aus der fordistischen Lohnarbeit geflüchtet. Die dabei ausgebildeten „alternativen" Bedürfnisse nach einem „Leben jenseits der Fabrikgesellschaft" sind ein wesentliches Motiv der selbstständigen ArbeiterInnen: Individuelle Autonomie gegen die Uniformität des verregelten Arbeitstages, freie Verfügung über die eigene Lebenszeit jenseits der Spaltung von Arbeits- und Freizeit, von Wohnort und Arbeitsplatz. Hinzu tritt die Kritik des Industrialismus, die in einzelnen Befreiungsbewegungen des Südens, in (sub-)kulturellen wie in ökologischen Revolten und nicht zuletzt in der Frauenbewegung artikuliert worden ist: Schliesslich war und ist fordistische Lohnarbeit Männerarbeit, zu der die patriarchale Ausbeutung der den Frauen zugewiesenen häuslichen Reproduktionsarbeit strukturell hinzugehört. Verstärkt wird all' dies – nur auf den ersten Blick paradox - durch die weit verbreitete Bereitschaft, den Gebrauchswert der elektronischen Technologien zu erproben, ohne die die postfordistischen Umbrüche kaum zu realisieren wären. Vermittels der neoliberalen Ideologie werden diese Bedürfnisse der kapitalistischen Herrschaft ein- und untergeordnet.
Dass diese Unterordnung instabil ist, zeigen die Debatten zur „immateriellen Arbeit". Auch der Ausdruck 'lavoro immateriale' stammt aus der italienischen Linken; leider ist er weniger plastisch als der der 'lavoro autonomo' und deshalb missverständlicher.
Als immaterielle Arbeit werden zunächst die Tätigkeiten betrachtet, die vermittels der neuen elektronischen Produktivkkräfte verrichtet werden und insofern weniger eine Bearbeitung von (materiellen) „Dingen" als von (immateriellen) „Zeichen" darstellen – die „postindustriellen" Arbeiten eben, die den Kern der heraufziehenden „Informations- und Dienstleistungsgesellschaft" darstellen. Daran ist richtig, dass ohne die auf die elektronischen Produktivkräfte gestützte „Dritte Industrielle Revolution" von immaterieller Arbeit kaum gesprochen werden könnte. Gemeint sind trotzdem nicht die am PC verrichteten Tätigkeiten, sondern der Umstand, dass in der gesellschaftlichen Praxis der selbstständigen ArbeiterInnen die für den Fordismus bestimmende Unterscheidung zwischen geistigen und körperlichen und dementsprechend zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten zunehmend verschwindet. Dazu gehört, dass selbstständige bzw. immaterielle Arbeit im Grunde nicht in der Werkshalle oder im Büro, sondern in der sozialen Raum-Zeit der alltäglichen Lebenswelt selbst ausgeübt wird: „Tätigkeiten dieser Art (...) sind das Ergebnis eines synthetisierenden Know-How: Dieses kombiniert intellektuelle Fähigkeiten, die sich als kultureller und informationeller Gehalt niederschlagen, mit handwerklichem Geschick, das Kreativität, Imagination, technische Kenntnisse und manuelle Fertigkeiten zusammenfügt; schliesslich schliesst es die Fähigkeit ein, unternehmerische Entscheidungen zu treffen, innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse zu intervenieren und eine soziale Kooperation zu organisieren, deren Teil jene Tätigkeiten selbst sind. Diese immaterielle Arbeit konstituiert sich unmittelbar kollektiv, ja man könnte sogar davon sprechen, dass sie nicht anders als in der Form von Netzwerken oder Strömen existiert.
Die Struktur des Produktionszyklus, den die immaterielle Arbeit definiert, wird allerdings erst erkennbar, sobald man ein paar Vorurteile losgeworden ist, die Produktion und Fabrik in eins setzen; es handelt sich tatsächlich um einen Produktionszyklus, auch wenn er durchaus nicht von Fabrikmauern begrenzt ist. Er hat seinen Ort unmittelbar in der Gesellschaft, und er hat eine territoriale Dimension: Wir nennen diese Form das ‚Bassin der immateriellen Arbeit'. Hier finden sich kleine und kleinste produktive Einheiten, häufig nur eine Person, die sich zu ad-hoc-Projekten organisieren und gegebenenfalls nur für die Dauer eines bestimmten Vorhabens existieren. Der Produktionszyklus selbst ist dabei abhängig von der kapitalistischen Initiative; sobald der ‚Job' erledigt ist, löst sich der Zusammenhang auf in jene Netzwerke und Ströme, die den produktiven Vermögen die Reproduktion und soziale Ausdehnung ermöglichen. Perkäre Beschäftigung, Hyperausbeutung, hohe Mobilität und hierarchische Abhängigkeiten kennzeichnen diese metropolitane immaterielle Arbeit. (...) Bemerkenswert ist noch, dass es unter den skizzierten Bedingungen zunehmend schwierig wird, freie Zeit von Arbeitszeit zu unterscheiden – in gewissen Sinn fällt das Leben mit der Arbeit in eins." Und, entscheidend zuletzt: „Die Unterordnung dieser Art Kooperation und die Subsumtion des 'Gebrauchswerts' dieser Fähigkeiten unter die Logik kapitalistischer Verwertung berührt nicht die Autonomie der Konstitution und Bedeutung immaterieller Arbeit."[7]
Um den grösstmöglichen Abstand zu den High-Tech-Arbeitsplätzen etwa der audiovisuellen Industrien zu gewinnen, die natürlich exemplarische Formen immaterieller Arbeit

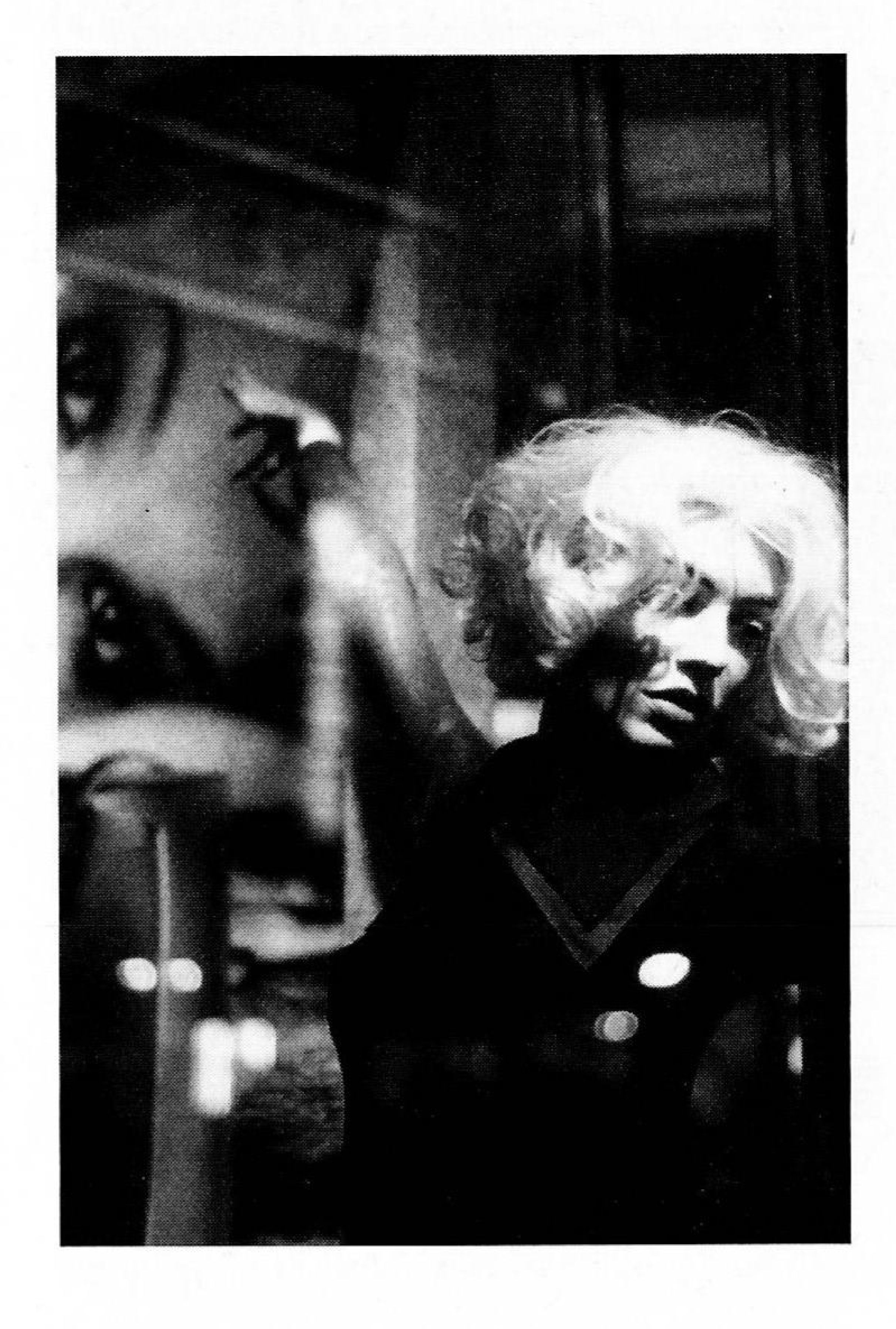


**on regelt, wird die sozialen Widersprüche niemals überwinden, sondern weiter verschärfen.**
**Anhand von drei Beispielfeldern – Gesundheit, Bildung und Arbeit – soll gezeigt werden, wie sich der Neoliberalismus im Sozialen auswirkt. Wir werden aber auch unterschiedliche Ansätze von Selbstorganisationen im Süden und im Norden diskutieren, in denen Menschen versuchen, sich der Logik des Marktes zu entziehen und Autonomie über ihr Leben zurückzugewinnen. Wie kann sich ein Internationalismus, der für gleiche**

darstellen, sei auf die Formen der Arbeit verwiesen, die in den selbstorganisierten sozialen Netzen der peripheren Schattenökonomien verrichtet werden. So gilt beispielsweise auch und gerade in den Strassenhändlerökonomien afrikanischer oder lateinamerikanischer Grosstädte, dass „dieser Form Arbeit (...) zugleich unternehmerische Kompetenzen zufallen: zum einen eine Art Fähigkeit, in soziale Beziehungen organisierend einzugreifen, zum anderen Möglichkeiten, innerhalb des Bassins der immateriellen Arbeit gesellschaftliche Kooperationen zu initiieren und auszuweiten. Die Qualität dieses Typs von Arbeitskraft liegt folglich nicht allein in ihren professionellen Fähigkeiten, (...) sondern zugleich in der Kompetenz, im ‚Management' und in der Koordination der immateriellen Arbeit anderer zu agieren."[8]
Selbstverständlich dürfen die beträchtlichen Unterschiede nicht verwischt werden, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse in den dezentral wuchernden Produktionsnetzwerken Norditaliens von denen in den zunehmend geldfrei regulierten Produktionskombinaten der ehemaligen Sowjetunion und den postindustriellen „Jäger- und Sammlerökonomien" (Ari Sitas) südafrikanischer townships trennen. Trotzdem finden sich die Strukturmerkmale sowohl der ‚lavoro autonomo' wie der ‚lavoro immateriale' an allen genannten Orten – und keinesfalls zufällig sind gerade die communities von MigrantInnen überall auf der Welt ganz entscheidend auf die Potentiale immaterieller Arbeit gegründet.
Was in den diffusen Praxen der Informalität sichtbar wird, ist eine ungeschützte, oftmals ärmliche, doch immer auch autonome Form der Sozialität, die analog der Marxschen Bestimmung von der „Arbeit sans phrase" als „Sozialität sans phrase" beschrieben werden könnte: eine Sozialität, die sich jenseits aller Kollektivmythen (der Rechten wie der Linken, der ‚Nation' wie der ‚Klasse') nur noch auf „die wirkliche Bedingung einer wirklichen Vielfalt wirklicher Beziehungen" gründet: „Gemein – zum einen banal, trivial: wir stehen gemeinsam vor unserer Banalität, wir unterliegen ausnahmslos derselben Bedingtheit des Lebens, die man wohl oft vorschnell als ‚conditio humana' bezeichnet hat – und zum anderen gemeinschaftlich, ‚communis', das meint: nicht eine einzige Substanz, sondern im Gegenteil das Fehlen einer Substanz, in dem sich dem Wesen nach das Fehlen einer Wesenheit mitteilt. (...) Um nichts anderes kann es gehen in einer Welt, die aus dem Gleichgewicht geraten ist, in der die Kluft zwischen arm und reich sich immer mehr auftut und die Ungleichheit sich verschärft, in der die Vorstellungen von Gemeinschaft zunehmend schwächer werden, in einer Welt, deren Sinnlosigkeit selbst es erfordert, diese Abwesenheit von Sinn miteinander zu teilen."[9]

## Zur moralischen Ökonomie der informellen Arbeit (III)

Trotz der Autonomiepotentiale immaterieller Arbeit bleibt bestehen, dass sie zunächst aus der Not geboren werden, die Verwertung der eigenen Arbeitskraft durch das Kapital selbst organisieren zu müssen. Tatsächlich funktionierte die auf Lohnarbeit gegründete kapitalistische Produktionsweise immer schon nur in Koexistenz mit nicht-kapitalistischen Produktionsweisen – vornehmlich denen der traditionellen SubsistenzproduzentInnen und der in die Reproduktion eingeschlossenen Frauen.
Zugleich finden sich Informalität und Prekarität in sozialen Lagen, die sich von Angehörigen der gehobenen Mittelklasse europäischer Metropolen bis in die townships, favelas und gecekondus der Peripherie herabdifferenzieren. Dementsprechend finden sich die Spaltungen und Ausgrenzungsmechanismen der weiteren gesellschaftlichen Verhältnisse auch in den Netzwerken und Korporationen der Informalität. In nicht wenigen Fällen aber sind es gerade diese Spaltungen und Ausgrenzungen, die zum Anlass einer Politisierung solcher Projekte werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass aus den real life economics der informellen Arbeit Keimformen neuer sozialer Bewegungen werden können. Bewegungen, die im Unterschied zu den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen der Industrieproletariate ihren „Sitz" in allen Sphären der Lebenswelt haben. Sie können insofern zum Medium werden, in dem sich die individuellen und lokalen Überlebensstrategien vereinzelter sozialer Gruppen zu Strategien der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auswachsen.
Erste Ausdrücke einer solchen Politisierung des Sozialen sind die Bauernbewegungen des indischen Subkontinents, die Bewegung der Landlosen in Brasilien und die grassroots-Organisationen südafrikanischer townships. Im Bündnis mit sich radikalisierenden Gewerkschaften der Industrieproletariate praktizieren diese und andere Bewegungen jenen neuartigen Typ eines lokal organisierten und zugleich global vernetzten sozialen Widerstands praktizieren, der als „social movement unionism" bezeichnet wird: „In der heutigen sozialen Welt verabschieden sich politische Parteien von umfassenden sozialen Programmen, während Gewerkschaften in die Rolle von politischen Akteuren geraten. Vielerorts gibt es andere, zwischen solchen Kategorien angesiedelte oder sie überlappende Organisationen der Arbeiterklasse – die Arbeiterzentren in den USA, Erwerbslosenorganisationen in Europa, Volksbewegungen in lateinamerikanischen Städten, die ‚Civics' in Südafrika und soziale Bewegungen von Frauen und anderen unterdrückten Gruppen fast überall. Ob in Decatur im US-Bundesstaat Illinois oder in Seoul in Südkorea: Wirkliche Arbeiterinnen und Arbeiter sind gezwungen, ausgehend von einfachen Verteidigungskämpfen über Arbeitsbedingungen, Arbeitsplätze, Einkommen oder soziale Fragen in politische Konfrontationen unterschiedlichsten Ausmasses einzutreten.
Tatsächlich lehnt das Konzept einer neuen sozialen Gewerkschaftsbewegung die simple



***Rechte und eine würdige Existenz aller Menschen kämpft, solidarisch auf diese Selbstorganisationen beziehen?***
***Koordination: BUKO-Geschäftsstelle***

Aufteilung des Lebens der Arbeitenden in ‚Ökonomie' und ‚Politik' ab."[10] Tatsächlich stimmen in Brasilien z.B. so unterschiedliche Organisierungen wie die Landlosenbewegung Movimento Sem Terra (MST), der Gewerkschaftsbund Central Unica de los Trabalhadores (CUT) und die Koordination der städtischen Basis- und Volksorganisationen Central de Movimento Populares (CMP) ihre Aktionen untereinander ab, ohne sich einer „Zentralperspektive" unterzuordnen. Im Zug einer solchen Politisierung des Sozialen selbst geht das lebensweltliche „Bassin der immateriellen Arbeit" nicht nur in die sich transformierenden Organisationen der Industrieproletariate, sondern auch in den - in sich heterogenen - „Dritten Sektor" der Non-Governmental- bzw. Non-Profit-Organisations (NGOs/NPOs) über. Der äussersten Möglichkeit nach zeichnet sich in den „Fluchtlinien" dieser informellen syndikalistischen Internationale eine Subversion der globalen kapitalistischen Herrschaft ab, die diese „from the bottom up" in Frage stellt: nämlich gleichzeitig von jedem Ort der Welt aus.

Wird diese plurale Subversion zur „wirklichen Bedingung einer wirklichen Vielfalt wirklicher Beziehungen", verleiht sie dem Satz Louis Althussers' praktische Wahrheit, in dem es heisst: „Die Veränderung der Welt hat kein Subjekt."[11]

Anmerkungen:

Diesen Prozess fasst Joachim Hirsch als Übergang von der "fordistischen" zur "postfordistischen" Regulation im sog. "nationalen Wettbewerbsstaat", vgl. zuletzt J. Hirsch, *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin, 1995, sowie *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin, 1998.

2: Karl Heinz Roth, *Die Wiederkehr der Proletarität. Die neuen Klassenverhältnisse und die Perspektiven der Linken.* Nachdruck der 1994 erschienen Dokumentation, S. 33.

3: Vgl. hierzu Ben Diettrich, *Klassenfragmentierung im Postfordismus. GeschlechtArbeitRassismusMarginalisierung*, Münster 1999. Auch wenn das Buch die Qualen einer sozialwissenschaftlichen Dissertation nicht verleugnen kann, hat es sich der Rezensent in der *alaska* 227 definitiv zu leicht gemacht, als er seine Lektüre "nach wenigen Dutzend Seiten" eingestellt hat. Nicht alles erschliesst sich im Vorbeigang eines kurzatmigen Theoriejournalismus.

4: Für den britischen Marxisten Edward Thompson sind soziale Kämpfe nicht einfach als unmittelbarer Reflex materieller Unterdrückung oder Ausbeutung, sondern immer auch aus dem ideologischen Pakt zu verstehen, der die gesellschaftlichen Verhältnisse normativ regelt. Die Verletzung der 'moral economy' einer Gesellschaft wird dann zum Motiv von Revolten, in denen sich die vereinzelten Unterdrückten allererst zur "revolutionären Klasse" zusammenfinden. Vgl. Edward P. Thompson, *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Frankfurt 1990.

5: So zuerst in vielen Untersuchungen des italienischen autonomen Marxismus, in denen der Begriff der 'lavoro autonomo' geprägt wurde. Vgl. Thomas Atzert (Hrsg.), *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion.* Berlin, 1998. Vgl. aber auch die genannten Untersuchungen von Roth und Diettrich.

6: Vgl. Jörg Djüren, *Individualrassismus.* In: *Graswurzelrevolution* 207/1996.

7: Maurizio Lazzarato in *Umherschweifende Produzenten*, S. 46f. bzw. 61.

8: ebd., S. 47.

9: Jean Luc Nancy, *Das gemeinsame Erscheinen. Von der Existenz des 'Kommunismus' zur Gemeinschaftlichkeit der 'Existenz'*, S. 189 bzw. S. 170f. In: Joseph Vogl (Hrsg.), *Gemeinschaften. Positionen einer Philosophie des Politischen*, Frankfurt 1994.

10: Kim Moody, *Das neue Proletariat. Gewerkschaften im globalisierten Kapitalismus*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 2/99, S. 43. Der Text ist die deutsche Übersetzung des Schlusskapitels von *Workers in a Lean World. Unions in the International Economy*, London/New York 1997.

11: Vgl. *Neue Rundschau* 3/95, S. 9.

*Thomas Seibert ist Mitarbeiter von medico international.*

# TERMINE

12.-14.11.1999
**4. Bundesweites Anti-EXPO-Treffen im AJZ Bielefeld**
Genaueres über das Treffen ist dem Anti-EXPO-Rundbriefzu entnehmen.
**Infos:** Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen, 02361-17483

26.-28.11.1999
**Bundesweites Vorbereitungstreffen der Innen!Stadt!Aktion! 2000 in Hannover**
Im Jahr 2000 wollen die Innen!Stadt! Aktions!Tage der schönen neuen EXPO-Welt etwas entgegensetzen. Ziel soll es sein, bundesweite Aktionstage auf die Beine zu stellen, nach dem Motto: "EXPO 2000 - nicht ohne uns - Verdammte aller Metropolen, vereinigt Euch!"
**Anmeldung:** Innenstadtgruppe Hannover, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Tel.: 0511-7625061, Fax: 0511-717441

Februar/März 2000
**EXPO 2000 zwischen Neuer Weltordnung und Popkultur**
Das Seminar soll neben einer Analyse der EXPO aus internationalistischer Perspektive eine Debatte über strategische Perspektiven des Anti-EXPO-Widerstands beinhalten. Themen werden unter anderem die Geschichte der linken und internationalistischen Bewegung seit 1988, die politische Relevanz derEXPO 2000 sowie die Diskussion linker Organisierungsansätze sein.
**Anmeldung und Infos:** Redaktion alaska, Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

# Forum 3

## Diskussionsbeitrag

# Herrschafts zeiten! So viele Fragen...

**by H. Bauer**

*Bei irgendeinem BUKO-Vorbereitungstreffen in Berlin hatte ich wohl – aufgrund eines ausgewachsenen Sonnenstichs herrlich delirierend – zugesagt, den Diskussionsbeitrag „unseres" Forums für die alaska zu schreiben. Als ich Monate später schonend darauf hingewiesen wurde („du hast ja noch drei Tage Zeit"), konnte ich mich leider an nichts mehr erinnern. Weder daran, daß ich zugesagt hätte, diesen Beitrag zu schreiben, noch an das, was er damals aus meiner Sicht enhalten sollte. Nun stecke ich aufgrund meines internalisierten calvinistischen Arbeitsethos (einer der schlimmsten Geißeln der Menschheit) in der doofen Situation, einen Text schreiben zu „müssen", obwohl ich gerade eigentlich nicht das dringende Bedürfnis verspüre, mich diesbezüglich zu äußern. Dem Text ist das deutlich anzumerken. Er enthält eigentlich nur Fragen, und je länger ich daran geschrieben habe, desto unklarer wurden mir viele Dinge, von denen ich meinte, sie wären mir klar. Eigentlich überflüssig darauf hinzuweisen, daß das folgende lediglich die subjektive Verzweiflungstat eines einzelnen ist.*

### Zum Verzweifeln

Ist es nicht zum Verzweifeln? Schröder, Fischer & Kabinett führen Krieg, modernisieren frisch, flott, fröhlich, neoliberal „die Berliner Republik", und was passiert? Die grün-dynamische Bündnisjugend beschimpft sie als dogmatische Alt-68er, befangen in den längst überholten ideologischen Gegensätzen zwischen „links" und „rechts", und erklärt geradezu stolz, daß für sie eine wie auch immer geartete „Systemfrage" schlichtweg nicht stelle.
Ist das jetzt die „neue Unübersichtlichkeit?" Oder nur ein Beispiel unter vielen, das verdeutlicht, wie eng der „gesellschaftliche Zwangskonsens" inzwischen geworden ist? Wer die erlaubten, anerkannten Bahnen des Denkens nicht verlassen und politisch ernst genommen werden will, hat offensichtlich keine andere Wahl, als sich irgendwo zwischen den Herren Kienzle & Hauser und ihren „frontal" entgegengesetzten Positionen zu verorten. Wäre das Leben ein Fußballfeld, dann wären die beiden der linke und der rechte Torpfosten und wer links am Tor vorbeidiskutiert, schießt sich selbst ins gesellschaftliche Aus. Zugegebenermaßen ein blödes Bild – denn Fußballtore wandern gemeinhin nicht ständig in Richtung rechte Seitenlinie und werden dabei nicht auch noch immer kleiner ... Aber vielleicht doch noch ganz gut geeignet, um die Schwierigkeiten „der Linken" mit der veränderten gesellschaftlichen Situation mal ganz simpel zu beschreiben: Viele haben den Platz einfach verlassen, sitzen am Spielfeldrand und murren noch ein wenig rum. Andere haben sich auf die neue Situation eingestellt, schießen jetzt brav aufs Tor, was zwar mit emanzipatorischer Politik nicht mehr viel zu tun hat, aber immerhin das gute Gefühl vermittelt, noch mitzuspielen (und ab und an auch die eine oder andere Prämie kassieren zu können). Und dann gibt's da noch die wirklich „Aufrechten" (zu denen ich auch mich am ehesten zählen würde), die wacker immer noch dahin schießen, wo das Tor vielleicht einmal stand, laut „Tor" rufen, um sich dann jedesmal aufs neue zu wundern, wenn das Publikum ihr eifriges Bemühen nicht so recht zur Kenntnis nehmen will. Das mag zwar furchtbar radikal wirken, ist aber irgendwie bloß Selbstzweck.
Wir kommen also nicht umhin, uns mit neuen Strategien emanzipatorischer Politik auseinanderzusetzen. Das hat nichts damit zu tun, sich von den „alten" politischen Zielen zu verabschieden, wie uns gerade diejenigen der runderneuerten „ModernisiererInnen" einreden wollen, die selbst aus den sozialen Bewegungen stammen und heute zum Teil in der Regierung sitzen. Es geht nicht darum, die „Systemfrage" aufzugeben, sondern neu zu stellen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, sich mit den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, mit den „modernisierten" Formen der Legitimation von Herrschaft auseinanderzusetzen. Dies muß auch beinhalten, Unzulänglichkeiten in den bisherigen Analysen von „Herrschaft" und den Strategien emanzipatorischer Politik einzugestehen, um die eigene politische Praxis weiterzuentwickeln.
Ich werde im folgenden nicht versuchen, eine tiefgreifende Analyse der modernisierten Herrschaftsverhältnisse zu Papier zu bringen, sondern höchstens ein paar Aspekte anreißen, die mir wichtig erscheinen – insbesondere die, bei denen ich selbst noch Diskussionsbedarf habe.
Was macht also die „Modernisierung" von Herrschaft aus? Zentral erscheint mir dabei, daß eine Intensivierung des herrschaftsförmigen Zugriffs stattfindet, gleichzeitig aber die Kritik an „Herrschaft" (und damit auch die Idee der Befreiung) im Schwinden begriffen ist. Daß sich der gewaltförmige Zugriff auf Mensch und Natur verschärft, ist eigentlich offensichtlich, deshalb hier nur einige unvollständige Beispiele:

- Durch Bio-, Gen- und Reproduktionstechnologien werden menschlicher Körper und

***Wir leben in Herrschaftszeiten. Neue Begrifflichkeiten verknüpft mit folgenlosen öffentlichen Debatten bilden die Legitimationsgrundlage für ein Modernisierungsprogramm, das von der Verschärfung der Inneren Sicherheit und sozialen Marginalisierung bis hin zu weltweiten militärischen Interventionen und der Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftskonzepte reicht. Während wir glauben sollen, daß alles viel viel moderater, friedliebender, ziviler, rundrum humaner eben, geworden sei, hat sich der gewaltförmige Zugriff auf Mensch und Natur kontinuierlich verschärft. Trotz dieser Entwicklungen gelingt es, große Teile der sozialen Bewegungen einzubinden und die Linke zu isolieren. Es reicht nicht festzustellen, daß sich hinter der Fassade von Run-***





Natur ganz direkt zum Objekt gezielter technologischer Anwendung und Verwertung. Das neue daran ist, daß der herrschaftsförmige Zugriff ganz unmittelbar stattfinden kann. Der menschliche Körper wird zur Maschine, zum Rohstofflager, den es zu optimieren gilt. Was der Norm nicht entspricht wird ausselektiert und sanktioniert.

➲ Informations- und Kommunikationstechnologien haben ungeahnte Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten zur Folge, wobei dies nicht nur staatliche Überwachung bedeutet. Aus Menschen werden „Datensätze", die als Waren gehandelt werden und der optimalen ökonomischen Verwertung zugeführt werden. Natur wird noch stärker zum objektiv meßbaren Gegenstand, Naturzerstörung soll verhindert werden durch „intelligentes Ressourcenmanagement", das den totalen und globalen Zugriff ermöglicht.

➲ Kriege und militärische Interventionen sind spätestens seit dem Kosovo-Krieg wieder legitimes „Mittel der Politik" zur als „Friedenssicherung" daherkommenden Absicherung der „neuen Weltordnung".

➲ Die totale Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftskonzepte vernichtet die letzten Nischen subsistenzorientierter, weltmarktunabhängiger Lebensweisen und zwingt immer mehr Menschen in die Gewaltverhältnisse des kapitalistischen Systems, zur Übernahme der westlichen Normen und Demokratievorstellungen.

➲ Durch eine verschärfte Politik der „Inneren Sicherheit" werden nicht verwertbare Menschen sozial margnialisiert, aus der Gesellschaft ausgegrenzt, kriminalisiert, weggesperrt. Neben rassistischen Selektionskriterien spielen hier zunehmend auch Kriterien der Leistungsfähigkeit bzw. -bereitschaft eine Rolle. Der Anpassungsdruck an die gesellschaftichen Normen hat sich erhöht, wer sich den herrschenden Normen nicht unterwirft, fliegt raus. „Leistung muß sich wieder lohnen" und „Jeder ist seines Glückes Schmied".

## Reibungslos und ausgeklügelt

Wie kann es aber sein, daß die Verschärfung des herrschaftsförmigen Zugriffs auf Mensch und Natur so reibungslos vonstatten geht? Liegt das tatsächlich vor allem an ausgeklügelten neuen Strategien, mit denen Herrschaft heute legitimiert wird?
Nun, es ist unbestreitbar, daß sich „die Herrschenden" (zu diesem doch sehr problematischen Begriff weiter unten mehr) geläutert geben. Fehler der Vergangenheit werden scheinbar eingestanden, „globale Probleme" (der gängige Jargon für Hunger, Armut, Umweltzerstörung) nicht länger geleugnet, kein Konzern verfolgt länger Profitinteressen, sondern hat sein gesamtes Tun in den Dienst des „sustainable development" gestellt. „Wir haben verstanden" und „Ford. Die tun was." lauten die Parolen, mit denen nicht nur Autos, sondern auch der Glaube an die Problemlösungskompetenz des bestehenden Systems verkauft werden soll. KritikerInnen laufen ins Leere oder – besser noch – offene Türen ein. Dürfen Platz nehmen am Runden Tisch und ihre Vorschläge zur Optimierung des Großen und Ganzen vorbringen. Was im Rahmen der städtebaulichen „Sanierung" an Beteiligungs-, Integrations- und letztlich Befriedungsstrategien quasi im Labor erprobt wurde, findet nun vom lokalen Agenda 21-Prozeß bis hin zur UN-Konferenz seine umfassende Anwendung.
Soweit auch nichts neues. Die Frage ist doch die, warum diese Strategien funktionieren. Daß diejenigen, die sich „haben einkaufen lassen" nur auf Geld und Einfluß scharf sind, taugt meines Erachtens als Erklärung nicht. Viel wichtiger scheint mir zu sein, daß Alternativen zum bestehenden System einfach undenkbar geworden sind. Und wenn ich mich dann weiter frage, warum das so ist, dann fällt mir zuerst der „Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus" ein, so unangenehm mir diese Feststellung auch sein mag. Denn eigentlich war das nie das, was ich wollte. Aber offensichtlich hat die „Abrechnung" mit dem real existierenden Sozialismus, wie sie durch Medien, Politik, etc. hier betrieben wurde, „nachhaltige" Spuren hinterlassen. Mit dem Scheitern der sich als sozialistisch gebenden Variante des Kapitalismus wurde gleichzeitig der ganze Rest emanzipatorischer Ideen entsorgt.
Wobei sich dabei wieder die Frage stellt, warum das so problemlos möglich war. Kurzzeitig dachte ich damals, jetzt müßte doch eigentlich die Stunde der „undogmatischen" Linken und des libertären Gedankenguts schlagen. War wohl nix. Wenn ich mich recht erinnere, standen wir der damaligen Entwicklung ziemlich hilflos gegenüber. In dieser veränderten Situation politische Perspektiven zu formulieren, klappte schon damals überhaupt nicht. Alles was dabei raus kam, war ein ziemlich defensives und im analytischen Gehalt eher spärliches „Nie wieder Deutschland!". Die Krise der „radikalen Linken" hat also vielleicht nicht erst '89 begonnen und wurde auch nicht durch den Wegfall der „Systemkonkurrenz" verursacht. War sie also vorher schon da und wurde dadurch erst so richtig deutlich?
Was zur gesellschaftlichen Isolierung linker Bewegung beigetragen hat, ist meines Erachtens eine unzureichende Auseinandersetzung mit Herrschaft, die dazu geführt hat, daß sich viele Linke selbst gänzlich außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse stellten. Wir die Guten, weil wir ja für die weltweite Befreiung und gegen alles Böse auf dieser Welt kämpfen, da die Bösen, die „Herrschenden", die kapitalistischen Ausbeuter, patriarchalen und rassistischen Unterdrücker in Staat und Konzernzentralen. Und dann gibt's da noch „die Menschen" oder „die Bevölkerung", die je nach Thema entweder als Unwissende, als Opfer oder MittäterInnen gesehen werden.

***den Tischen, UN-Resolutionen und salbungsvollen Reden zur Bedeutung der EXPO für die Völkerfreundschaft immer noch Herrschaftsinteressen verstecken. Wir müssen uns den veränderten Strategien zur Durchsetzung dieser Herrschaftsinteressen stellen und die Schwächen und Fehler linker Politik reflektieren. Dies wollen wir anhand der zentralen Themen der EXPO diskutieren. Wir wollen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie innerhalb des EXPO-Widerstands eine teilbereichsübergreifende politische Arbeit organisiert werden kann, die den Herrschaftszelten linke Utopien entgegenstellt. Eine Perspektive, die über die EXPO hinausreichen soll, ihre Themenfelder gesamtgesellschaftlich verortet und mehr ist, als eine befristete Kampagnenpolitik.***

***Koordination:***
***Anti-EXPO-AG Hannover und Kai Kaschinski, Redaktion alaska***



Sind also bloß die Begriffe wie „revolutionären Avantgarde" und „die Massen" aus der Mode gekommen, nicht aber die damit verbundenen Vorstellungen? Die häufig ritualisierte „linke Praxis" legt diese Vermutung immerhin nahe. Um die eigene Emanzipation wird sich dabei nicht gekümmert (aufgrund der völlig irrigen Annahme, wir wären ja schon längst „emanzipiert" – zumindest dann, wenn wir gerade „Politik machen"?), die Botschaft – wobei fast egal ist, über welches Thema und welche Aktionsform sie vermittelt wird – lautet meist doch nur: „Begreift doch endlich, daß das System ein Schweinesystem ist und leistet endlich auch Widerstand – wie wir!" Die Erkenntnis, daß wir selbst Bestandteil dieser Herrschaftsverhältnisse sind und daß gerade auch linke Zusammenhänge durch Herrschaftsstrukturen geprägt sind, daß der behauptete „radikale Bruch" zwischen uns und den Verhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit ist, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um aus der dadurch entstandenen gesellschaftlichen Isolierung rauszukommen.

Und ist es nicht vor allem auch auf dieses Defizit zurückzuführen, daß linke Zusammenhänge und die Art und Weise, wie linke Politik „gemacht" wird, so unattraktiv sind? Da es fast immer um die Befreiung „der anderen" geht, spielt die eigene Lebenssituation für die politische Arbeit kaum eine Rolle. Das führt zu Formen politischen Handelns, die denen der „Berufspolitik" zum verwechseln ähnlich sehen. Die „politische Arbeit" trägt zur Veränderung des eigenen bürgerlichen Alltags mit ganz normalem Job überhaupt nichts bei. Politik findet stattdessen häufig in einem davon komplett abgespaltenen Bereich statt. Politik zu betreiben macht das Leben auf diese Weise aber nicht freier oder sogar spaßiger, vielmehr kommt zu Arbeit oder Ausbildung und „Privatleben" ein weiterer „Arbeitsbereich" dazu. Wie können also Wege aussehen, die die Abspaltung der verschiedenen Lebensbereiche miteinander verbinden, die tatsächlich auch Spaß machen? Denn warum sollte sich sonst jemand den „Mühen linker Politik" unterziehen, der oder die das heute noch nicht tut? Ich merke jedenfalls, daß ich auf dieses allein aus moralischem Verantwortungsgefühl für andere gespeiste „Wir müssen da aber einfach was tun" immer weniger Lust habe.

Muß es nicht einfach „unattraktiv" wirken, wenn wir wirklich „Aufrechten" anderen Menschen ihr „Mitmachen" im „patriarchalkapitalistischen System" vorwerfen, aber selbst genauso darin verstrickt sind? Wenn wir anderen das vorwerfen, was wir selber tun? Und vielleicht liegt's ja auch daran, daß wir dies nicht nur anderen vorwerfen, sondern ständig auch uns selbst? Sollten wir also nicht erst mal akzeptieren, daß ein „Ausstieg" aus den Herrschaftsverhältnissen nicht mal eben so zu machen ist – was selbstverständlich nicht bedeuten soll, sich mit den Verhältnissen abzufinden? Unsere Kritik an den Verhältnissen wird ja wohl nicht „unwahrer", wenn wir uns und anderen eingestehen, daß wir selbst in diese Verhältnisse eingebunden sind? Vielleicht wird sie dadurch ja sogar glaubwürdiger?

Trotz der vielen Fragen steht eines jedenfalls fest: Wir sind nicht besser als die anderen und schon gar nicht sind wir die revolutionäre Avantgarde ...

### Aber wie geht das?

Wie könnte eine auf dieser Grundlage veränderte politische Praxis aussehen? Da bin ich ziemlich ratlos. Aber offensichtlich nicht nur ich. Insofern halte ich es auch für absolut notwendig, sich für die Debatten um Perspektiven und Strategien linker Politik tatsächlich Zeit zu nehmen. Wobei das auch kein unproblematisches Unterfangen sein dürfte: Einerseits ist diese Auseinandersetzung dringend erforderlich, um eine neue Praxis zu entwickeln, sie kann aber natürlich auch dazu führen, daß die Linke nur noch um sich selbst kreist (wie dies ja heute schon größtenteils der Fall ist, oder irre ich mich in meiner Wahrnehmung, daß das meiste doch nur noch „von der Szene für die Szene" geschrieben wird?) und sich damit noch weiter „aus der Gesellschaft" verabschiedet. Sich nur noch um die Organisierung der „linken Debatte" zu kümmern, kann es nicht sein. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, daß irgendjemand sich vorstellt, daß wir eine künftige Praxis, die „Ausstrahlung" hat, attraktiv ist für andere, am grünen Tisch entwerfen können. Ich denke nicht, daß das ein unauflösbarer Widerspruch ist, aber beantwortet ist die Frage: Wie kriegen wir einen „Erneuerungsprozeß" hin, in dem theoretische Strategieentwicklung und neue Formen praktischen Handelns im Verhältnis zueinander stehen? aus meiner Sicht noch nicht.

Unbeantwortet ist für mich auch die Frage, was die Überwindung der „gesellschaftlichen Isolierung" der Linken konkret bedeutet. An wen richte ich mich also tatsächlich? Versuche ich in erster Linie diejenigen zu überzeugen, die mal irgendwie „links" waren, sich aber „NGOisiert" haben (anstatt sich, wie heute vielfach, einfach nur von ihnen zu „distanzieren")? Was ist mit den am stärksten von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffenen Menschen? Lassen sich da Anknüpfungspunkte finden, die nicht Gefahr laufen, „StellvertreterInnenpolitik" zu sein? Oder ist das dann doch wieder „Avantgarde-Konzept"? Oder muß, ausgehend von der Erkenntnis, daß es das „revolutionäre Subjekt" nicht gibt, nicht vielmehr versucht werden, in alle gesellschaftliche Bereiche zu wirken? Klingt erstmal gut – aber wie geht das?

„Noch Fragen, Hauser?" – „Ööööh ..."

*H. Bauer arbeitet in der Anti-EXPO-AG Hannover mit.*

# Forum 4

## Diskussionsbeitrag

### "Inklusion/ Exklusion": Peter Weibels Thesen zu Kunst im Kontext von Postkolonialismus und globaler Migration

**by Tina Jerman**

*In Anlehnung an Tina Jermans interessante Überlegungen zum „Remix" und „Remapping" der Kunst ließe sich schlußfolgern, daß auch im Bereich des internationalen Dialogs die Zeit westlicher, weißer Hegemonie zu Ende geht. Bei der Entkolonisierung der internationalen Kommunikantion spielen soziale, kulturelle und politische Bewegungen, freie JournalistInnen und unabhängige Medien eine wichtige Rolle. Die Entwicklung eines gleichberechtigten (globalen) Dialogs stellt dabei neue Anforderungen sowohl an die Kommunikation innerhalb eines Landes, z.B. zwischen Alteingesessenen- und Zuwanderer-Communities, als auch beim Kontaktaufbau und im Umgang mit PartnerInnen in anderen Ländern und Kontinenten.*

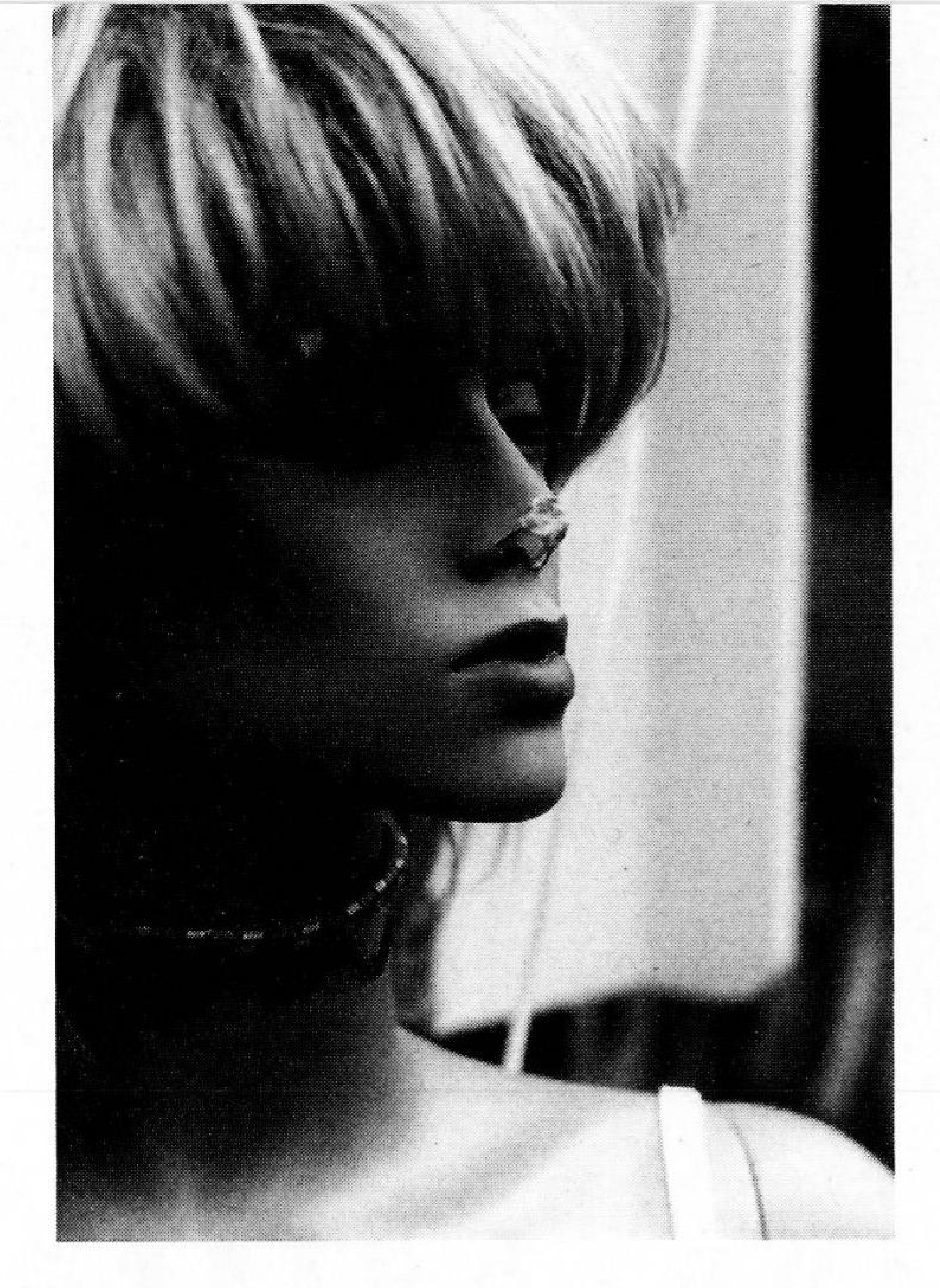
Die Thesen Peter Weibels zum Themenkomplex des Postkolonialismus, die er in verschiedenen Publikationen vorgestellt hat, tragen wesentlich zur Analyse der gegenwärtigen Kulturlandschaft bei. Mit historischen Details belegt er die Genesis der Hegemonie westlicher, industriekultureller Standards sowohl im öffentlich geförderten als auch im kommerziellen Kultursektor. Diese Vorherrschaft definiert das Referenzsystem kultureller Bewegungen. Dabei zeigt Weibel auf, daß zu den wesentlich prägenden Faktoren dieses Referenzsystems die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der westlichen industriellen Gesellschaften gehören.
Mit den Methoden des „Remix" und des „Remapping", zweier kritischer Ansätze, die besonders aus den Ländern des Südens eingefordert werden, stellt er Denkmodelle vor, die der eurozentrischen Standardisierung des Kulturbetriebes entgegengesetzt werden und zu einer „Umwertung der Werte" für eine egalitärere Strukturierung von identitätsstiftender, kultureller Repräsentanz beitragen können. Weibels theoretischer Exkurs nicht nur in der Kunst-Geschichte schafft eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Kultur als Ausgangs- und Ansatzpunkt von Entwicklung gesehen werden kann.

#### Postkolonialismus: mehr als Postmoderne mit Politik

Die Postmoderne hat sicherlich mitgeholfen, den postkolonialen Diskurs zu eröffnen. Die postmoderne Kritik an der Moderne bestand auf der Differenz und der Partikularität der Standpunkte. Dennoch ist Postkolonialismus mehr als nur eine „Postmoderne mit Politik". Denn die Postmoderne richtet sich z.B. in zwei wichtigen Punkten gegen die Intention des Postkolonialismus. Erstens ist die Postmoderne jene Philosophie der Differenz, die dem Anderen Raum gibt, aber dadurch dem Anderen verweigert, der Gleiche zu sein. Zweitens setzt die Postmoderne als internationaler Stil

## Technics

**Kongressort** ist das Kulturzentrum "Pavillon" in Hannover (Lister Meile 4). Die **Anreise** sollte am Donnerstag, dem 28. Oktober 1999, zwischen 13.00 und 16.00 Uhr erfolgen. Anschließend wird der Kongreß mit inhaltlichen Beiträgen eröffnet. Freitag und Samstag finden Diskussionen innerhalb der Foren und Arbeitsgruppen statt. Der Kongreß **endet** am Sonntag, den 31. Oktober 1999, gegen 14.00 Uhr. Das Programm des BUKO 22 ist zwar schon recht umfangreich, wir wollen aber trotzdem Möglichkeiten schaffen, daß Gruppen ihre Arbeit vorstellen, freie Diskussionen mit anderen führen und Aktionen durchführen können. Wenn Ihr **Ideen oder Pläne** habt, meldet Euch so schnell wie möglich in der BUKO-Geschäftsstelle. Auch Versuche von "Gegenmacht" brauchen Planung und kosten mitunter Geld. Ein Großteil der Teilnahmebeiträge wird "umverteilt", um ReferentInnen und TeilnehmerInnen aus weiter entfernten Orten eine kostengünstige Anreise zu ermöglichen. Der **Teilnahmebeitrag** beträgt DM 80,- für Personen aus BUKO-Mitgliedsgruppen und DM 110,- für alle anderen TeilnehmerInnen. Dafür bieten wir neben einem umfangreichen **Diskussions- und Kulturprogramm** eine **Unterkunft** in Privat- oder Sammelquartieren (Schlafsack mitbringen!), **vegetarische Verpflegung** und **anteilige Fahrkostenerstattung** (bis zur Höhe eines DB-Tickets 2. Klasse mit Bahncard abzügl. eines Eigenanteils von ca. 30,- bis 40,- DM). Für Leute aus Hannover beträgt der Eintritt 50,- DM (keine Fahrtkostenerstattung).
Weitere **Informationen und Anmeldung** bei der BUKO-Geschäftsstelle.



**Das Forum organisiert Informationen und Diskussionen zu einem zentralen Thema der Arbeit von BUKO-Organisationen. Wie läßt sich eine gleichberechtigte Kommunikation zwischen Organisationen und PartnerInnen entwickeln - zwischen AkteurInnen aus Zuwanderungs-Communities und Alteingesessenen bzw. aus Süd und Nord? Wie können die bestehenden Barrieren in interkulturellen und internationalen Kontakten positiv bearbeitet werden? Wie können Selbstorganisation, Kooperation und Vernetzung in eine produktive Wechselwirkung gebracht werden? Mit welchen AkteurInnen lassen sich in Zukunft neue Allianzen aufbauen? Diese Grundfragen werden in allen AGn diskutiert, wobei verschiedene Themen aus der Antirassismus-Arbeit, der Projektkooperation von KünstlerInnen, der mobilisierenden Mediennutzung und der internationalen Kampagnenarbeit im Zentrum stehen. Ausgangspunkt ist die Frage: Wie prä-**

die universale Hegemonie der Moderne fort. Postkolonialismus ist daher der Diskurs, der unsere Aufmerksamkeit kritisch auf die Effekte der kolonialen und postkolonialen Herrschaftsformen bzw. Gesellschaften lenkt. Postkolonialismus hat eine 500jährige Geschichte. Im Kolonialismus werden die eigenen Wertvorstellungen auf fremde Gebiete ausgedehnt, wird die eigene Partikularität als universal gültig behauptet und den Anderen gewaltsam aufgezwungen. Kolonialisierung bedeutet territoriale, ökonomische, politische und kulturelle Unterwerfung, Aneignung, Ausbeutung anderer Länder und Völker, um eigene Hegemonie und die Herrschaft des Eigenen weltweit durchzusetzen.
Wie alle sozialen Systeme der Ersten Welt (der westlichen, männlichen, weißen Gesellschaft) ist auch die Kunst in die Dialektik der Differenzierung eingebettet. Nur indem sich ein Stil unterscheidet, wird er zum Stil. Nur in der Differenz entsteht Identität. Dieses System der Differenzierung produziert und betreibt logischer weise Ausgrenzung, sagt uns die Theorie der sozialen Systeme von Niklas Luhmann.

### Goethes Begriff der „Weltliteratur“

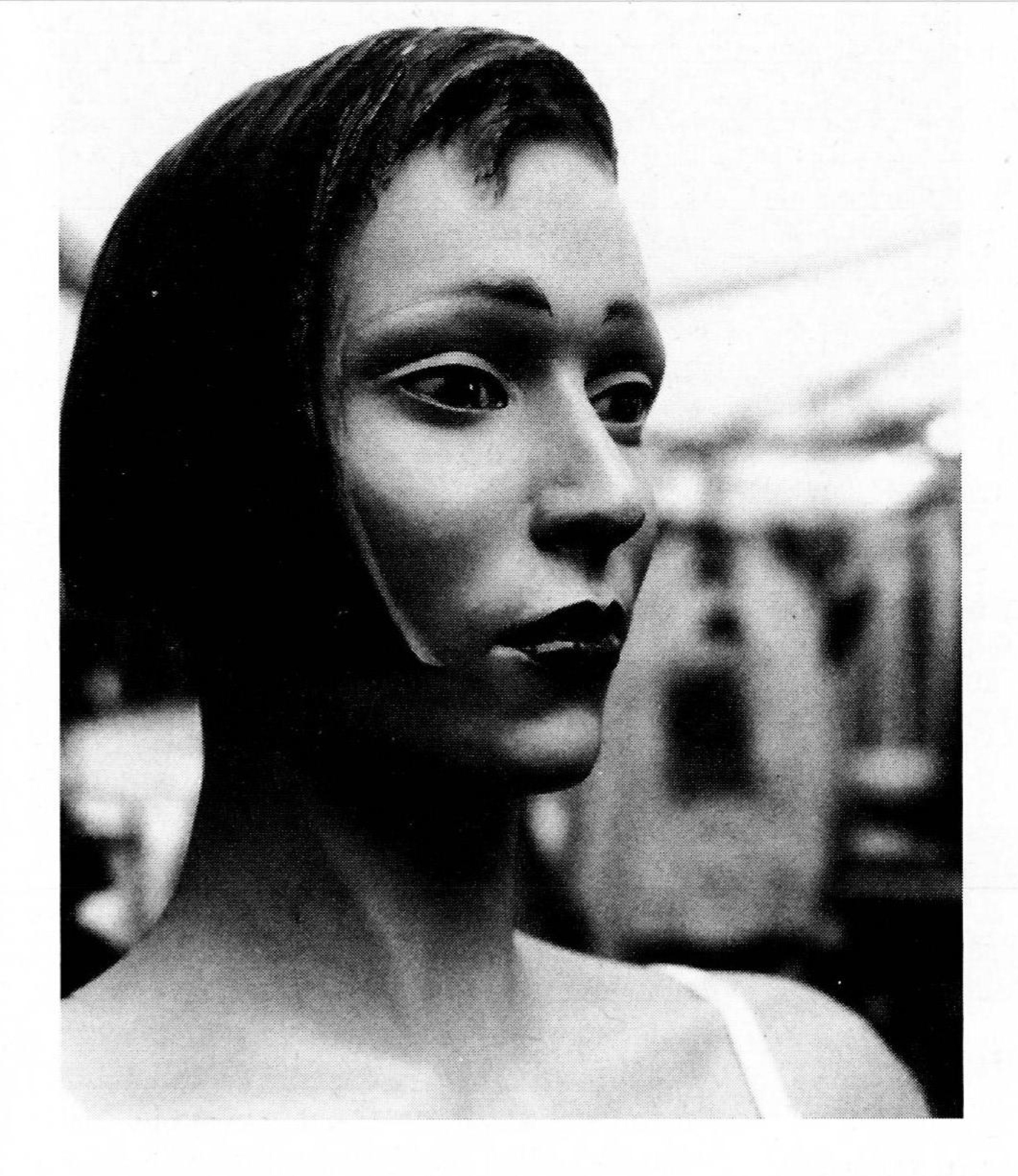
Johann Wolfgang Goethe prägte den Begriff der „Weltliteratur“ im Januar 1827 in einem Gespräch mit Eckermann, zu einer Zeit, „als die europäischen Nationalstaaten den Kolonialismus erstmals weltumspannend betrieben“. Die heute noch aktuelle Debatte um den Universalismus als Standardisierung im Bereich der Kunst gegen „Folklore“ und „Primitivismus“ hat also hier ihre Wurzeln. Nicht nur die personelle, sondern eher die zeitgeschichtliche Verortung des Begriffes der „Weltliteratur“ und die sie begleitende Institutionalisierung von „Weltkunst“ zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts ist hier von Interesse (vgl. Arnd Wesemann: Die kolonisierte Identität, in : Frankfurter Rundschau, 27.11.1997).

Aus der Genese drängt sich daher die Frage auf, ob das soziale System der Kunst im wesentlichen Sinne nicht selbst das bevorzugte Feld der Dialektik von Inklusion/Exklusion ist und daher als kolonialer Diskurs definiert werden kann. Das Kunstsystem entscheidet im europäisch-nordamerikanischen Referenzrahmen, welche Produkte und Praktiken erstens als Kunst bzw. als relevante Kunst inkludiert werden, und zweitens, welche außereuropäischen Produkte und Praktiken in das europäisch-nordamerikanischen Kunstsystem inkludiert werden. Die westliche Kultur zieht Grenzen zwischen ich und den anderen Völkern, Kulturen, Rassen, Religionen. In seinem Buch „Geographies of Exclusion. Society and Difference in the West“ (1) von 1995 analysiert David Sibley die Konstruktion jener sozioräumlichen Grenzen, entlang denen die Gesellschaft „andere“, nämlich Frauen, Farbige, Kinder, Alte, Homosexuelle etc. Ausschließt. Der soziale Raum wird purifiziert, um ihn allein zu beherrschen. Die Stimmen und das Wissen der Anderen werden marginalisiert oder ausgeschlossen. Daher seine These, daß die Kultur der westlichen Welt prinzipiell auf Exklusion beruht.

### Die Theorie des „weißen Würfels“

Der „weiße Würfel“, „The white cube“, wie Brian O'Doherty 1976 kritisch den Mythos von der Neutralität des Galerie- oder Museumsrahmens genannt hat, ist als scheinbar neutraler, kontextloser Raum Inbegriff der Behauptung der weißen Universalität. Der „Weiße Würfel“ steht als Synonym für eine nordamerikanisch-europäische Kunst, die alle sozialen, geschlechtlichen, religiösen, ethnischen Differenzen im Namen einer ästhetischen Autonomie und universalen Formensprache ausblendet und damit die sozialen, nationalen, ethnischen, religiösen, geschlechtlichen Bedingungen des Entstehens und Rezipierens von Kunst unterschlägt.

Der Galerieraum muß weiß und rein sein, damit in ihm jede Erfahrung außer der ästhetischen abgestriffen bzw. exkludiert wird und so virtuell jeder Gegenstand, wie banal auch immer, zum Kunstwerk werden konnte.
Dieser Entwicklungsprozeß hin zur Exklusion von Sinn- und Entstehungszusammenhängen lief parallel für das Theater in der Installierung der black box, des „Schwarzen Würfels“. Auch heute noch ist die schwarz abgehängte Guckkastenbühne die überwiegend bevorzugte Präsentationsform in deutschen Theaterhäusern, sie ist bestimmend auch für die Theaterarchitektur. Der künstlerische Text wird also in seiner ästhetischen Gültigkeit vom weißen neutralen Galerieraum, oder der schwarzen Theaterbox abhängig, so die These von O'Dohertys „Inside the white Cube“. Der ästhetische, neutrale Raum der weißen Zelle/der black box wurde im 20. Jahrhundert zum Zeichen für die Abkoppelung des Kognitiven und Sozialen vom Ästhetischen und für Exklusion. Durch die Enthistorisierung der Kunstwerke entstand nicht nur eine Erfahrungsarmut im Gegensatz zu vermeintlichem formalen Reichtum, sondern wurde vor allem der Kunst das Recht auf Teilhabe an der Konstruktion von Wirklichkeit verweigert.
Sind „weißer und schwarzer Würfel“ und dessen Ästhetik Synonyme für moderne Kunst, so kann man sagen, daß das Problem der modernen Kunst - in der kritischen Sicht der Moderne - die moderne Kunst selbst ist, denn „die Avantgarde behauptet, mit der Ästhetik allein sei es nicht getan; denn die Ästhetik sei Teil des Problems, nicht der Lösung. Das Problem der Kunst ist ihr zufolge die Kunst selbst“. (2/7)
Die Kritik der Moderne bedeutet also Kritik der Modernen Kunst, sofern sich diese auf den „weißen Würfel“ beschränkt. Die Kontextualisierungsleistung der kritischen Moderne besteht generell darin, di4 ausgeblendeten ökonomischen, ökologischen und sozialen Kontexte außerhalb des „weißen/schwarzen Würfels“ wieder in diesen einzubringen, also



*sentiert die "EXPO 2000" das jeweilige Thema? Dazu gibt es Kurzinfos der Afrika-Initiative mit Hinweisen auf die weitere kritische Bewertung des Konzepts "EXPO 2000".*
*Ein Forum über Stil und Strukturen von Kommunikation und Kooperation ohne die Möglichkeit, die Diskussionen mitzubestimmen, wäre eine seltsame Veranstaltung. Kontroversen und produktive Ideen sind daher für die Planungen sehr erwünscht. Ergänzende Vorschläge und Anregungen zu den AGn bitte im voraus direkt nach Hannover schicken! Alle interesierten BesucherInnen werden gebeten, Fragen und/oder eigene Beiträge zu den AG-Themen vorzubereiten und nach Hannover mitzubringen.*
*Koordination:*
*Afrika-Initiative Hannover*

eine „Rückkehr des Realen" in die Kunst zu ermöglichen.

### „Remix" und „Remapping"

Weltweit wird die historische Notwendigkeit erkennbar, nicht nur den „weißen/schwarzen Würfel", sondern die „weiße Kunst" als Feld von Praktiken der Dominierung, Zurückweisung und Ausschließung zu dekonstruieren und einen kulturellen „Remix" bzw. ein „Remapping" der kulturellen Karthographie aus der Sicht einer kolonialen Kritik vorzunehmen. Die Landkarte der Kultur muß im Sinne einer wahrhaft globalen Kultur dekolonisiert werden. der „weiße/schwarze Würfel" ist datiert, sein Ablaufdatum steht fest. Im Jahre 2000 wir die Hälfte der Weltbevölkerung asiatisch und die Mehrheit nicht christlich sein. Die zwanzig größten Städte der Welt werden nicht in den USA und nicht in Europa liegen. 500 Jahre westlicher, weißer Hegemonie gehen zu Ende. Die Entkolonisierung der kulturellen Weltkarte beginnt.
Die sich neu abzeichnende Landkarte ist wahrscheinlich am ehesten vergleichbar den Landkarten um 1900. Auf diesen Karten waren mächtige, monarchistische Regimes verzeichnet und Amerika ein weißer wertloser Fleck. Wer nicht genau hinsah, hatte seine Zukunft verspielt, weil er die ex- und implusionsartige Entwicklung der Geschichte, das Kollabieren mächtiger Reiche und das Entstehen neuer Großmächte nicht vorausgesehen hat. Die vermeintlich ewigen Monarchien verschwanden innerhalb kürzester Zeit und Amerika wurde Weltmacht. Es scheint so, daß sich zum Ende dieses Jahrhunderts wiederum eine solche Veränderung der Landkarte ereignen wird.

### Herausforderung für die Kultur in Zeiten der Globalisierung

Die ökonomischen und massenmediale Globalisierung der Welt ließ uns für eine Weile träumen und hoffen, daß die alten Zeiten der Macht durch eine postmoderne Geografie der Dezentralisierung ersetzt werden würden und damit nicht nur die Ränder den Zentren gleichgestellt, sondern überhaupt soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten aufgehoben würden. Aber mittlerweile realisieren wir, daß die Globalisierung keine Emanzipation des Marginalen und Peripheren nach sich zieht oder die Macht von Zentren schwächt, sondern vielmehr zum Wachstum zentralisierender Funktionen und Operationen beiträgt und die historischen Formen der Macht, der Hegemonie und Ausbeutung nur neu strukturiert und damit verstärkt. Es entsteht ein transnationaler Neokolonialismus der Konzerne, der die Völker nach innen kolonisiert. Im Kontext des „weißen/schwarzen Würfels" folgt die Moderne Kunst dem expansiven, europäischen Universalitätsideologem.
Bei der, vor allem aus den kolonialisierten Ländern vorgeschlagenen kritischen Methode der Re-Kartografierung wird nicht den Trajektorien des Multikulturalismus gefolgt, sondern die Probleme multi-kultureller, multi-nationaler und multi-ethnischer Gesellschaften werden auf ihren Kern, auf die Ökonomie der kolonialen Matrix zurückgeführt.


Literatur:
Peter Weibel/Slavoj Zizek (Hg.): Inklusion: Exklusion - Probleme des Postkolonialismus und der globalen Migration; Wien 1997 (Passagen-Verlag)
Peter Weibel (Hg.): Inklusion: Exklusion, Ausstellungskatalog zum Steirischen Herbst; Köln 1997 (DuMont-Verlag)
Arnd Wesemann: Die kolonialisierte Identität; in: Frankfurter Rundschau 27.11.1997



*Die Autorin Tina Jermann ist Mitarbeiterin der Exile Kulturkooperative in Essen.*



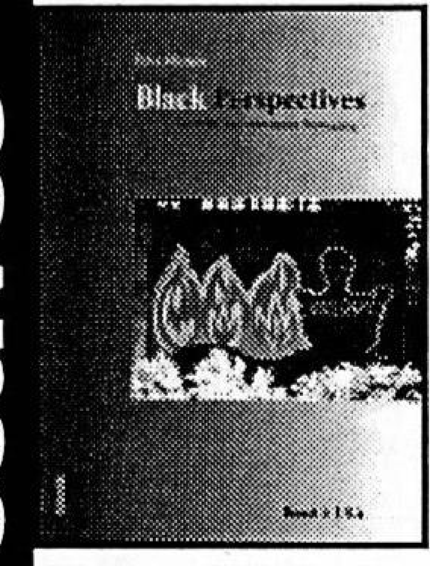
Acteal

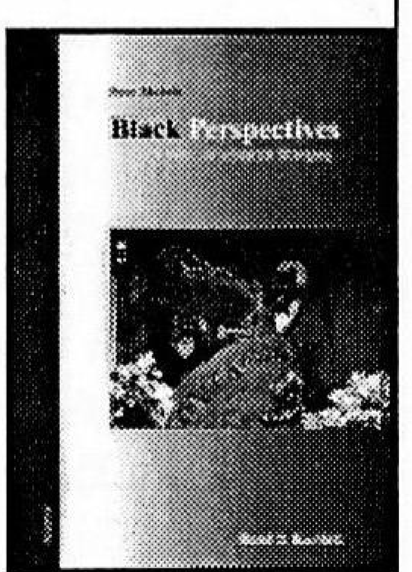



Chiapas-Gruppe, Bremen (Hrsg.):
Marta Durán & Massimo Boldrini
**Acteal: Chiapas... Weihnachten in der Hölle**
103 S., Br, 19,80 DM
ISBN 3-926529-31-8

Am 22.12.97 verübten paramilitärische Banden ein Massaker gegen die indigene Bevölkerung des Dorfes Acteal in Chiapas/ Mexico. Mindestens 45 Menschen wurden getötet. Seit diesem Massaker blockiert die mexikanische Regierung jeglichen Vermittlungsansatz, mit dem der Konflikt in Chiapas gelöst werden könnte.
Marta Durán und Massimo Boldrini (Fotos) haben die Berichte der Betroffenen und Bilder der Ereignisse festgehalten.

Black Perspectives




Peter Michels
**Berichte zur schwarzen Bewegung**
**Bd. 1: USA, 383 S., 34,- DM**
**Bd. 2: Karibik, 343 S., 32,- DM**
**Gesamtausgabe: 58,- DM**
**ISBN 3-926529-41-5**
Ein unentbehrliches Geschichtsbuch über die schwarze Bewegung in den USA und der Karibik der letzten Jahrzehnte. Reportagen, Berichte, Interviews und Reiseeindrücke über den Aufbruch der Schwarzen in diesem Jahrhundert.

**Atlantik Verlag**
Elsflether Str. 29 * 28219 Bremen
Tel: 0421-382535 * Fax: -382577
e-mail: atlantik@brainlift.de

# Rezensionen

### Subsistenz, Handel oder WTO-Reform?

***by Bernd Hüttner***

In der neusten Ausgabe der *BUKO Agrar Studien* werden verschiedene Positionen deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Weltagrarhandel und den damit zusammenhängenden Problemen vorgestellt. Zuerst beschreiben die beiden AutorInnen die institutionellen Rahmenbedingungen des internationalen Agrarhandels um danach auf die aktuellen Entwicklungen und Trends (Stichwort: Liberalisierung) einzugehen. Im Hauptteil werden dann Ansätze vorgestellt, die in drei grundsätzliche Sichtweisen und Praxen unterteilt werden: grundlegende ("radikale"), handelspolitische und privatwirtschaftliche. Zu jedem der drei Blöcke werden kurz die theoretischen Einschätzungen und konkrete Projekte und Kampagnen vorgestellt. Unter den "grundlegenden" werden so verschiedene und sich teilweise widersprechende Ansätze wie Subsistenz, Abwicklung des Nordens, vorsorgendes Wirtschaften, nachhaltiger Konsum und Regionalentwicklung aufgeführt. In den anderen beiden Sektionen finden sich dann die bekannteren wie Sozialklauseln, fairer Handel in all seinen Varianten, und NGO-Politiken zur Beeinflussung der internationalen Politik ("WTO-Reform" etc.).
Die Studie stellt alles sehr nett nebeneinander, nimmt aber inhaltliche Bewertungen - mensch muß ja Rücksicht auf die AuftraggeberInnen nehmen - und damit eine eigene Positionierung nur sehr zögerlich vor. Sie ist also mehr brauchbare Zusammenstellung als Analyse. Immerhin werden die radikaleren Ansätze nicht - wie sonst oft - einfach verschwiegen, sondern einem breiteren Publikum vorgestellt..

**Astrid Engel, Tobias Reichert: Von Subsistenz bis WTO-Reform; 126 S., 18 DM, Bezug: Buchhandel oder über BUKO-Agrokoordination**

# Alltagsforschung

### Falsche 68er

***by Bernd Hüttner***

Seit der Installation des rosa-olivgrünen Regimes im letzten Herbst werden sie von linker und linksradikaler Seite viel gescholten: die "68er". Meist wird darunter verstanden, daß sie mit der rotgrünen Regierung nun endlich an der Macht angekommen seien. In dieser Ansicht verbergen sich mindestens zwei Fehler. Erstens es seien, die 68er - wer immer das sein soll -, die nun an die Macht gekommen seien, dies sei erst seit Herbst letzten Jahres der Fall, und nicht etwa schon früher geschehen, und drittens, sie seien "an der Macht" und nicht etwa nur an der Regierung.
Als 68er werden im allgemeinen diejenigen bezeichnet, deren politische Sozialisation irgendwie mit den Protesten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen - beileibe nicht nur StudentInnen - rund um das Jahr 1968 zu tun habe. Dies trifft für die beiden politischen Anchormen der Regierung, *Schröder* und *Fischer*, nicht zu. Sie sind schon eher als 78er zu bezeichnen. 68er sind meistens heute schon älter als die beiden und waren schon immer Bestandteil des politischen Apparates, z.B. in Folge des sog. Marsches durch die Institutionen, zu dem die Studentenbewegung, und, ab Anfang der 80er Jahre, auch die Grünen angetreten waren. Die 78er waren die Zaungäste der Revolte, denn die 68er waren immer schon da.
Politisch zu kritisieren, anstatt auf das einfache Feindbild der 68er einzudreschen sind doch heute diejenigen, die sich erst in Abgrenzung zu 68er und 78ern gebildet haben, diejenigen, wie z.B. die Gang um die neoliberale junggrüne *Staart 21*-Gruppe, die jeden Gedanken an sozialen Ausgleich verteufeln, oder die zivilgesellschaftliche TechnokratInnen in Umwelt- und Entwicklungspolitik.
Die aktuelle als 68er Regierung zu bezeichnen, ist vor allem auch ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die seit 1968 (oder wann auch immer) aktiv, sich treu und dementsprechend unbekannt geblieben sind. mensch täusche sich nicht, das sind mehr als mensch denkt. Und ist einem politisch (kulturell wird es da schon schwieriger) ein halblinker Gewerkschafter mit Geschichte oder ein traditioneller Antifaschist nicht lieber als eineR der Jungen, die gar nichts verraten können, weil sie keine Inhalte haben - sondern nur den unbedingten Willen zum Mitmachen und -siegen?


- Buchladen Ostertor, Fehrfeld 60, Bremen
- Weltladen, Ostertorsteinweg 90, Bremen
- BBA-Laden, St. Pauli Str. 10-12, Bremen
- Buchladen Neustadt, Lahnstrasse 65b, Bremen
- Universitätsbuchhandlung, Universität, Bremen
- Alhambra, Hermannstr. 83, Oldenburg
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, Hamburg
- Internationalismus-Buchhandlung, Engelborsteler Damm 10, Hannover
- Infoladen Korn, Kornstr. 28-30, Hannover
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87, Braunschweig
- ROSTA-Buchhandlung, Aegidistr. 12, Münster
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7, Göttingen
- EX, Gneisenaustrasse 2a, Berlin
- Buchhandlung Schwarze Risse, Gneisenaustrasse 2a, Berlin
- Infoladen Daneben, Liebigstrasse 34, Berlin
- b_books, Lübbenerstr. 14, Berlin
- N.N. Bücher, Kastanienallee 85, Berlin
- Politik und Rausch, Grünbergstr. 73, Berlin
- Buchhandlung Pro QM, Alte Schönhauser Strasse 48, Berlin
- Büchertisch Notstand, Universitätsstr. 150, Bochum
- Linke Liste Uni Dortmund, Dortmund
- Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, Köln
- Buchhandlung Schwarzes Schaf, Rathausplatz 2, Ludwigsburg
- Buchandlung Libresso, Bauerngasse 14, Nürnberg
- Versandbuchhandlung Anares-Nord, Postfach 1247, 31305 Uetze
- Infoladen Grauzone im JuZe, Dreiheiligenstr. 9, A-6020 Innsbruck
- Bookshop Het Fort van Sjakoo, Jodenbreestraat 24, NL-1011 Amsterdam

150° West
60° Nord

Irgendwo in Alaska

Oder manchmal auch näher als gedacht




# Neue Medien

## Exotismus, Cultural Studies, Wunden lecken, Arbeiterkampf

***by Bernd Hüttner***

Kommen einem angesichts der parteikommunistischen Presse der BRD (*UZ, Marxistische Blätter, Utopie kreativ* etc.) die Tränen, liegt die Sache überraschenderweise in Österreich anders. Hier zeigt sich in *Weg und Ziel*, der theoretischen Zeitschrift der Kommunistischen Partei Österreichs, eine große Offen- und Unabhängigkeit. Resultat sind lesenswerte Schwerpunkthefte zu Themen, die nicht im Mittelpunkt linker Diskurse stehen (wie z.B. Liebe), oder Hefte, die auf andere Art und Weise traditionelle Themen debattieren. *Weg und Ziel* 2/99 titelt mit dem Interesse weckenden Schwerpunkt Exotismus und würde mit Sicherheit hier besprochen werden, wenn, ja wenn die Bestellung des betreffende Heftes nicht im Sommerloch verschwunden wäre. Kurzum die Ausgabe 2/99 hat uns trotz Anforderung nicht erreicht, soll aber hier risikofreudig trotzdem empfohlen werden (Weg und Ziel, über: Kemmerling und Partner, Schottengasse 3a/1/59, A-1010 Wien).
Der *Campus Verlag* hat eins im Programm, und *Suhrkamp* ebenfalls: Ein einführendes Buch oder wie mensch bei diesem Feld sagt, einen Reader zu Cultural Studies. *Grundlagentexte zur Einführung* verspricht Cultural Studies aus dem *Zu Klampen Verlag* und kann es leider nicht ganz einlösen. Neben einem Artikel zur Geschichte der Cultural Studies von Mitherausgeber *Roger Bromley* und einem zur deutschen Rezeption der Cultural Studies, der nur die universitäre Rezeption behandelt, finden sich anspruchsvolle Artikel aus den angloamerikansichen Cultural Studies, die nicht gerade einführend im Sinne von darstellend und leichtverständlich sind. Drei Artikel fokussieren nocheinmal auf das beliebte Thema "(Linke und) Populärkultur", während andere Debatten vorstellen, die für die Kulturwissenschaft in den 50ern und 60ern damals sicher wichtig, für eine für ein deutsches Publikum geschriebene Einführung ins Thema aber schwer nachvollziehbar sind. Weitere Vertiefungen erfolgen in dem Band mit Texten zu Medien- und Publikumsforschung. Feministische und postkoloniale Denktraditionen, die in den Cultural Studies doch eine gewisse Rolle spielen, kommen nicht vor (388 S., 48 DM, ISBN 3-924245-65-7).
In *Andere Zeiten* 4/99 lecken sich die linken Grünen ihre Wunden. Mehrere Beiträge stellen fest, daß die Grünen nach Bielefeld eine "andere Partei" geworden seien. Für Außenstehende sind viele Beiträge trotz ihrer Fundiertheit erschreckend naiv, gleichzeitig lässt sich aber anhand der Insiderperspektive, aus der die meisten Beiträge geschrieben sind, feststellen, wie verkommen und wirtschaftsliberal die Grünen mittlerweile sind. Diejenigen AutorInnen, die nicht aus den Grünen ausgetreten sind, begründen dies darüber, daß sie noch immer für das grüne Projekt, das nicht deckungsgleich mit der gleichfarbigen Partei sei, einträten. Die vorgeschlagene Lösung, so unter anderem in dem dokumentierten Manifest von *BasisGrün*, soll unter anderem in einer stärkeren Orientierung an der Basis liegen. Ein Vorschlag, der haarscharf verkennt, daß jene kein Garant gegen Korrumpierung ist. An internationalistischen Themen gibt es einen Beitrag von Peter Wahl von WEED zur Reregulierung des internationalen Finanzsystems (94 S. A 5, 13 DM, Bezug: Elmar Peine, Schönleinstr. 6a, 10967 Berlin, www.eurocom.org).
Das sozialrevolutionäre *Wildcat-Zirkula*r stellt in seiner Ausgabe 52/53 (Juli) einen Beitrag des Mexiko-Solidaritätskomitees Amsterdam zu einigen unschönen Vorkommnissen innerhalb der europäischen EZLN-Solidarität zur verfügung. Schwerpunkt ist aber der Krieg gegen Jugoslawien in einen Zusammenhang mit den Umbauversuchen des Schröder/Fischer-Regimes (Stichwort "Dritter Weg", "Neue Mitte" und Blair-Schröder Papier). Eine Perspektive, die mensch im linken Blätterwald bislang selten zu lesen bekam. Der zweite Beitrag begreift etwas dogmatisch den Krieg als gemeinsamen Angriff von Milosevic und NATO auf die Subsistenz und die Renitenz der jugoslawischen ArbeiterInnen. Ziel sei dabei die Mobilisierung dieser ArbeiterInnen für den internationalen, vor allem europäischen Arbeitsmarkt. (48 S. A 5, 5 DM plus Porto, bei Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln).


ARRANCA!
linke zeitschrift
**Zwischen zwei Kriegen**
Aus dem Inhalt:
**Die radikale Linke und ihr Krieg**
**Im Westen nichts Neues** – Zur Tauglichkeit des Imperialismusbegriffs
**Out Of Screen** – Krieg als militärisches Gendermanagement
**Der Tag, an dem die Deutschen kamen** – Über Krieg und Frieden, Gender und Nation
**Kein Kampf der Kulturen** – Von Ethnisierung sozialer Widersprüche zum nationalistischen Krieg
**Balkangrill** – Das Kosovo nach dem Krieg. Eine Reportage.
Wie immer: Erhältlich in jedem guten Buchladen. Bestellungen an:
Arranca!
c/o Schwarze Risse
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
18


# Impressum


**alaska** ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus und Kommunikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
**alaska**,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Fotos: Marie Fischer
Cover: design by markovits
Druck: Gegendruck,
Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
**alaska** erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100



Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.

# NEUAUFLAGE!

**Die Ethnisierung des Sozialen**

Zur Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges.

Eine überzeugende Hintergrundanalyse über die Umformulierung sozialer Auseinandersetzungen in nationalistische Konflikte.

160 S., 15,- DM zzgl. Versand




**Postfach 1247 · 31305 Uetze**
**Tel./Fax 0 51 73 / 66 63**



# Kritische Ökologie

**3. Welt**
**Agrarkulturen**
**Umwelt**

**Schwerpunktthemen im August:**

- Badak, Badak - Zur Ex-situ-Erhaltung in Malaysia und Singapore
- Biosafety-Protokoll
- Biotechnologie und Dritte Welt

❑ Probeheft (10,-- DM)
❑ Miniabo (2 Ausgaben für 15,-- DM)

Institut für angewandte Kulturforschung e.V.
Nikolaistr. 15
37073 Göttingen
Tel. 0551 - 48 71 41
Fax 0551 - 48 71 43
e-mail ifak-ven-goe@oln.comlink.apc.org



In ihrer fundamentalen Krise entpuppt sich die Arbeit noch einmal als totalitäre Macht. Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen! Dieser zynische Grundsatz gilt noch immer, obwohl er Millionen von Menschen für „überflüssig" erklärt. Angesichts dessen ist heute jeder Schrei nach Arbeit und „Arbeitsplätzen" nur noch regressiv. Notwendig ist vielmehr der Kampf *gegen* die Arbeit. Soziale Emanzipation setzt den kategorialen Bruch mit dem gesellschaftlichen Zwangsprinzip voraus, dem die Menschheit sich über zwei Jahrhunderte lang unterworfen hat.

Gruppe KRISIS

**Manifest gegen die Arbeit**

Herausgeberin: Zeitschrift *Krisis - Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft,* 54 S., DM 5/öS 35/Eur 2,50 (im Handverkauf)

Bezug über: Krisis-Kreis Köln, Düsseldorferstr. 74, 51063 Köln
Bestellungen nur gegen Vorkasse: 1 Ex.: 6,60 DM (in Briefmarken), 2 Ex. 10 DM (Geldschein), 10 Ex.: 30 DM (Geldschein oder Scheck), 100 Ex.: 250 DM (Scheck).

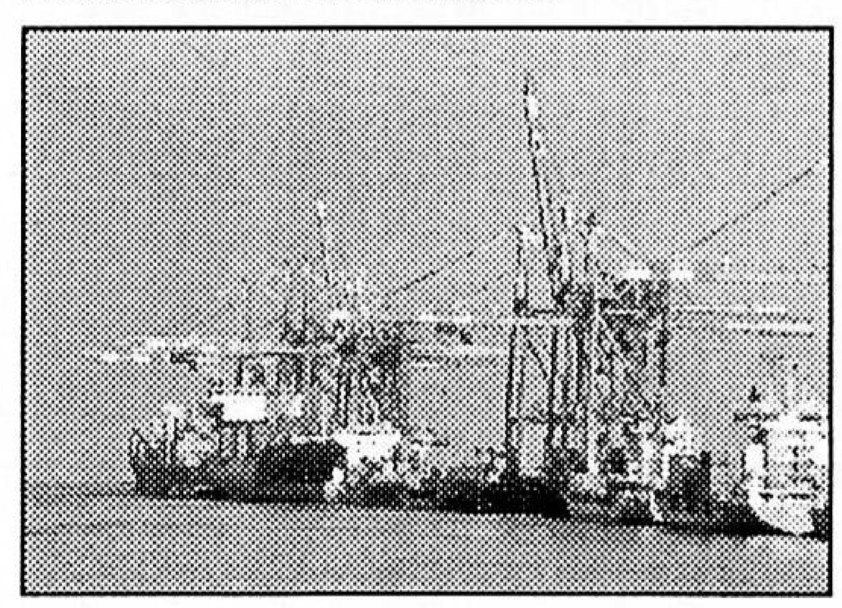


# Waterkant

**Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion**
**Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e.V.**

Unsere Themen im Juni 1999

- Hafenausbau Bremerhaven



- Debatte über den Krieg




- Unmut über Wesertunnel

Weitere Themen:

- **Wehrloser Naturschutz?**
- **Hühner und Dioxine**
- **Windkraft-Debatte** und anderes mehr

Nächstes Heft: Ende **September 1999**

Ein Probeheft für DM 2,– (in Briefmarken)
Jahresabo (4 Hefte) DM 30,– inkl. Porto von:

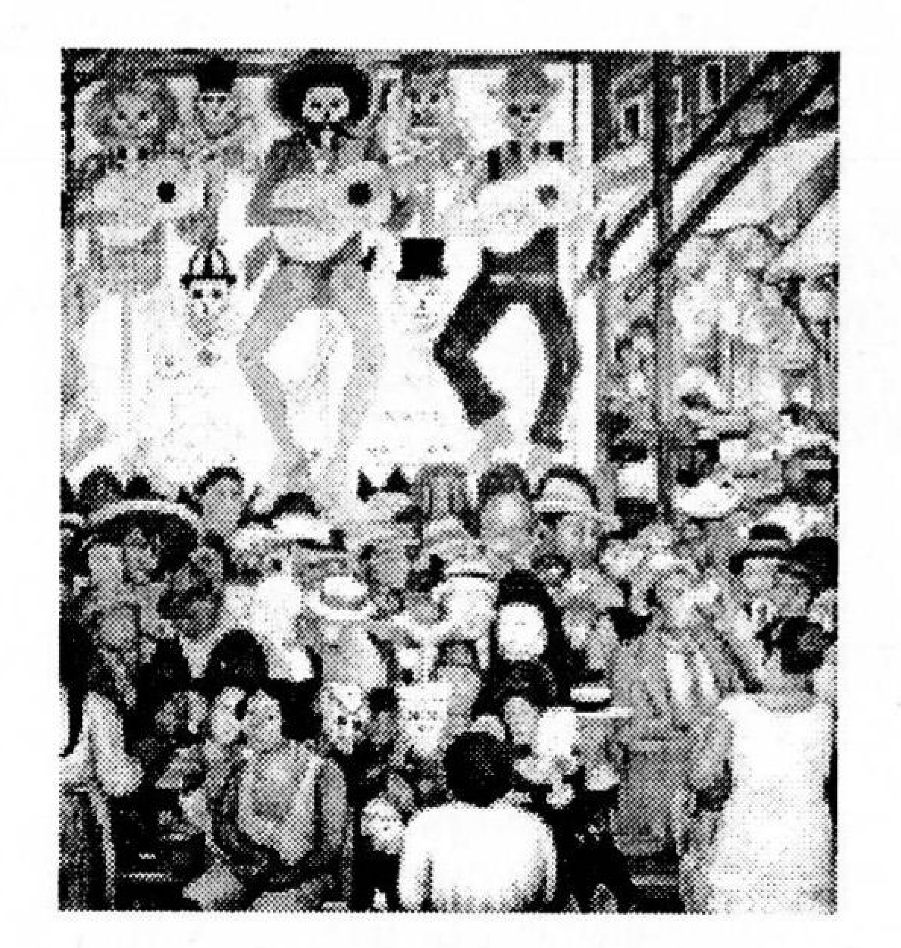
Aktionskonferenz Nordsee e.V.
Kreuzstraße 61 D-28203 Bremen
Tel.: 0421/77675 Fax: 0421/78931
e-mail: AKNeV@gmx.net

Redaktion Waterkant c/o Burkhard Ilschner
Offenwardener Str. 6 D-27628 Sandstedt
Tel.: 04702/920094 Fax: 04702/920093
e-mail: waterkant@CL-DITHM.comlink.de



# ila

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika



**ila 226** (Juni 99): Tango – Musik, Tanz und Politik
**ila 227** (Juli/Aug. 99): La Paz – Gesicht einer Metropole
**ila 228** (Sept. 99): Mexico in den USA – Blicke über die Grenze

Die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika erscheint monatlich, 60 Seiten stark, zum Preis von 8 DM, im Abo 70/60 DM (10 Ausgaben/Jahr)

ila, Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. (0228) 65 86 13, Fax 63 12 26



# CONTRASTE

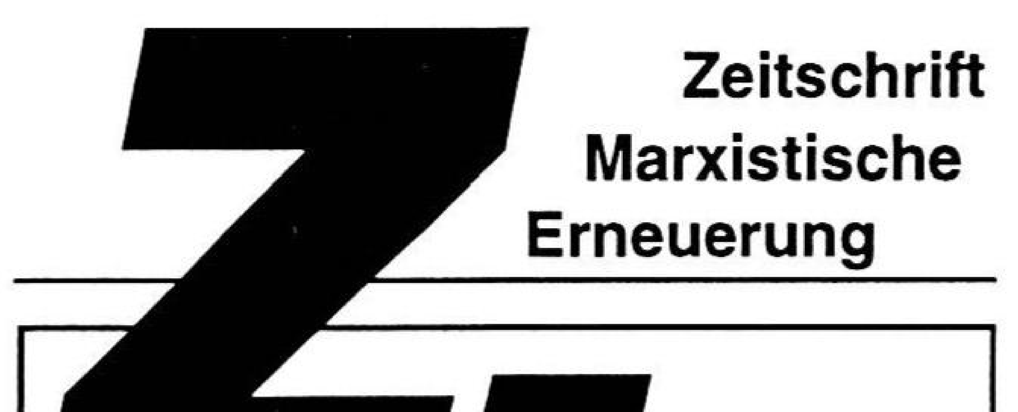
**Die Monatszeitung für Selbstorganisation**

**SELBSTVERWALTUNG** in grossen Betrieben - Entscheidungsstrukturen, Beteiligung am Betrieb und Motivation · 20 Jahre Wagner & Co **ATOMMÜLL-ENDLAGER** in Lothringen, 150 km von der deutschen Grenze **FESTUNG EUROPA** die Sicherheit der Herrschenden **GEGENGIPFEL** Eine kritische Bilanz **EXISTENZGELD** Ersatz für alle Sozialleistungen? **AGENDA 21** befürwortet Atomenergie und Gentechnik - warum beteiligen sich TransFair, Fair Handeln, 3.-Welt-Organisationen und -Läden?

Ein **Schnupperabo** (3 Monate frei Haus ohne Verlängerung) für 10 DM nur gegen Vorkasse (Schein/Briefmarken/V-Scheck).

**BUNTE SEITEN** das einzige Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der Alternativ-Medien** im Innenteil. 1.300 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. Ca. 280 Seiten (DIN A4) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-924085-05-6. Bestellungen im Internet oder über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, Tel. (06221) 162467

**Artikel im Internet: http://www.contraste.org**



**Zeitschrift Marxistische Erneuerung**

240 Seiten

**10. Jahrgang, Nr. 39, September 1999**

## Nach dem Balkan-Krieg

Scherer – Geopolitik des Kosovakrieges / Stuby – Abschied von der „Friedensstaatlichkeit"?

## Konzentration / Monopolisierung

Binus – Internationale Großfusionen / Bischoff – Konzentrationsprozesse im Übergang zum 21. Jahrhundert / Kisker – Kapitaltheorie, Monopolisierung, Monopoltheorie / Huffschmid – Täter auf den Finanzmärkten: Banken und Finanzkapital / Düe – Autoindustrie im Übernahmefieber / Müller – Konzentration in den HighTech-Industrien / Hautsch – Medienwirtschaft

### Arbeit und Politik III

Dähne – Erwerbspersonenpotential: Tendenzen und Perspektiven / Fritsch/Betz – Interessenvertretung in der Automobilzulieferindustrie

### Dritte Welt

Wegmann – Global players gegen staatliche Monopole/ Boris – Währungs- und Finanzkrisen in der Dritten Welt

**Und:** Candeias – Raum und Zeit in der Gesellschaft / Neubert – Der 13. August 1961

**Berichte/Diskussionen/Kritik, Rezensionen:** „Rethinking progress"; Entstehung des Kapitalismus; neue Marx-Engels-Literatur; 48er Revolution; Kritische Theorie; Weiterbildung; Klimapolitik

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M., Tel./Fax 069 / 53 05 44 06



Nr. 29 Sommer 1999

# BAHAMAS

Krieg für Selbstbestimmung

Die Linke ist so antinational wie ihre Regierung ● Gewissenskrieg statt Interessenskrieg ● Wer ist denn nun der „Weltpolizist"? ● Friedensrhetorik der PDS ● soap opera: Intellektuelle und Krieg ● Existenzgeld und nationale „Schutzgemeinschaft" ● Warum der Amoklauf von Littleton nicht in Deutschland stattfand ● Leni Riefenstahls „Kunst" und „Werk" u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44





**›...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen...‹**

***Karl Marx***

Die **SoZ · Sozialistische Zeitung**

- ★ bringt alle 14 Tage auf mindestens 16 Seiten Berichte und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn.
- ★ steht für eine demokratische sozialistische Alternative.
- ★ sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken.

**Kostenlose Probeausgabe bestellen!**

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
E-Mail <soz@link-lev.de>



# BUKO-ARCHIV

BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel: 040-393156 Fax: 3907520 e-mail buko @ cl-hh. comlink. de

Das **BUKO-Zeitschriftenarchiv** existiert seit 1983 – seit 1994 auf Computerbasis – und sammelt Literatur zu unterschiedlichen entwicklungspolitischen Themen. Seit Sommer 1998 gibt es das **Netzwerk Nord-Süd-Archive**, durch das wir mit 10 weiteren Archiven Dritter-Welt-Gruppen vernetzt sind.

Das **BUKO-Archiv** erfaßt regelmäßig Artikel aus 220 Dritte-Welt-Zeitschriften, Büchern, Unterrichtsmaterialien und Grauer Literatur, die selten an anderen Orten (z.B. öffentlichen Bibliotheken) zu finden sind. Sie enthalten wertvolle Informationen über Nord-Süd-Beziehungen sowie über die politische, ökonomische und kulturelle Realität im Süden.

**Recherche-Aufträge** können schriftlich, telefonisch, per Fax oder e-mail an die BUKO-Geschäftsstelle/VzF gerichtet werden: Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg; phone: 040-393156; fax: 040-3907520; e-mail: buko@cl-hh.cl.sub.de. Das Archiv erstellt eine Literaturliste, auf der die AuftraggeberInnen ankreuzen können, welche Artikel sie – gegen Kostenerstattung – kopiert und zugesandt haben möchten. (Grundgebühr: 5,00 DM; Kopiepreis: 0,50 DM pro Kopie)



## 1x 30.000 oder ... 1.000 x 30 Leute?

Köln im Juni 1999 – eigentlich hätte es die wichtigste politische Aktion des Jahres werden sollen. Aber es wurde ein laues Lüftchen.
Warum? Pech oder Absicht? Wo ergänzen sich Zentralismus, Dominanz und desorganisierte Basisgruppen?

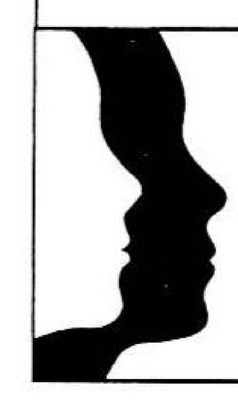
Dieser Reader zeigt die Hintergründe, läßt viele AktivistInnen zu Wort kommen und versucht, Perspektiven aus dem Desaster von Köln zu entwerfen.

Notwendige Grundlage der Debatte um eine unabhängige, politische Bewegung – die erst noch entstehen muß!

Der Köln-Reader

**Vom Gipfel kann es nur noch aufwärts gehen ...**

Infos, Hintergründiges, Kommentare und Perspektivisches zu den politischen Aktivitäten rund um die EU- und G7/G8-Gipfel in Köln im Juni 1999



10-DM-Schein an (plus 4 DM je weiterem Reader):
**Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen**



**TERRE DES FEMMES**

*Buchkalender für Frauen* **2000**

**Planerin**

- im außergewöhnlichen A5-Format
- jede Woche auf einer Seite
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- umweltfreundlicher Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen
  - DM 19,80, ÖS 145, SFR 19,80
  - Erscheint im August 1999 · **ISBN 3-9806165-1-7**

*Buchkalender* *Planerin 2000* *TERRE DES FEMMES*

*TERRE DES FEMMES E.V.* Postfach 25 65, 72015 Tübingen
Tel. 0 70 71-79 73-0, Fax 0 70 71-79 73-22

**MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU**





Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen

12/ 99/ 1/228/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG


# Alles wird teurer!



BUKO

# :alaska nicht.

*Unser Angebot:*
*sechs alaska-Ausgaben für nur 20 DM incl. Porto*

Bestellung nur gegen Vorkasse (Schein oder Briefmarken)
bei alaska, Bernhardstraße 12, 28203 Bremen

**alaska**
internationalistisch. feministisch. links. anders.

**Bestellen:**
Abos
Probehefte
Plakate:
fon/fax 0421 - 720 34

design by markovits